

Warum dafür, warum dagegen?

Determinanten der Einstellung europäischer Bürger zum EU-Beitritt der Türkei

Eine Mehrebenenanalyse

Hausarbeit zur Erlangung des Akademischen Grades eines
Magister Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von
Constantin Schäfer
aus Velbert

2013

Erstgutachterin: Univ.-Prof. Dr. Edeltraud Roller

Zweitgutachter: Univ.-Prof. Dr. Thorsten Faas

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Problemstellung und Relevanz	2
1.2 Forschungsfragen	6
1.3 Vorgehensweise	11
2 Die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei als das zu erklärende Phänomen – Grundlegende Konzepte und Einordnung	13
2.1 Einstellungsdefinitionen und Theorien zur Bildung von Einstellungen	13
2.2 Verortung im Forschungsrahmen der Politischen Kultur	15
3 Bisherige Erkenntnisse der empirischen Forschung zu relevanten Einstimmungsdeterminanten	18
3.1 Determinanten von Policy-Einstellungen	18
3.2 Determinanten der Einstellung zur EU-Erweiterung	20
3.2 Determinanten der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei	23
4 Rationale Eigeninteressen, symbolische Prädispositionen und Kontextfaktoren – Ein neues theoretisches Erklärungsmodell	27
4.1 Erklärungsansätze auf individueller Ebene	27
4.1.1 Self-Interest - Das utilitaristische Modell	29
4.1.1.1 Ökonomische Interessen	30
4.1.1.2 Politische Präferenzen	34
4.1.2 Symbolic Politics – Das Modell erlernter Prädispositionen	37
4.1.2.1 Kulturelle Bedrohungsgefühle und kulturelle Toleranz	40
4.1.2.2 Soziale Identität	42
4.1.2.3 Einstellungen gegenüber Immigranten	45
4.1.2.4 Einstellungen zur Europäischen Union	48

4.2 Context Matters – Die Rolle von Länderfaktoren.....	50
4.2.1 Ökonomischer Wohlstand.....	51
4.2.2 Türkische Migranten	52
4.3 Zusammenfassung in ein Gesamtmodell und Hypothesenübersicht.....	55
5 Empirische Analyse.....	59
5.1 Datenbasis	59
5.2 Operationalisierung.....	61
5.2.1 Die abhängige Variable	61
5.2.2 Die unabhängigen Variablen	62
5.3 Logistische Regression.....	67
5.3.1 Beschreibung des Verfahrens und Modellvoraussetzungen.....	67
5.3.2 Ergebnisse.....	68
5.3.3 Interpretation der Koeffizienten	72
5.4 Mehrebenenanalyse	76
5.4.1 Voraussetzungen und Vorgehensweise.....	77
5.4.2 Varianzzerlegung im Random Intercept-Only-Modell.....	78
5.4.3 Ergebnisse der Random Intercept-Modelle	80
5.4.4 Modellgüte und Regressionsdiagnostik.....	85
5.5 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	88
6 Fazit	94
Literaturverzeichnis	100
Anhang	111

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einstellung der EU-Bürger zum Beitritt der Türkei (1993-2008)	3
Abbildung 2: Einstellung der EU-Bürger zu zwölf potentiellen EU-Mitgliedsländern.....	4
Abbildung 3: Die prinzipielle Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft nach Ländern.....	10
Abbildung 4: Typologie von Orientierungen gegenüber internationalisierter Governance.....	16
Abbildung 5: Das zweigeteilte theoretische Individualerklärungsmodell nach David Sears.....	28
Abbildung 6: Verschiedene Arten von Kontexteinflüssen im Zweiebenenmodell.....	50
Abbildung 7: Individualerklärungsmodell der Arbeit	55
Abbildung 8: Das vollständige Individual- und Kontexterklärungsmodell der Arbeit	56
Abbildung 9: Übersicht über die Hypothesen zu allen Individual- und Kontextfaktoren	57
Abbildung 10: Übersicht über die Hypothesen zu den Cross-Level- Interaktionseffekten.....	58
Abbildung 11: Mögliche Einstellungstypen zum EU-Beitritt der Türkei und ihre Verteilung im EB 69-Datensatz sowie in der Grundgesamtheit.....	60
Abbildung 12: Wahrscheinlichkeiten der Ablehnung und der Befürwortung des EU- Beitritts der Türkei für fünf verschiedene Idealtypen	73
Abbildung 13: Cross-Level-Interaktionseffekte der Mehrebenenanalyse	84
Abbildung 14: Plots der Residuen gegen die Normalverteilung.....	87
Abbildung 15: Verteilung der Random Intercepts.....	88
Abbildung 16: Verteilung der durchschnittlichen Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei und BIP/Kopf in den EU-Ländern.....	112

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Aktuelle und prinzipielle Einstellung der EU-Bürger zum Beitritt der Türkei.....	8
Tabelle 2: Übersicht über die Kodierungen der abhängigen Variablen	62
Tabelle 3: Übersicht über die unabhängigen Variablen der empirischen Analyse.....	65
Tabelle 4: Daten für die Kontextvariablen.....	66
Tabelle 5: Ergebnisse der binären logistischen Regression zur Erklärung der Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei	69
Tabelle 6: Ergebnisse der binären logistischen Regression zur Erklärung der Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei	70
Tabelle 7: Veränderungen der Ablehnungswahrscheinlichkeit für verschiedene unabhängige Variablen in drei Merkmalskonstellationen und durchschnittliche Marginaleffekte.....	74
Tabelle 8: Veränderungen der Befürwortungswahrscheinlichkeit für verschiedene unabhängige Variablen in drei Merkmalskonstellationen und durchschnittliche Marginaleffekte.....	75
Tabelle 9: Random Intercept-Only-Modell.....	79
Tabelle 10: Ergebnisse der Mehrebenenanalyse (Ablehnungsmodell)	81
Tabelle 11: Ergebnisse der Mehrebenenanalyse (Zustimmungsmodell).....	82
Tabelle 12: Modellgüte verschiedener Random Intercept-Modelle	86
Tabelle 13: Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen für die binäre logistische Regression mit der abhängigen Variablen „Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei“	111
Tabelle 14: Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen für die binäre logistische Regression mit der abhängigen Variablen „Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei“	111
Tabelle 15: Wahrscheinlichkeiten der Ablehnung und der Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei für verschiedene Idealtypen (mit Konfidenzintervallen)	112
Tabelle 16: Detaillierte Übersicht über alle verwendeten Variablen und deren Operationalisierung.....	113

1 Einleitung

Die Türkei ist in den letzten Jahren wieder vermehrt ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Besonders im Zuge des Arabischen Frühlings wurden die wichtige Vermittlerrolle der türkischen Republik und ihr Modellcharakter als eine Art muslimisches Musterland diskutiert. Denn der „anatolische Tiger“¹ hat seine Volkswirtschaft erfolgreich modernisiert und ist heute fester Bestandteil der Gruppe der 20 wirtschafts-stärksten Industrie- und Schwellenländer. Außerdem konnte das demokratische Regierungssystem Stück für Stück stabilisiert werden, so dass die Europäische Union der Türkei 1999 offiziell Kandidatenstatus zugestand. Mit diesen Entwicklungen ging ein gewaltiger außenpolitischer Bedeutungszuwachs Ankaras einher und vieles spricht heute dafür, dass ohne die Türkei keine effektive Außen- und Sicherheitspolitik in der Region mehr zu gestalten ist. Umso verwunderlicher erscheint es daher, dass die europäischen Regierungen in den letzten Jahren wenig taten, um die Türken stärker an die EU heranzuführen.

Tatsächlich ist der 2005 offiziell begonnene EU-Beitrittsprozess der Türkei in den letzten Jahren gehörig ins Stocken geraten. Von den 35 Verhandlungskapiteln ist erst eines abgeschlossen, sieben sind seit 2006 gar auf unbestimmte Zeit suspendiert. Hauptgrund ist die türkische Weigerung, das sogenannte Ankara-Protokoll zu ratifizieren, mit dem die Türkei die Republik Zypern de facto anerkennen würde. Auch auf europäischer Seite werden die Verhandlungen von einigen Mitgliedsstaaten blockiert.² Zudem genießen die innereuropäischen Verwerfungen im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bei vielen EU-Ländern aktuell eine höhere Priorität. Dazu kommt schließlich, dass in den Türkei-Fortschrittsberichten der Europäischen Union neben der fehlenden Bewegung im Zypernkonflikt immer wieder der verbesserungswürdige Schutz der Menschenrechte moniert wird und erhebliche Mängel bei der Presse- und Religionsfreiheit festgestellt werden. Trotz vieler demokratischer Reformen in der Türkei erscheint die vollständige Umsetzung der Kopenhagener Beitrittskriterien daher in naher Zukunft unwahrscheinlich.

Doch selbst wenn die Türkei eines Tages alle Beitrittsbedingungen erfüllen sollte, scheint der EU-Beitritt – im Gegensatz zu bisherigen Kandidaten – kein Automatismus zu sein. Denn die Entscheidung, ob ein Kandidatenland letztlich Mitglied der Union wird, kann weder von der Europäischen Kommission noch vom Kandidaten selbst gefällt werden. Nach Abschluss der Verhandlung entwerfen die beiden Parteien lediglich einen Beitrittsvertrag, der von allen EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet und ratifiziert werden muss. Dies

¹ „Anatolischer Tiger“ ist erst seit wenigen Jahren ein geflügelter Begriff, um die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Türkei zu umschreiben, z.B. von Bernhard Zand im SPIEGEL 24/2010.

² Besonders Frankreich und Zypern hatten bisher die Aufnahme von Verhandlungen über mehrere Kapitel blockiert. Unter dem neuen französischen Staatspräsidenten Francois Hollande wurde zuletzt allerdings die Aufgabe der französischen Blockadepolitik angedeutet.

erfolgt im Normalfall durch die nationalen Parlamente. Manche Länder haben allerdings Volksentscheidungen angekündigt, sollte es im Falle der Türkei soweit sein (Van der Veen 2009: 1).³ Die Beitrittsfrage wird somit letztendlich von den europäischen Bürgern beantwortet werden, sei es direkt per Referendum oder indirekt über die Wahl entsprechender politischer Handlungsträger. Selbst in Ländern, in denen Regierung und Parlament einem türkischen EU-Beitritt positiv gegenüberstehen, könnte eine eventuelle breite Opposition in der Bevölkerung kaum ignoriert werden. De facto hat die Bevölkerung jedes EU-Mitgliedsstaates also eine Art Vetomöglichkeit in der türkischen Beitrittsfrage.

Und so beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit der wohlmöglich größten Hürde auf dem Weg zur türkischen EU-Vollmitgliedschaft: der öffentlichen Meinung⁴ in der EU. Denn das negative Meinungsklima in der Türkeifrage schwebt wie ein Damoklesschwert über dem Beitrittsprozess und könnte trotz aller politischen Bemühungen letztlich zum Scheitern der Verhandlungen führen. Die Ursachen und Bestimmungsfaktoren der individuellen Einstellungen der EU-Bürger zum türkischen Beitritt zu verstehen, ist daher essentiell.

1.1 Problemstellung und Relevanz

Wie denken die EU-Bürger überhaupt über das türkische Beitrittsgesuch? Seit den späten 1980er Jahren – nachdem die Republik Türkei formell den Antrag auf Mitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft eingereicht hat – bemüht sich die Europäische Kommission in ihren regelmäßigen Bevölkerungsumfragen „Eurobarometer“ darum, die Haltung der EU-Bürger zu einem potentiellen Beitritt der Türkei zu ergründen. In bisher zwölf Umfragen seit 1993 wurde sogar explizit danach gefragt, ob die Befragten dafür oder dagegen sind, dass die Türkei Teil der EU wird. Das Resultat ist deutlich: In allen Umfragen sprachen sich mehr Befragte gegen den türkischen Beitritt aus als dafür (siehe Abb. 1).

Neben der beständigen Mehrheit der Beitrittsgegner lassen sich zwei weitere Trends erkennen: Zum einen ist die Türkeifrage im letzten Jahrzehnt zunehmend polarisierter beantwortet worden. Besonders die breite öffentliche Debatte vor der offiziellen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 scheint dazu geführt zu haben, dass sich immer mehr Menschen ein klareres Urteil bildeten. Aktuell sind nur noch knapp über 10% der Bürger unschlüssig, ob sie eine türkische EU-Mitgliedschaft befürworten oder ablehnen, während es Mitte der 90er Jahre noch über 20% waren. Zum anderen ist die Lücke zwischen Beitrittsbefürwortern und -gegnern seit 1993 fast konstant angewachsen⁵. La-

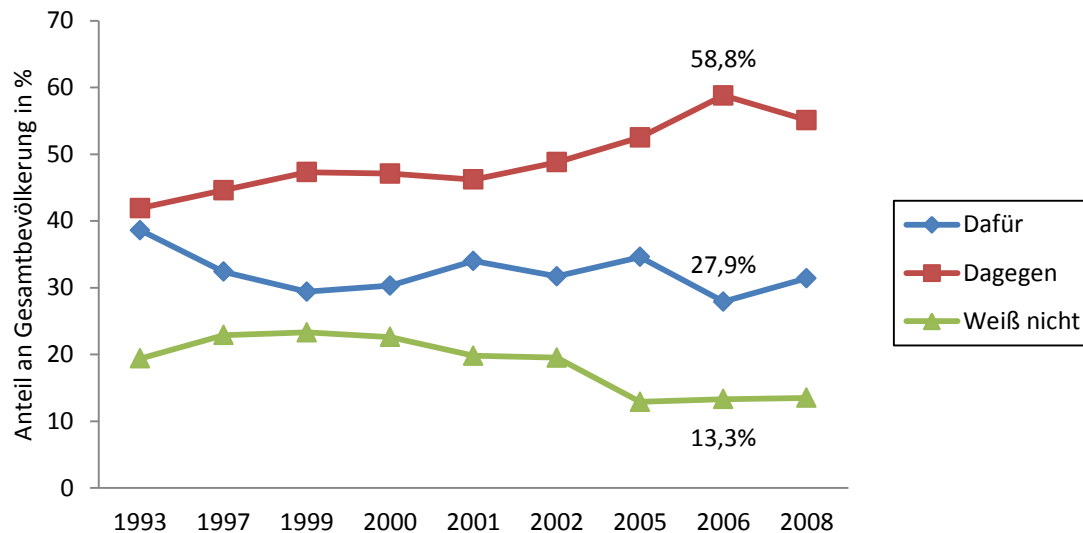
³ In Frankreich wird ein Referendum sogar von der Verfassung vorgeschrieben, wenn es um ein Kandidatenland geht, dessen Bevölkerung mehr als 5% der EU-Bevölkerung repräsentiert. Aber auch andere türkeikritische Länder wie Österreich haben bereits auf die Möglichkeit eines Referendums hingewiesen.

⁴ „Öffentliche Meinung“ wird hier als Summe aller individuellen Einstellungen in der EU verstanden.

⁵ Der leicht gegenläufige Trend im Jahr 2008 ergibt sich maßgeblich durch den Einschluss der neuen EU-Mitgliedsländer Bulgarien und Rumänien.

gen die beiden Lager bei der ersten Umfrage noch gleichauf, sprechen sich mittlerweile fast doppelt so viele EU-Bürger gegen die türkische Mitgliedschaft aus wie dafür. So standen im Jahr 2006 etwa 59% Beitrittsgegner rund 28% Beitrittsbefürwortern gegenüber.

Abbildung 1: Einstellung der EU-Bürger zum Beitritt der Türkei (1993-2008)



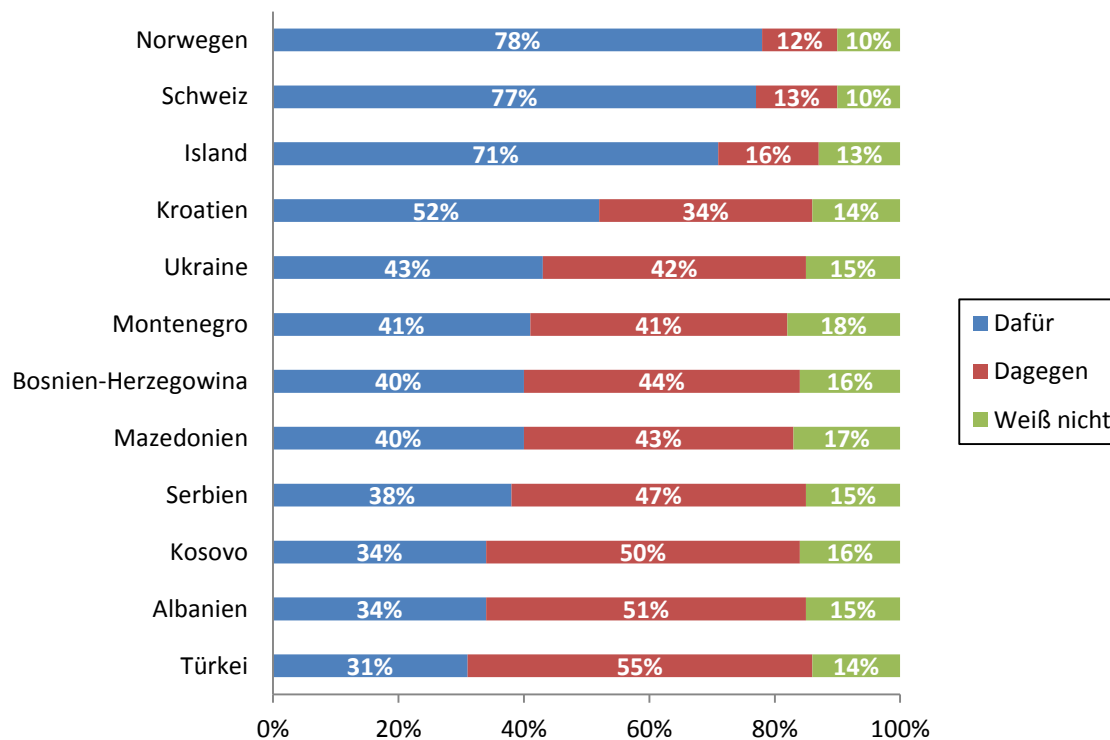
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von neun Eurobarometer-Datensätzen (EB 39.0, EB 47.1, EB 51.0, EB 53, EB 56.2, EB 58.1, EB 63.4, EB 66.1, EB 69).

Anmerkungen: Grundgesamtheit ist die gesamte EU-Bevölkerung zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt. Die Werte stellen an Bevölkerungsgröße gewichtete Durchschnitte dar. Item: „Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen wären, dass es Teil der Europäischen Union wird: Türkei“.

Ist die recht breite Ablehnung nun ein Indiz für eine allgemeine Erweiterungsmüdigkeit der EU-Bürger oder stellt die Türkei einen Sonderfall dar? Durch einen Vergleich der Zustimmungswerte zu verschiedenen potentiellen EU-Mitgliedsländern (siehe Abb. 2) zeigt sich, dass von einer grundsätzlichen Erweiterungsmüdigkeit keine Rede sein kann.

Vielmehr scheint der Beitritt von westlichen, reicheren Ländern wie Norwegen, Island oder der Schweiz durchaus erwünscht zu sein. Zum anderen wird deutlich, dass die Türkei von allen abgefragten Ländern tatsächlich die niedrigsten Zustimmungs- bzw. höchsten Ablehnungswerte erhält. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass viele dieser Staaten in ihrer heutigen Form noch gar nicht existierten, als die Türkei ihr ursprüngliches Beitritts-gesuch stellte. Besonders der Vergleich zu den anderen beiden offiziellen EU-Kandidaten Kroatien und Mazedonien⁶ zeigt deutlich, dass die Türkei in den Augen vieler Europäer offensichtlich als „Sonderfall der europäischen Erweiterungspolitik“ angesehen wird (Lip-pert 2005).

⁶ Zum Zeitpunkt der Befragung hatten Albanien, Island, Montenegro und Serbien noch kein Beitritts-gesuch eingereicht. Mittlerweile wurden die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien abgeschlossen, während die Verhandlungen mit Island und Montenegro zumindest aufgenommen wurden. Auch Serbien hat seit dem 1. März 2012 offiziellen Kandidatenstatus. Albanien's Beitritts-gesuch ist bislang unbeantwortet geblieben.

Abbildung 2: Einstellung der EU-Bürger zu zwölf potentiellen EU-Mitgliedsländern

Quelle: Eigene Darstellung nach Standard-Eurobarometer 69-Bericht (2008).

Diese erste Bestandsaufnahme ruft mehr Fragen hervor als sie beantwortet: Warum bewerten die EU-Bürger eine mögliche türkische EU-Mitgliedschaft so viel negativer als diejenige anderer Staaten? Welche Einstellungsmuster kommen hierbei zum Tragen? Und weiter: Wie kann der leicht negative Trend hinsichtlich der Türkeifrage im Meinungsklima der letzten zwei Jahrzehnte erklärt werden? Im Kern beinhalten diese, durch die deskriptive Analyse aufgeworfenen Fragen die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit, nämlich:

Wie kann die Einstellung der EU-Bürger zur EU-Mitgliedschaft der Türkei überhaupt erklärt werden? Welche sind also die zentralen Einstellungs determinanten?

Die Relevanz dieser Fragestellung resultiert aus der zuvor dargestellten, wichtigen Rolle der öffentlichen Meinung für den EU-Beitrittsprozess der Türkei. Denn den Regierungen und Parlamenten der EU-Mitgliedsländer stellt sich nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen die Frage, wie sie mit einer möglicherweise ablehnenden Haltung ihrer jeweiligen Bevölkerung umgehen sollen. Wie könnten die politischen Eliten eine öffentliche Akzeptanz des Verhandlungsergebnisses sicherstellen? Es erscheint logisch, dass die Eliten zuerst die wichtigsten Einflussfaktoren der Meinung zum türkischen EU-Beitritt kennen müssten. Wüssten sie überdies, wie sich die Bürger in dieser Frage am besten überzeugen ließen, hätten sie die Möglichkeit, das möglicherweise negative Meinungsklima abzumildern und eventuell sogar ins Positive zu verkehren.

Sollten die Regierenden dies aber nicht schaffen und gemäß dem Falle, sie könnten den EU-Beitritt der Türkei auch gegen die Opposition ihrer Bürger vollziehen, würde ihnen nicht nur die Abwahl drohen. Vielmehr könnte die Stabilität des ganzen politischen Systems gefährdet sein. Zu dieser These gelangt man jedenfalls, wenn man die Haltung der EU-Bürger in der Türkeifrage im systemtheoretischen Sinne David Eastons (1965b, 1975) als einen *demand* an das politische System ansieht.⁷ Sollte es zur Aufnahme der Türkei kommen, wäre dies im Falle einer mehrheitlich ablehnenden Bevölkerungsmeinung ein sogenannter *output failure*, welchen Easton (1965b: 230) definiert als „the failure of the authorities to produce adequate outputs“. Wenn ein an die Regierenden gerichteter *demand* durch die Prozesse innerhalb des politischen Systems nicht in einen entsprechenden Output verarbeitet werden kann, es also zu *output failures* kommt, ist die Folge nachlassende politische Unterstützung. Easton nimmt an, dass zuerst nur die „spezifische Unterstützung“ für politische Autoritäten abnehme.⁸ Erst bei langfristigen Enttäuschungen könne es auch zu abnehmender „diffuser Unterstützung“ für das gesamte politische System kommen, womit letztlich dessen Legitimität in Frage stünde.⁹

Den Zusammenhang zwischen Policy-Einstellungen und politischer Unterstützung untermauert Borre (1995) in einer empirischen Studie. Er stellt fest, dass eine größere *policy distance*, definiert als Distanz zwischen der eigenen Meinung und dem tatsächlichen Politik-Output, zu verstärkter Unzufriedenheit mit der Regierung führt. Außerdem fand er deutliche, empirische Hinweise dafür, dass es bei bestimmten Politikfeldern sogar zu einer Beeinflussung der Systemzufriedenheit kommen kann (Borre 1995: 363ff.). Ob die Entscheidung um den EU-Beitritt der Türkei genau solch ein Politikfeld berührt, kann hier nicht endgültig festgestellt werden.

Genauso wenig lässt sich eine endgültige Aussage darüber treffen, ob vorwiegend die Unterstützung für nationale oder europäische Autoritäten bzw. politische Systeme schwinden könnte. Es lässt sich aber intuitiv vermuten, dass der Großteil der EU-Bürger ihre nationalen Regierungen für solch eine *policy distance* bzw. einen *output failure* verantwortlich machen würden, da sie mit den europäischen politischen Autoritäten generell weniger vertraut sind. Allerdings müssten die Regierungen nicht zwangsläufig an spezifischer Unterstützung verlieren. Denn Easton argumentiert, dass sich Menschen für den Entzug von

⁷ Eastons definiert einen *demand* wie folgt: “A demand may be defined as an expression of opinion that an authoritative allocation with regard to a particular subject matter should or should not be made by those responsible for doing so.” (Easton 1965b: 38).

⁸ Mit “spezifischer Unterstützung” meint Easton einen output-bezogene Bewertung (1975: 437): “The uniqueness lies in its relationship to the satisfaction that members of a system feel they obtain from the perceived outputs and performance of the political authorities.”

⁹ „Diffuse“ Unterstützung bezeichnet eine dauerhaftere und stabilere Einstellung, die eigentlich unabhängig von bestimmten Outputs ist, allerdings abnehmen kann, wenn die Enttäuschung über Autoritäten über längere Zeit anhält oder es zu plötzlichen Frustrationen kommt (Easton 1975: 445).

spezifischer Unterstützung über die kausale Verbindung zwischen ihren *demands*, der Leistung politischer Autoritäten und den Outputs bewusst sein müssen. Ist dies nicht der Fall, was Easton „cognitive incapacity“ nennt, leidet statt der Regierungsunterstützung die diffuse Unterstützung für das politische System insgesamt (Easton 1975: 438f.). Hinsichtlich der EU scheint solch ein Szenario nicht ausgeschlossen, da die Policy-Prozesse für die Bürger hier wesentlich schwerer zu durchschauen sind.

Auch Niemayer/Westle (1995: 43) unterstützen diese Sichtweise, indem sie betonen, dass auf internationaler Ebene Einstellungen zu Policies seltener mit Einstellungen zu politischen Autoritäten verknüpft sind. Im Falle von *output failures* auf europäischer Ebene könnten die Bürger also letztlich mit dem Entzug von diffuser Unterstützung für das politische System der EU reagieren, da der türkische Beitritt wohl eher als EU-Policy denn als nationale Politik wahrgenommen werden würde.

Den stabilitätsrelevanten Charakter der Türkeifrage betonen auch De Vreese/Boomgarden (2005: 60), indem sie darauf hinweisen, dass sich das demokratische Defizit der EU weiter vergrößern könnte, wenn wichtige Entscheidungen auf EU-Ebene ohne Einbeziehung der Präferenzen der europäischen Bevölkerungen getroffen werden. Vergegenwärtigt man sich schließlich noch die Intensität und Emotionalität der Debatte um den türkischen Beitritt in manchen Ländern, scheint es tatsächlich nicht ausgeschlossen, dass die Entscheidung, die Türkei in die Europäische Union aufzunehmen, weitreichende Konsequenzen für die europäischen Regierungen und das politische System der EU haben könnte.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass es ohne öffentliche Zustimmung innerhalb der EU wohl keine türkische EU-Mitgliedschaft geben wird. Die Bestimmungsfaktoren der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei zu verstehen, ist für die politischen Eliten in Europa daher unerlässlich.

1.2 Forschungsfragen

Seit Beginn der 2000er Jahre wurden mehrere quantitativ-empirische Forschungsversuche unternommen, um die Einstellungsdeterminanten zur EU-Erweiterungspolitik allgemein (Jones/Van der Bijl 2003, Karp/Bowler 2006, Van der Veen 2009, Dixon 2010) und zum EU-Beitritt der Türkei im Speziellen (McLaren 2007, De Vreese et al. 2008, Schoen 2008, Azrout et al. 2011, Canan-Sokullu 2011, Canan-Sokullu/Kentmen 2011, Gerhards/Hans 2011) zu identifizieren. Trotzdem konstatieren die in diesem Bereich tätigen Sozialwissenschaftler noch immer ein enormes Forschungsdefizit: “Despite its growing importance, our understanding of the factors driving public opinion on enlargement is comparatively limited.” (Van der Veen 2009: 1). Ähnlich drücken es Canan-Sokullu/Kentmen (2011: 106) aus: “A particular important gap in the literature is the lack

of empirical research that focused on why and to what extent member state citizens support a candidate country's bid to join the EU.”

Im Folgenden werden einige Forschungslücken und -bereiche diskutiert, die für die Entwicklung der Forschungsfragen von entscheidender Relevanz sind. Im Anschluss werden dann die drei zentralen empirischen Fragen dieser Arbeit formuliert.

Prinzipielle vs. aktuelle Einstellung

Das zu untersuchende Phänomen „Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei“ wird in dieser Arbeit anders erfasst als bislang. Als Einstellung wird hier die evaluative Orientierung gegenüber Objekten verstanden, in diesem Fall also die Bewertung des Policy-Objektes „EU-Beitritt der Türkei“.¹⁰ Auf einer bi-polaren Skala von sehr positiv bis sehr negativ erscheint zwar eine Vielzahl möglicher Bewertungen des türkischen EU-Beitrittsgesuches prinzipiell möglich. Das Interesse dieser Arbeit liegt aber vor allem darin, zwischen Zustimmung (positive Einstellung) und Ablehnung (negative Einstellung) der Mitgliedschaft zu unterscheiden. Dies ist insofern nicht abwegig, als dass sowohl die politischen Eliten Europas als auch die EU-Bürger die Beitrittsfrage letztlich mit „Ja oder nein?“ bzw. „Dafür oder dagegen?“ beantworten müssen.

Im Gegensatz zu den Vorgängerstudien werden in dieser Arbeit zwei Einstellungen differenziert: Einerseits die „aktuelle“ und andererseits die „prinzipielle“ Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft. Die aktuelle Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft fragt danach, ob jemand zum Befragungszeitpunkt für oder gegen den Beitritt ist. Die prinzipielle Einstellung hingegen sagt aus, wie jemand grundsätzlich zur Beitrittsfrage steht. Hier wird somit danach gefragt, ob der türkische EU-Beitritt befürwortet oder abgelehnt wird für den Fall, dass die Türkei ihrerseits alle erforderlichen Beitrittskriterien erfüllt.

Dass die EU-Beitrittsbedingungen für die öffentliche Meinung äußerst relevant sind, zeigt eine Umfrage der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2005,¹¹ in der 84% aller Befragten eine signifikante Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei vor einem etwaigen Beitritt fordern.¹² Immerhin noch 76% halten die ökonomische Situation des Landes – trotz des beeindruckenden Wirtschaftswachstums der letzten Jahre – für stark verbesserungswürdig.¹³ Die Umfrage zeigt somit, dass die wichtigsten Gründe und Argumente für eine Ablehnung des türkischen Beitritts im Bereich der EU-Beitrittsbedingungen liegen. Diese Erkenntnis ist zentral für die vorliegende Arbeit, wurde allerdings noch in keiner Vorgängerstudie problematisiert.

¹⁰ In Kapitel 2.1 wird die Diskussion um Einstellungsdefinitionen noch vertieft.

¹¹ Eurobarometer 63.

¹² 7% der Befragten stimmen mit dieser Aussage nicht überein, 9% antworteten „weiß nicht“.

¹³ 10% der Befragten stimmten damit nicht überein, 14% gaben „weiß nicht“ an.

Tabelle 1: Aktuelle und prinzipielle Einstellung der EU-Bürger zum Beitritt der Türkei

	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
Aktuelle Einstellung	31%	55%	13%
Prinzipielle Einstellung	45%	45%	10%

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des EB 69-Datensatzes.

Anmerkungen: Die Werte sind gewichtete EU-27-Durchschnitte.

Dass tatsächlich eine Unterscheidung zwischen aktueller und prinzipieller Einstellung in den Köpfen der EU-Bürger existiert, lässt sich anhand empirischer Daten belegen. Wird nach der prinzipiellen Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft gefragt, ist das Verhältnis von Beitrittsbefürwortern zu -gegnern europaweit nahezu ausgeglichen (siehe Tab. 1). Es kann somit zu Recht vermutet werden, dass viele EU-Bürger ihre negative oder unentschlossene Haltung zur Türkeifrage mit der türkischen Nicht-Erfüllung der EU-Beitrittskriterien verknüpfen.¹⁴

Diese wichtige Feststellung führt letztlich dazu, dass das Interesse der vorliegenden Arbeit einzig und allein im Bereich der prinzipiellen Einstellung zum türkischen EU-Beitrittsgesuch liegt. Denn: Es wird als weitgehend irrelevant erachtet, ob jemand den türkischen Beitritt aufgrund der Verletzung einzelner Beitrittsbedingungen ablehnt, zum Beispiel, weil er die Zypernpolitik der Türkei missbilligt oder Probleme beim Menschenrechtsschutz erkennt. Grund dafür ist, dass die Türkei zu dem Zeitpunkt, zu dem die Parlamente und Bürger der Union über die Aufnahme endgültig entscheiden werden, solche Hindernisse ohnehin beiseite geräumt haben muss.¹⁵ Die an die Beitrittskriterien geknüpften Ablehnungsgründe sind dann folglich hinfällig. In diesem Moment aber bekommen die Einstellungen der EU-Bürger eine entscheidende Relevanz: Bleiben die (aktuellen) Beitrittsgegner bei ihrem „Nein“ oder ändern sie ihre Meinung? Wie ist also ihre grundsätzliche Haltung, ihre prinzipielle Einstellung?

Von nun an ist demnach ausschließlich die prinzipielle Einstellung Thema dieser Arbeit, auch wenn dies nicht mehr explizit gesagt wird.¹⁶

Ablehnung vs. Zustimmung

Ein weiterer Missstand in der bisherigen empirischen Forschung ist die Tatsache, dass bei der Analyse von Einstellungsdeterminanten die Zustimmung und die Ablehnung der türki-

¹⁴ Ob dies in etwa 14% der Bevölkerung sind, wie die Differenz der beiden Zustimmungswerte in Tabelle 1 suggerieren würde, sei dahingestellt.

¹⁵ Die Möglichkeit eines „verfrühten“ EU-Beitritts, das heißt eine EU-Mitgliedschaft ohne die volle Erfüllung der Beitrittskriterien, mag in der Vergangenheit möglich gewesen sein, soll hier aber außer Acht gelassen werden.

¹⁶ Nichtsdestotrotz erscheint es im Übrigen sehr ergiebig, die Ergebnisse dieser Arbeit mit den Ergebnissen vergangener Untersuchungen zu vergleichen, um Aussagen über die Kongruenz der Determinanten von aktueller und prinzipieller Einstellung treffen zu können.

schen EU-Mitgliedschaft selten getrennt voneinander betrachtet wurden – weder bei der theoretischen Argumentation noch bei der empirischen Überprüfung. Hypothesen über Ursache-Wirkungs-Beziehungen werden mal in die eine, mal in die andere Richtung formuliert. Es ist aber durchaus nicht abwegig, zwischen den Determinanten von positiver und negativer Einstellung zu differenzieren. Warum? De Vreese et al. (2012) stellen dazu eine interessante These auf:

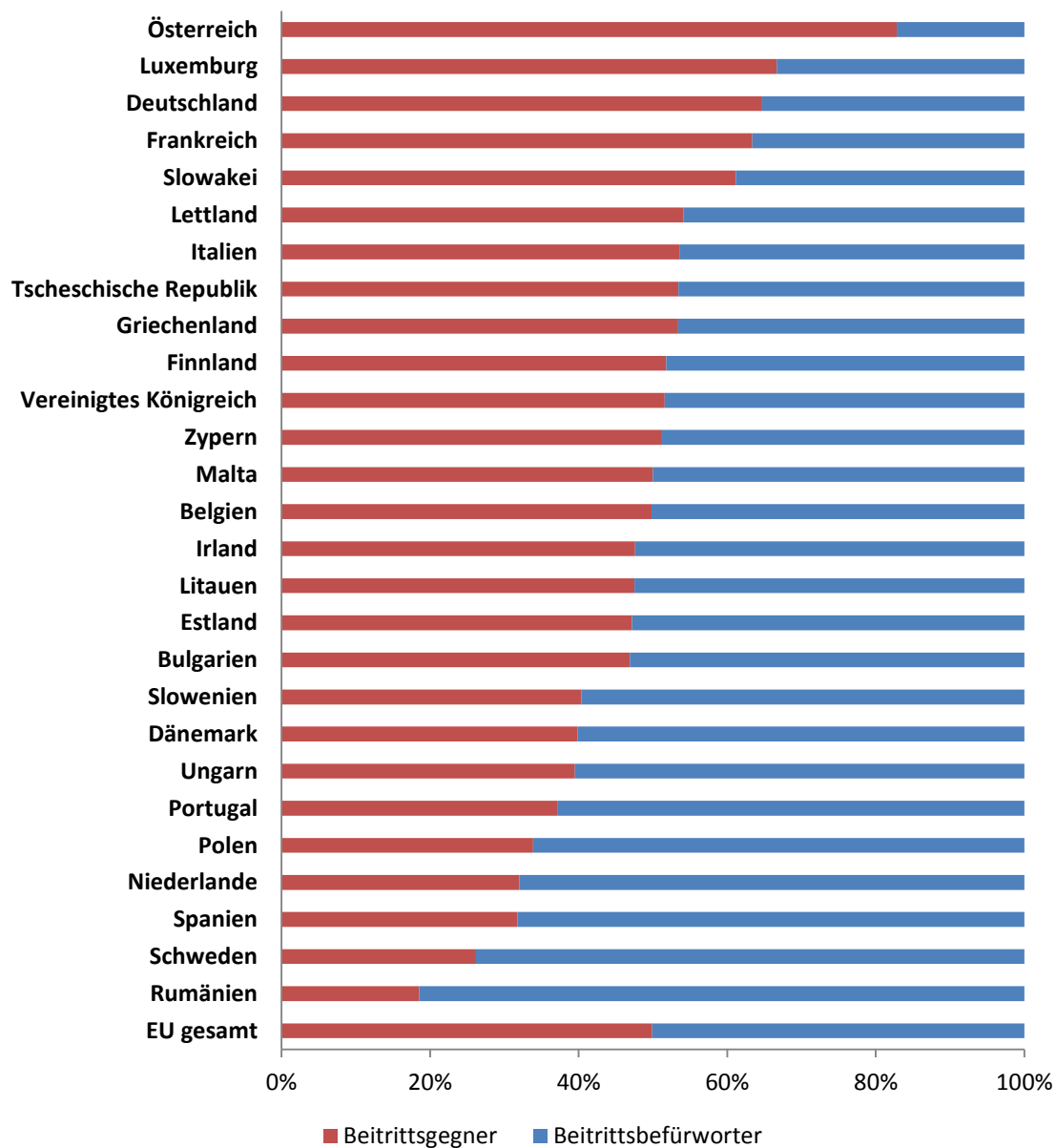
"Yet, whereas cultural concerns may explain opposition to Turkish membership, rational economic self-interest has been seen to provide a powerful explanation for why many, particularly political and economic elites, favour Turkish membership." (De Vreese et al. 2012: 219)

Obwohl die Autoren sich zum Teil auf politische Eliten beziehen, gehen sie dennoch davon aus, dass die Determinanten der Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei nicht unbedingt identisch sein müssen mit den Determinanten der Ablehnung. Leider stützen die Autoren ihre These weder auf fremde Quellen noch auf eigene empirische Ergebnisse, sondern lassen sie dahingestellt. Die vorliegende Arbeit betrachtet dies als willkommene Gelegenheit und will überprüfen, ob die These einer empirischen Überprüfung standhält.

Individuelle vs. kontextuelle Erklärungsfaktoren

Bisher lag das Hauptaugenmerk der empirischen Forschung der Einstellungsdeterminanten auf Erklärungsfaktoren, die auf der Ebene des einzelnen Individuums ansetzen. In dieser Arbeit sollen allerdings nicht nur individuelle Merkmale untersucht werden, sondern auch solche unabhängige Variablen, die die soziale Umgebung der Menschen einbeziehen.

Ein Indiz dafür, dass solche sogenannten Kontextfaktoren für die Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft eine Rolle spielen, liefert der Vergleich der durchschnittlichen Zustimmung- bzw. Ablehnungswerte aller EU-Länder (siehe Abb. 3). Auffallend sind hier die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen den prinzipiellen Einstellungen der Bürger verschiedener EU-Mitgliedsstaaten. Während in Österreich beispielsweise 82,8% der Menschen gegen den Beitritt der Türkei sind, befinden sich unter den Bürgern Rumäniens nur 18,5% Beitrittsgegner. Die grundsätzliche Haltung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei wird demnach offensichtlich auch von bestimmten Ländermerkmalen beeinflusst. Andernfalls wären die zum Teil enormen Länderunterschiede kaum zu erklären.

Abbildung 3: Die prinzipielle Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft nach Ländern

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von EB 69 (2008).

Anmerkungen: Die Werte sind Länderdurchschnitte. „Weiß nicht“-Antworten wurden herausgelassen.

Aus den vorausgegangenen Ausführungen zu den erklärenden Variablen und des zu erklärenden Phänomens leiten sich die drei empirischen Forschungsfragen dieser Arbeit ab:

FF1: Welches sind die zentralen Determinanten der prinzipiellen Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei auf Ebene des Individuums, d.h. des einzelnen EU-Bürgers?

FF2: Welche Kontext- bzw. Länderfaktoren spielen für die prinzipielle Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei eine entscheidende Rolle und wie wirken sie?

FF3: Lassen sich Unterschiede in den Determinanten der Ablehnung und denjenigen der Zustimmung feststellen und falls ja, welche?

1.3 Vorgehensweise

Ähnliche Fragestellungen wurden bislang meist durch das Heranziehen von theoretischen Erklärungsansätzen aus der EU-Unterstützungsforschung beantwortet. Vor allem zwei Arten lassen sich hierbei unterscheiden: utilitaristische bzw. interessenorientierte sowie kultur- bzw. identitätsbezogene Erklärungsansätze. Doch es ist keineswegs evident, dass die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei überhaupt dazu geeignet ist, durch Ansätze der EU-Unterstützungsforschung erklärt zu werden. Diese Arbeit wählt daher einen neuen Weg, indem es sein Erklärungsmodell auf Vorarbeiten aufbaut, die vornehmlich zur Erklärung von (nationalen) Policy-Einstellungen ausgerichtet waren. Im Resultat gleicht das Erklärungsmodell zwar denen ähnlicher Analysen, weist aber auch Unterschiede auf.

Die oben genannten Vorgängerstudien zu den Einstellungsdeterminanten der Türkeifrage haben es versäumt, sich mit ganz grundsätzlichen Fragen zu befassen: Wie wird die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei überhaupt von den Menschen gebildet? Welche psychologischen Prozesse stehen hinter den Erklärungsfaktoren? Und wie wirken die identifizierten unabhängigen Variablen genau auf die abhängige Variable? Um diesen Missstand der empirischen Forschung zu beheben, wird Kapitel 2 zunächst einen Überblick über grundlegende Konzepte aus dem Bereich der sozialpsychologischen Einstellungsforschung geben. Durch die Darstellung bestimmter Einstellungsdefinitionen und sozialpsychologischer Theorien zur Bildung von Einstellungen wird das Verständnis des weiteren Vorgehens erleichtert und ein solides theoretisches Fundament gelegt, auf dem das Erklärungsmodell der Arbeit später errichtet wird. Außerdem wird die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei im politikwissenschaftlichen Forschungsprogramm der „Politischen Kultur“ verortet, wo sie als Policy-Einstellung im Rahmen von Orientierungen zu internationalisierter Governance (nach Niedermayer/Westle 1995) verstanden werden kann.

In Kapitel 3 werden die Erkenntnisse der bisherigen empirischen Forschung zu Einstellungsdeterminanten von relevanten, politischen Einstellungen – besonders aus dem Bereich der EU-Erweiterungspolitik – dargestellt. Denn trotz ihrer teilweisen theoretischen Armut haben diese Studien einige wichtige Erkenntnisse über erklärungskräftige, unabhängige Variablen gewonnen, die in dieser Arbeit gezielt weiterentwickelt werden. Durch eine systematische Aufarbeitung des relevanten Forschungsstandes werden somit diejenigen Erklärungsfaktoren, die sich als besonders erfolgreich erwiesen haben, gezielt extrahiert und in das zu entwickelnde theoretische Erklärungsmodell integriert.

Kapitel 4 ist das Herzstück des theoretischen Teils dieser Arbeit. Es entwickelt ein neues, eigenes theoretisches Erklärungsmodell. Dieses Erklärungsmodell beruht auf den Arbeiten von David Sears (Sears et al. 1979, Sears et al. 1980, Sears/Funk 1991, Sears 1993) und setzt zunächst auf der individuellen Ebene an. Zur Erklärung politischer Einstellungen

stellt Sears utilitaristische Motive, das heißt rationale Eigeninteressen, auf der einen Seite und symbolische Prädispositionen, das heißt Vorprägungen gegenüber bestimmten Einstellungsobjekten, gegenüber. Den beiden Ansätzen werden dann die in Kapitel 3 extrahierten Erklärungsfaktoren zugeordnet. Außerdem werden erstmals die in Kapitel 2 dargestellten sozialpsychologischen Theorien zur Bildung von Einstellungen explizit in die Modellbildung einbezogen.

Nach der Konstruktion des Individualerklärungsmodells und der Ableitung von forschungsleitenden Hypothesen werden dann zwei potentiell relevante Kontextfaktoren in das Modell integriert: der wirtschaftliche Wohlstand eines Landes und die Präsenz türkischer Einwanderer in einem Land. Auch hier werden mögliche Wirkungskanäle diskutiert und Hypothesen aufgestellt, die sowohl direkte Kontexteinflüsse als auch Cross-Level-Interaktionen betreffen.

In Kapitel 5 erfolgt die empirische Überprüfung der zuvor formulierten Hypothesen. Dies geschieht in zwei Schritten. Zunächst werden die Erwartungen auf individueller Ebene durch binäre logistische Regressionen getestet. Hierbei werden Wahrscheinlichkeiten geschätzt, mit denen bestimmte Merkmalsträger zu den Befürwortern oder Gegnern des türkischen EU-Beitritts gehören. Als Zweites werden die verschiedenen Kontexteinflüsse mit Hilfe von Mehrebenenanalysen geschätzt, wobei die zuvor erhaltenen Ergebnisse der Individualerklärungsfaktoren hier überprüft werden können. Letztlich kann so das vollständige theoretische Erklärungsmodell dieser Arbeit in einem einzigen statistischen Modell erfasst werden.

Im Fazit werden die empirischen Ergebnisse dann kurz rekapituliert und hinsichtlich ihrer Implikationen für die Fragestellungen der Arbeit reflektiert. Außerdem werden mögliche Anknüpfungspunkte für die weitere empirische Forschung diskutiert. Obwohl diese Arbeit bestimmte, entstandene Lücken in der bisherigen empirischen Forschung schließen kann, sollen im Schlussteil auch methodische und inhaltliche Probleme und Limitierungen erwähnt werden, die künftige Untersuchungen berücksichtigen sollten. Zu guter Letzt schließt die Arbeit mit der Formulierung von fünf Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger, die die EU-Bürger für den EU-Beitritt der Türkei gewinnen wollen.

2 Die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei als das zu erklärende Phänomen – Grundlegende Konzepte und Einordnung

Wer sich in einer wissenschaftlichen Arbeit mit der Erforschung von Einstellungen und deren Bestimmungsfaktoren beschäftigt, kommt nicht umhin, sich ganz grundsätzliche Fragen zu stellen: Was sind Einstellungen überhaupt und wie werden sie gebildet? Welche Faktoren können eine Einstellung determinieren? Und woher kommt ihre Relevanz, speziell für die Politikwissenschaft? Kapitel 2.1 beschäftigt sich mit diesen Fragen anhand von zentralen Konzepten aus der sozialpsychologischen Einstellungsforschung. Überdies wird eine wichtige Grundannahme des theoretischen Erklärungsmodells, nämlich dass eine spezifische Einstellung durch andere kognitive und affektive Orientierungen determiniert werden kann, gerechtfertigt. Von besonderem Interesse ist es außerdem, welche Art von politischer Einstellung das zu erklärende Phänomen, die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei, darstellt. Zu diesem Zweck beschäftigt sich Kapitel 2.2 mit der Verortung dieser Orientierung im Rahmen der politischen Kulturforschung. Nach dieser theoretischen Einordnung werden in Kapitel 2.3 die Erkenntnisse der empirischen Forschung zu den für diese Arbeit relevanten Einstellungs-determinanten zusammengefasst.

2.1 Einstellungsdefinitionen und Theorien zur Bildung von Einstellungen

Nach Allport (1935: 798) ist das Einstellungskonstrukt das unverzichtbarste Konstrukt der zeitgenössischen Sozialpsychologie. Es ist daher offensichtlich, dass es nicht an Einstellungsdefinitionen mangelt. Zumeist unterscheiden diese sich nur in ihrer spezifischen Konnotation. Für den Zweck dieser Arbeit ist die Betonung des evaluativen Charakters von Einstellungen zentral: „Attitude is a psychological tendency that is expressed by evaluating a particular entity with some degree of favor or disfavor.“ (Eagly/Chaiken 1993: 1). Eine Einstellung benötigt also ein Objekt, auf das es sich bezieht und bewertet dieses in positiver bzw. zustimmender oder negativer bzw. ablehnender Weise. In der vorliegenden Arbeit ist das Einstellungsobjekt der EU-Beitritt der Türkei, eine positive Einstellung wird als Zustimmung, eine negative als Ablehnung desselbigen verstanden.

Andere Autoren konzentrieren sich in ihren Einstellungsdefinitionen eher auf deren Entstehung. Auch dies ist für diese Arbeit äußerst relevant. Zanna/Rempel (1988: 9) definieren eine Einstellung als „[...] the categorization of a stimulus object along an evaluative dimension based upon, or generated from three general classes of information: cognitive information, affective/emotional information, and/or information concerning past behaviors or behavioral intentions.“ Die Einstellung ist also eine globale Bewertung, zu deren Bildung – bewusst oder unbewusst – unter anderem kognitive Informationen, das heißt

Wissen bzw. Überzeugungen über ein Objekt, und/oder affektive Informationen, also Gefühle, herangezogen werden können.¹⁷

Festzuhalten ist, dass Einstellungen durch unterschiedliche Arten von Reizen entstehen und durch diese determiniert werden können. Als Konsequenz bilden Menschen sowohl eher kognitiv determinierte Einstellungen, als auch eher affektiv determinierte Einstellungen aus. Es ist letztlich eine empirische Frage, welche Arten von Information bzw. Stimuli den stärksten Effekt auf spezifische politische Einstellungen haben. Haddock/Huskinson (2004: 37) vermuten, dass sich Individuen ohnehin in dieser Hinsicht unterscheiden: Manche seien eher emotionsgesteuert, während andere sich eher von ihren Kognitionen leiten lassen. Aufgrund des Entstehungsprozesses können sich Einstellungen grundsätzlich zwar ändern – zum Beispiel durch neue Informationen, die zu einer veränderten globalen Bewertung führen können. Trotzdem werden sie zumeist als „generalized and enduring position towards an object“ (Niedermayer/Westle 1995: 47) begriffen. Sie weisen also eine relative Stabilität auf und ändern sich nicht beliebig.¹⁸

Die Frage, mit welcher Berechtigung diese Arbeit die Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft mit anderen Orientierungen in den Köpfen der EU-Bürger erklären will und kann, erfordert allerdings einen noch genaueren Blick auf den Prozess der Bildung von Einstellungen. Hierzu gibt es mehrere theoretische Konzepte aus dem Bereich der Sozialpsychologie¹⁹, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Lerntheorien betonen die zentrale Rolle von Sozialisationsprozessen, mit deren Hilfe Einstellungen entstehen. Kognitive Informationen werden zusammen mit bestimmten Affektionen verknüpft und gelernt, wodurch bestimmte Assoziationsmuster entstehen. Neue Einstellungen können zum Beispiel durch den sogenannten *transfer of affect* entstehen, bei dem Individuen bereits gelernte, affektive Einstellungen auf neu zu bewertende, assoziierte Einstellungsobjekte übertragen (Taylor et al. 2006: 135). Den gleichen Mechanismus betrachten auch Theorien der kognitiven Konsistenz²⁰. Sie behaupten, dass Einstellungen ständig miteinander in Einklang gebracht werden, da Menschen nach geistiger Kohärenz streben und kognitive Widersprüche vermeiden wollen. Für die Bildung einer neuen Einstellung sind demnach bereits existente Orientierungen von zentraler Bedeutung.

¹⁷ Die dritte Informationsquelle, behaviorale Informationen aus direkten Erfahrungen mit einem Objekt oder Verhaltensintentionen gegenüber diesem, erscheint für die vorliegende Arbeit vernachlässigbar.

¹⁸ Die Beschäftigung mit der grundsätzlichen Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei erscheint auch unter diesen Gesichtspunkten als besonders angebracht.

¹⁹ Die folgenden Konzepte sind laut dem sozialpsychologischen Standardwerk von Taylor et al. (2006: 134-146) die zentralen Ansätze zur Bildung von Einstellungen.

²⁰ Vgl. dazu u.a. die *balance theory* nach Fritz Heider (1958) sowie das Konzept der Kognitiven Dissonanz nach Leon Festinger (1957).

Aus der Rational Choice-Schule stammt dagegen die *expectancy-value-theory*. Sie beschreibt, wie Entscheidungssituationen²¹ durch eine rationale Bewertung von erwarteten Outcomes bewältigt werden: „According to this theory, attitude formation and change is a process of weighing the pros and cons of various possible attitudes and then adopting the best alternative.“ (Taylor et al. 2006: 143). Einstellungen haben aus dieser Perspektive eine instrumentelle Funktion, weil sie dazu dienen, den persönlichen Nutzen zu maximieren. Alle hier beschriebenen Konzepte legen auf plausible Weise dar, wie die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei durch kognitive und affektive Orientierungen determiniert werden kann. In Kapitel 4.1 werden sie daher zur Konstruktion des theoretischen Erklärungsmodells wieder herangezogen.²²

Die Relevanz von Einstellungen speist sich aus der Annahme, dass sie für das Verhalten von Menschen von entscheidender Bedeutung sind. So sind politische Einstellungen zum Beispiel für die Wahlforschung elementar. Zu welchem Grad Einstellungen und Verhalten korrelieren oder welche anderen Faktoren zusätzlich das Verhalten von Individuen beeinflussen, ist nicht Gegenstand der Arbeit. Es ist aber durchaus plausibel anzunehmen, dass starke und stabile Einstellungen einen größeren Einfluss auf das Verhalten haben als instabile. Auch dies rechtfertigt im Übrigen die Fokussierung auf die prinzipielle Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei, anstatt sich auf die aktuelle Einstellung zu beschränken. Doch selbst unabhängig vom Verhalten sind Einstellungen keineswegs unwichtig, da sie reflektieren, wie Menschen die Welt um sich herum wahrnehmen (Oskamp/Schultz 2005: 5).

2.2 Verortung im Forschungsrahmen der Politischen Kultur

Für die Politikwissenschaft interessant wurden Einstellungen besonders mit den Anfängen der politischen Kulturforschung von Almond/Verba (1963, 1989), in deren Arbeiten den Überzeugungen der Bürger erstmals eine große Bedeutung für politische Systeme zugesprochen wurde. Politische Kultur bezeichnet die Gesamtheit der „akkumulierten, individuellen Einstellungen gegenüber politischen Objekten“ (Pickel/Pickel 2006: 76) einer Bevölkerung. Die Urheber des Konzeptes definierten es wie folgt: “The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation.” (Almond/Verba 1963: 13). Zentral für die politische

²¹ Obwohl das *expectancy-value*-Modell für Entscheidungssituationen formuliert wurde, kann es auch für die Bildung von Einstellungen herangezogen werden, da die beiden Phänomene sich nicht grundlegend unterscheiden. Im uns interessierenden Falle der Einstellung zum türkischen EU-Beitritt ist dies sogar sehr sinnvoll, da die Einstellung hier eine Entscheidung für oder gegen den Beitritt der Türkei impliziert.

²² Es wurde bewusst darauf verzichtet, weitere Überlegungen zur kognitiven Struktur von Orientierungen und Einstellungen darzustellen (dazu siehe u.a. Schumann 2012: 99ff.). Grundsätzlich erscheint es aber vernünftig, anzunehmen, dass die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei als eine neue und sehr spezielle Einstellung im Gegensatz zu stabileren Orientierungen strukturell eher nachgelagert ist.

Kulturforschung ist die Relevanz individueller Einstellungen für die Stabilität und Legitimität einer politischen Ordnung.²³

Um die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei in diesem Forschungsgebiet zu verorten, wird sich hier einer Klassifizierung von Niedermayer/Westle (1995) bedient, die auf dem Konzept von Almond/Verba fußt. Hierbei formulieren die Autoren eine Typologie für Orientierungen gegenüber internationalisierter Governance,²⁴ die sich gut für Einstellungen gegenüber Objekten auf europäischer Ebene eignet. Ähnlich wie bei Almond/Verba basiert die Typologie auf den zwei Kategorien „Einstellungsobjekte“ und „Modi der Orientierung“. Doch im Unterschied zur ursprünglichen Version des Almond/Verba-Konzeptes werden auch Politikentscheidungen (Policies) als relevante Einstellungsobjekte erfasst: „The policy dimension looms large in any discussion of the internationalization of governance, and output preferences might affect the prospects for further development of international systems at least as strongly as output evaluations.“ (Niedermayer/Westle 1995: 36).

Als Policy-Orientierungen werden Einstellungen gegenüber *outputs, outcomes* und *policy plans* sowie die Meinung darüber, ob ein bestimmtes Politikfeld eher auf nationaler oder internationaler Ebene geregelt werden sollte (*functional scope*), verstanden. Neben Policies verwenden die Autoren drei weitere Einstellungsobjekte, nämlich die drei Objekte politischer Unterstützung nach Easton (1975): politische Autoritäten, die politische Ordnung und die politische Gemeinschaft. Außerdem konzipieren Niedermayer/Westle (1995: 43) drei Orientierungsmodi, aufsteigend sortiert nach ihrer Verhaltensrelevanz: „psychological involvement, evaluations, and behavioural intentions“.

Abbildung 4: Typologie von Orientierungen gegenüber internationalisierter Governance

		Modi der Orientierung		
		Psychological Involvement	Evaluation	Behavioral Intention
Einstellungsobjekte	Political Order			
	Political Authorities			
	Political Collectivity			
	Policies: Outputs, Outcomes, Policy Plans		Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei	
	Policies: Functional Scope			

Quelle: Eigene Darstellung nach Niedermayer/Westle 1995

²³ Konsequenterweise liefern die Arbeiten von Almond/Verba somit die Grundlage für die bereits angesprochenen Konzepte politischer Unterstützung von David Easton (1965, 1975).

²⁴ Niedermayer/Westle konstruierten diese theoretische Typologisierung, um ein Framework für alle Arten von Orientierungen gegenüber dem europäischen Integrationsprozess zu schaffen.

Die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei lässt sich in die Typologie von Niedermayer/Westle nun relativ logisch einordnen (siehe Abb. 4). Sie ist weder eine neutrale psychologische Tendenz, was lediglich neutrales Wissen, Interesse und Erwartungen gegenüber einem Objekt beinhalten würde, noch eine konkrete Verhaltensintention. Sie ist eine Evaluation gegenüber einem *policy plan* auf einem Positiv-Negativ-Kontinuum, die Niedermayer/Westle (1995: 45f.) wie folgt beschreiben: “They can take the form of a direct positive or negative judgement about an object, or they can be expressed in an indirect form – that is, as a demand, because any demand regarding an object is implicitly an evaluation of the object.”²⁵

Die Forschung zu den Einstellungen gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei lässt sich also zur Einstellungsforschung gegenüber EU-Policies, hier der EU-Erweiterungspolitik, einordnen. Damit unterscheidet sie sich konzeptionell von den Forschungsprogrammen, die sich mit der Unterstützung der Europäischen Union sowie dem Vertrauen in ihrer Institutionen oder etwa mit Europäischer Identität beschäftigen. Gemeinsam sind ihnen zwar die supranationale Ebene, auf der sie angeordnet sind, und der evaluative Modi der Orientierung. Doch bilden EU-Policies in diesem Verständnis eine eigene Klasse von Einstellungsobjekten, deren Determinanten prinzipiell von denen anderer Klassen differieren können. Hierdurch kann gerechtfertigt werden, dass das zu Erklärungsmodell dieser Arbeit auf Ansätzen basiert, die für die Einstellung zu nationalen Policies entwickelt wurden.

²⁵ Diese Feststellung bestärkt im Übrigen die in Kapitel 1 vollzogene Kategorisierung der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei als ein *demand* im systemtheoretischen Sinne David Easton.

3 Bisherige Erkenntnisse der empirischen Forschung zu relevanten Einstellungsdeterminanten

Im vorherigen Kapitel wurde festgestellt, dass die Einstellung zur EU-Erweiterung bzw. diejenige zum EU-Beitritt der Türkei, eine Policy-Orientierung im Rahmen internationalisierter Governance darstellt. Doch welche theoretischen und empirischen Erkenntnisse über die Determinanten solcher Einstellungen lassen sich bisher in diesem Forschungsbereich identifizieren? Dieses Kapitel gibt einen systematischen Überblick über den Forschungsstand zu den Einstellungsdeterminanten gegenüber Policies und der EU-Erweiterungspolitik im Allgemeinen sowie dem EU-Beitritt der Türkei im Speziellen.

3.1 Determinanten von Policy-Einstellungen

Leider existiert – zumindest nach Kenntnis des Autors – keine empirische Studie zu den Einstellungsdeterminanten gegenüber internationalisierter Governance im Sinne von Niedermayer/Westle (1995). Überhaupt erscheinen die Forschungsergebnisse zu den allgemeinen Determinanten von Policy-Einstellungen eher überschaubar. Daher fällt es nicht schwer, die bahnbrechenden Arbeiten in diesem Bereich zu identifizieren. So gelang es Sears et al. (1979) in einer US-amerikanischen Untersuchung, einen völlig neuen theoretischen Zugang zu den Determinanten politischer Einstellungen zu schaffen, indem sie ein alt hergebrachtes Dogma aufbrachen: „It has long been taken for granted that self-interest is an important, indeed even the major, determinant of political attitudes and voting behaviour.“ (Sears et al. 1979: 369).

Die allgemein akzeptierte Lehrmeinung, eigennützige und materielle Interessenslagen seien bestimmend für politische Einstellungen, reicht bis zu Adam Smith zurück. Durch Anthony Downs (1957) wurden sie maßgeblich in die Politikwissenschaft bzw. die Politische Soziologie hineingetragen. David Sears verweist allerdings in mehreren Studien (Sears et al. 1979, Sears et al. 1980, Sears/Funk 1991, Sears 1993) auf die geringe empirische Basis dieser Behauptung und stellte den eigennützigen, materiellen Motiven eine Reihe von während der Sozialisation erlernten Einstellungsprädispositionen wie politische Ideologie, Nationalismus oder ethnische Vorurteile als mögliche Determinanten von Policy-Einstellungen gegenüber.

Und tatsächlich zeigt er für eine ganze Reihe von Politikfeldern²⁶ empirisch aufzeigen, dass kurzfristige, egoistische, materielle Beweggründe eine deutlich geringere Erklärungskraft aufweisen als das Set von erlernten, langfristig stabilen Prädispositionen gegenüber „poli-

²⁶ Folgende Politikfelder wurden untersucht: Arbeitsmarktpolitik (staatliche Jobgarantien), Gesundheitspolitik (staatliche Gesundheitsversicherung), Integrationspolitik (Ethnische Durchmischung von Schulen durch Schultransfers, sogenanntes *busing*) und Innere Sicherheit.

tischen Symbolen“²⁷. „Generally speaking, we found self-interest to have little effect on voters' policy preferences, while symbolic attitudes had major effects.“ (Sears et al. 1980: 673). Obwohl Sears' Konzeption von Eigeninteressen und symbolischen Prädispositionen nicht unumstritten waren²⁸, so hatte sein zweigeteiltes Konzept doch einen großen Einfluss auf die weitere empirische Forschung zu Policy-Einstellungen.

Lau/Heldman (2009) untersuchen die Ergebnisse von Sears in einer Replikationsstudie für zwei weitere Politikfelder und stellen fest: „We can firmly conclude that the basic story they told has not changed in the quarter century since they first explored the topic.“ (Lau/Heldman 2009: 534). Allerdings finden sie Hinweise darauf, dass Kontextfaktoren den Effekt von Eigeninteressen beeinflussen können. So zeigen sie unter anderem: „Bad economic times can substantially maximize some self-interest effects on policy attitudes.“ (Lau/Heldman 2009: 534). Obwohl die Autoren keinen Ländervergleich durchführen, sondern sich nur auf regionale Unterschiede innerhalb der USA beschränken, könnte dies Implikationen für die Einstellungsmuster innerhalb der Europäischen Union beinhalten.

Auch Sears et al. (1980) weisen im Übrigen auf bestimmte Bedingungen hin, unter denen eigennützige Interessen doch einen größeren Effekt für Policy-Einstellungen haben können: „Self-interest should influence preferences about government policy only when voters attribute their problems to causes external to themselves, and/or feel the government is responsible for their solution.“ (Sears et al 1980: 676). Ob die Türkeifrage genau in dieses Wahrnehmungsraster der EU-Bürger fällt, kann nicht mit abschließender Sicherheit gesagt werden, es erscheint aber durchaus plausibel. Somit kann die Relevanz von Eigeninteressen als Determinanten von Policy-Einstellungen durch die zitierten Studien zwar angezweifelt werden, aber für die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei nicht mit Sicherheit verworfen werden.

Insgesamt sollen für diese Arbeit zwei Schlüsse aus dem oben beschriebenen Forschungsstand zu Policy-Einstellungen in den USA gezogen werden. Erstens kann vermutet werden, dass sowohl eigennützige Motive als auch – und eventuell sogar in größerem Maße – bestimmte Prädispositionen eine Rolle für Einstellungen zu EU-Policies wie dem Beitritt der Türkei spielen. Zweitens scheint auch der soziale Kontext der Bürger von Relevanz zu sein und sollte daher gerade in ländervergleichenden Analysen berücksichtigt werden.

²⁷ Sowohl der *self-interest*-Erklärungsansatz als auch der hier angedeutete, von Sears formulierte *symbolic politics*-Ansatz werden in Kapitel 4.1.2 ausführlicher dargestellt.

²⁸ Für eine Kritik siehe z.B. Bobo 1983.

3.2 Determinanten der Einstellung zur EU-Erweiterung

Die Forschung zu den Einstellungs determinanten gegenüber der EU-Erweiterungspolitik hat sich erkennbar aus der Forschung zur EU-Unterstützung entwickelt.²⁹ Dort wurde seit Mitte der 1990er Jahre – unter anderem bedingt durch die langsam schwindende EU-Unterstützung in vielen Mitgliedsländern – nach den zentralen Einstellungs determinanten gesucht. Zunächst fand man sie in ökonomischen Größen bzw. utilitaristischen Motiven (Eichenberg/Dalton 1993, Gabel/Palmer 1995, Gabel/Whitten 1997, Gabel 1998), später entdeckte die Forschung die Bedeutung kultureller und identitätsbezogener Faktoren (McLaren 2002, Hooghe/Marks 2007)³⁰.

Doch im Gegensatz zur EU-Unterstützungsforschung gibt es im Bereich der EU-Policies nur wenige empirische Studien, die nach den Bestimmungsfaktoren der Einstellung fragen. Dies gilt auch für die EU-Erweiterungspolitik, wobei zumindest im Zuge der Osterweiterung etwas mehr Bewegung in den Forschungsbereich gekommen ist. Doch nach wie vor gilt Van der Veens (2009: 1) Feststellung: „Despite its growing importance, our understanding of the factors driving public opinion on enlargement is comparatively limited“. Im Folgenden werden vier empirische Analysen vorgestellt, die jeweils die Einstellungs determinanten bezüglich des Beitritts verschiedener EU-Kandidatenländern analysieren und aus denen interessante Schlüsse für die vorliegende Arbeit gezogen werden können.

In der frühesten Studie untersuchen Jones/Van der Bijl (2003) den Einfluss von Makro-Faktoren auf die Einstellung zu dreizehn potentiellen EU-Kandidatenländern. Sie konzentrieren sich dabei auf die Frage, wie sich transnationale Transaktionen zwischen einem EU-Land und einem Kandidatenland auf die Meinung über die EU-Mitgliedschaft des betreffenden Kandidaten auswirken, wofür sie letztlich auch gewisse empirische Belege finden.³¹ Außerdem befinden sie, dass die Bürger den Beitritt derjenigen Kandidatenländer, die aufgrund ihres rückständigen Agrarsektors hohe Transferzahlungen in Anspruch nehmen würden, weniger stark unterstützen. Letztlich scheinen auch die historischen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern eine wichtige Rolle zu spielen.³²

Eine weitaus aussagekräftigere Studie über die individuellen Einstellungs determinanten zur EU-Erweiterung liefern Karp/Bowler (2006). Sie beziehen hier ausdrücklich den Stand

²⁹ Unterstützung bezieht sich hier im Sinne der politischen Kulturforschung auf positive Einstellungen gegenüber dem politischen System der Europäischen Union sowie ihrer Institutionen.

³⁰ Dazu muss gesagt werden, dass sich die kultur- und identitätsbezogenen Erklärungsansätze fast ausschließlich auf die Ablehnung der Europäischen Integration konzentrieren, die seit den Maastrichter Verträgen immer stärker geworden ist (siehe dazu u.a. Eichenberg/Dalton 2007).

³¹ Aufgrund der eher schwachen Operationalisierungen (so werden Transaktionen z.B. anhand der geographischen Entfernung zwischen den beiden jeweiligen Hauptstädten gemessen) sollten ihre Ergebnisse allerdings mit Vorsicht bedacht werden.

³² So unterstützen Menschen aus skandinavischen Ländern eher die Aufnahme der baltischen Staaten und Griechen den Beitritt Zyperns.

der EU-Unterstützungsforschung ein und trennen instrumentelle Eigeninteressen, Identitätsfragen und Bewertungen über die Performanz der EU als Erklärungsfaktoren. Für alle vier finden sie letztlich auch empirische Evidenz.

Van der Veen (2009) verwendet eine andere Herangehensweise für seine empirische Analyse, die den Einfluss sowohl von Individual- als auch von Kontextfaktoren auf die Einstellung gegenüber zwölf möglichen EU-Kandidatenländern ergründet. Seine These ist, dass das Framing der Europäischen Union, d.h. die Frage, welche Sichtweise die Menschen auf die EU haben, die zentrale Erklärungsvariable ihrer Erweiterungseinstellungen darstellt. Interessanterweise unterteilt Van der Veen die vierzehn untersuchten EU-Frames in solche, die eine Befürwortung des türkischen Beitrittses nach sich ziehen sollten, und solche, die zu einer Ablehnung führen sollten. Dies ist ein bedeutender Hinweis darauf, dass die Determinanten dieser beiden Einstellungsausprägungen durchaus verschieden sein können. Im Ergebnis zeigt sich, dass sowohl instrumentelle, vor allem geopolitische, Motive – und zwar in positiver (Frieden, globaler Einfluss) wie in negativer (Unsicherheit an Außengrenzen, Kriminalität, Geldverschwendung) Hinsicht – als auch kultur- bzw. identitätsbezogene Frames (Kulturelle Vielfalt, Verlust der Identität) für die Erweiterungseinstellungen relevant sind.³³

Ein wiederum neuer Ansatz im Forschungsbereich zu EU-Erweiterungseinstellungen ist der von Dixon (2010). Ausgehend von der Frage, warum die EU-Beitrittsoptionen verschiedener Kandidatenländer so unterschiedlich beurteilt werden, entwickelt er ein gruppentheoretisches Erklärungsmodell. Dieses geht davon aus, dass die EU-Erweiterungspolitik Ähnlichkeiten mit anderen distributiven Politikentscheidungen aufweist, die auf Fremdgruppen zielen. Außerdem betrachtet Dixon die Rolle einer wahrgenommenen Hierarchie von ethnischen Gruppen als wichtige Bedingung für sein Modell. Denn hierdurch werden wahrgenommene Gruppenkonflikte um reale Ressourcen, kulturelle Bedrohungsgefühle, Identifikationen mit bestimmten Gruppen sowie Einstellungen gegenüber fremden Gruppen als Erklärungsdeterminanten relevant. All diese Faktoren üben für alle vier untersuchten EU-Beitrittskandidaten³⁴ einen signifikanten Einfluss aus, wohingegen der Einfluss von materiellen Interessen³⁵ marginal bleibt. Die Feststellung Dixons, dass EU-Kandidatenländer von den EU-Bürgern als ethnische Gruppen gesehen werden, erscheint für die zukünftige Erforschung erweiterungspolitischer Einstellungen daher vielversprechend.

³³ Letztlich unterstützt allerdings auch diese Framing-Perspektive die schon zuvor beschriebenen Erklärungsmuster (nämlich instrumentelle Eigeninteressen vs. kulturelle/identitätsbezogene Faktoren).

³⁴ Bulgarien, Rumänien, Kroatien und die Türkei.

³⁵ Wobei diese bei Dixon (2010) nur über Berufsgruppen gemessen werden und insofern für die vorliegende Arbeit wenig aussagekräftig sind.

Zusammengefasst lassen sich mehrere Schlüsse aus den vier dargestellten ländervergleichenden Studien ziehen. Zunächst einmal sind sich die Autoren darin einig, dass der soziale Kontext der EU-Bürger, also ihr Herkunftsland, für ihre Erweiterungseinstellungen eine große Rolle spielt. Dies lässt sich ausdrücken als „*The Context Matters*“. Allerdings finden sich keine konsistenten Ergebnisse über mehrere Studien hinweg. Dazu scheint auch die Relevanz der Kontextvariablen je nach Kandidatenland zu variieren (Van der Veen 2009). Überdies hinaus fehlen theoretische Unterfütterungen der möglichen Kontexteffekte fast völlig, weshalb die Frage nach den relevanten Ländermerkmalen unbeantwortet bleibt.

Allerdings lässt sich eine Vielzahl möglicher Individualerklärungsfaktoren für die Einstellungen zur EU-Erweiterung identifizieren. Der Einschluss ökonomischer (Jones/Van der Bijl 2003, Karp/Bowler 2006), geopolitischer (Van der Veen 2009), kultureller (Van der Veen 2009, Dixon 2010), identitätsrelevanter (Karp/Bowler 2006, Van der Veen 2009, Dixon 2010) sowie europabezogener (Karp/Bowler 2006, Van der Veen 2009) Faktoren hat in allen Studien zum Teil zu hochsignifikanten Ergebnissen geführt.

Zentral für alle Studien ist die Feststellung, dass die Effektstärken der Determinanten für verschiedene Kandidatenländer unterschiedlich stark ausgeprägt sind oder teilweise sogar ihre Signifikanz verlieren. So konstatieren Karp/Bowler (2006: 375): „For some voters, one important rival hypothesis to the question of enlargement is not so much a matter of ‚yes or no?‘ but ‚who?‘.“ (Karp/Bowler 2006: 375). Dieses Phänomen könnte man auf folgende einfache Formel bringen: „*The Candidate Matters*“. Eine besondere „Bruchstelle“ findet Van der Veen zwischen den reichen westeuropäischen Ländern (Schweiz, Norwegen, Island) und dem Rest. (Van der Veen 2009: 5). Karp/Bowler (2006: 375) nennen die europäische Identität des Kandidatenlandes als entscheidendes Unterscheidungsmerkmal. Fest steht: Kandidatencharakteristika haben eine zentrale Bedeutung für die Einstellung zum jeweiligen Beitritt als auch für die Stärke ihrer Determinanten.

Lassen sich die Erkenntnisse der EU-Erweiterungsforschung nun ohne weiteres auf die Einstellungen zur Türkei übertragen? In seiner mehrere Kandidatenländer umfassenden Studie macht Van der Veen (2009: 2) dazu eine interessante Entdeckung, die einer bis dahin verbreiteten Lehrmeinung widerspricht: „Though Turkey is the least favoured candidate state, the evidence suggests that the difference between it and the other candidates is one of degree, not of kind“. Er stellt sich also gegen die Versuche, die Türkei als Sonderfall der EU-Erweiterungspolitik zu kategorisieren, zumindest was die Orientierungen der EU-Bürger betrifft. Laut seiner Analyse ist die Ablehnung des türkischen Beitrittsesuches kein Zeichen von speziellen, antitürkischen Einstellungen, sondern die logische Folge der Kombination von Landescharakteristika einerseits – darunter zum Beispiel die empfundene kulturelle Andersartigkeit eines Landes und seine sicherheitspolitisch bedenkliche ge-

ographische Lage – sowie der erweiterungsrelevanten Einstellungsdeterminanten der Bürger andererseits. Dixon (2010: 141) merkt dazu noch die unterschiedlich starke Ausprägung von Einstellungsfaktoren an: „Material interests do not appear to explain attitudes toward Turkey’s EU entry relative to other candidates“. Beide Autoren gehen folglich einerseits davon aus, dass die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei grundsätzlich auf Basis von generalisierbaren erweiterungspolitischen Einstellungsmustern bewertet wird. Andererseits rufen die spezifischen Merkmale des Landes (Van der Veen 2009) bzw. die ihrer Bevölkerung (Dixon 2010) eine bestimmte Determinantenkonfiguration hervor, die letztlich zu einer stärkeren Ablehnung der türkischen EU-Mitgliedschaft führt als dies für andere Kandidatenländer der Fall ist. Um die türkeispezifischen Einstellungsdeterminanten besser identifizieren zu können, werden im Folgenden die Ergebnisse empirischer Studien vorgestellt, die sich speziell der Türkeifrage widmen.

3.2 Determinanten der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei

Seitdem die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Republik Türkei eröffnet hat, ist die Zahl der Untersuchungen, die speziell nach den Einstellungsdeterminanten zur türkischen EU-Mitgliedschaft fragen, sprunghaft angestiegen. Für den Zeitraum davor, das heißt vor 2005, lassen sich zu diesem Thema jedoch keine Studien finden.³⁶ Konkret konnten sieben empirische Analysen³⁷ identifiziert werden, die sich alle in ähnlicher Herangehensweise mit der Frage nach den zentralen Einstellungsfaktoren der Türkeifrage beschäftigen. Abgeleitet aus der traditionellen EU-Unterstützungsforschung unterschieden die Autoren utilitaristische Erklärungsansätze auf der einen Seite – wobei sie sich zumeist auf rein ökonomische Nutzenkonzepte beschränken – und identitäts- bzw. kulturbezogene Modelle auf der anderen Seite.

Die utilitaristischen Erklärungsfaktoren liefern in der Gesamtbetrachtung ambivalente Ergebnisse, was zum Teil auch durch die Art der Operationalisierung bedingt ist. Werden ökonomische Interessen über soziodemographische Merkmale wie den Berufsstand bzw. die Erwerbstätigkeit, das Bildungsniveau oder das Einkommen erfasst, weisen sie durchweg geringe oder gar keine Effekte auf (McLaren 2007, Schoen 2008, Canan-Sokullu 2011, Canan-Sokullu/Kentmen 2011, Gerhards/Hans 2011). Dort, wo nach subjektiven Einschätzungen gefragt wird, stellen sich mitunter signifikante Effekte ein (De Vreese et al. 2008, Gerhards/Hans 2011), allerdings nicht durchgängig (Azroul et al. 2011). Den stärksten Einfluss von ökonomischen Interessen finden die Autoren in individuellen Einschätz-

³⁶ Dies überrascht insofern, als dass die Türkei ihren Mitgliedschaftsantrag schon 1989 gestellt hat, ist aber sowohl als Reaktion auf den emotional geführten öffentlichen Diskurs zu verstehen, als auch mit Rücksicht auf die Historie der EU-Einstellungsforschung, die erst Mitte der 1990er Jahre Fahrt aufnahm

³⁷ Chronologisch aufgelistet sind dies: McLaren 2007, De Vreese et al. 2008, Schoen 2008, Azroul et al. 2011, Canan-Sokullu 2011, Canan-Sokullu/Kentmen 2011, Gerhards/Hans 2011.

zungen zu gesellschaftlichen materiellen Bedürfnissen oder Bedrohungen³⁸ (McLaren 2007, Canan-Sokullu 2011, Canan-Sokullu/Kentmen 2011, Gerhards/Hans 2011). Es kann daher geschlussfolgert werden, dass ökonomische Interessen zwar einen gewissen Einfluss auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei ausüben, aber vor allem dort, wo Menschen gesellschaftliche Interessen antizipieren und diese verfolgen.

Bedauerlicherweise schöpfen die Autoren fast durchweg die Möglichkeiten solcher nutzenmaximierender Einstellungskonzepte nicht völlig aus, da sie sich auf rein ökonomische Interessensverfolgung beschränken. Gerade in den wenigen Studien, in denen zum Beispiel sicherheitspolitische Präferenzen (Schoen 2008) oder auf die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union zielende Interessen (Schoen 2008, Gerhards/Hans 2011) untersucht werden, lassen sich starke und signifikante Effekte feststellen. Es liegt daher im Interesse dieser Arbeit, den bisher nur mittelmäßig erfolgreichen und oft unnötig limitierten utilitaristischen Erklärungsansatz weiter zu fassen als in der Mehrheit der bisherigen Studien.

Den prominenteren Platz in den bisherigen Studien zur Türkeifrage haben Erklärungsansätze inne, die unter Begriffen wie „Perceived Cultural Threat“ (McLaren 2007), „Soft Factors“ (De Vreese et al. 2008) oder „Identitätsmodell“ (Schoen 2008) firmieren. Doch lässt sich von diesen Begriffen meist schlecht auf die dahintersteckenden Erklärungsfaktoren schließen. Häufig geht es etwa um die Identifikation der EU-Bürger mit ihrem Nationalstaat oder Europa, allgemeine kulturelle Bedrohungsgefühle und/oder Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen. Allerdings sind diese Ansätze zumeist nicht trennscharf formuliert und – eventuell bewusst – vage konzipiert. Zudem fehlen in der Mehrheit explizite Aussagen über die vermuteten kausalen Wirkmechanismen auf das zu erklärende Phänomen. Für die Entwicklung des theoretischen Erklärungsmodells dieser Arbeit lohnt sich deshalb ein intensiverer Blick auf die Konzeption solcher identitäts- und kulturbezogenen Ansätze der Vorgängerstudien.

De Vreese et al. (2008) betonen in ihrer Studie den Einfluss von sogenannten „weichen Faktoren“ wie der nationalen Identität und Einstellungen gegenüber Immigranten im Gegensatz zu „harten“ Vorhersagern wie der Regierungsunterstützung. Schoen (2008) dagegen konzentriert sich ganz auf Identitätskonzeptionen der EU-Bürger und auf die Frage, inwiefern die Türkei in diese integriert werden kann. McLaren (2007) und Azrout et al. (2011) legen ihren Fokus maßgeblich auf die unterschiedliche Bewertung von Eigen- und Fremdgruppen. Während McLaren eigene kulturelle Verlustängste in den Vordergrund stellt, betonen Azrout et al. besonders die bei Menschen unterschiedlich stark auftretende Tendenz, überhaupt Gruppenkategorisierungen vorzunehmen. Sowohl Canan-Sokullu/Kentmen (2011) als auch Gerhards/Hans (2011) untersuchen in ihren Arbeiten

³⁸ Dies wird mitunter als „sociotropic utilitarianism“ bezeichnet (Canan-Sokullu/Kentmen 2011: 108).

die Rolle von wahrgenommenen kulturellen Unterschieden. Schließlich legt Canan-Sokullu (2011) ihr Augenmerk auf die vielfältigen Bedrohungsgefühle, die dem türkischen EU-Beitritts-gesuch entwachsen können. In allen sieben empirischen Studien finden die Autoren zumindest teilweise empirische Evidenz für ihre theoretischen Konzepte.

Daher lassen sich – obwohl sich der jeweilige Fokus der zitierten Beiträge durchaus unterscheidet – zusammengefasst eine Reihe von Einflussfaktoren identifizieren, die sich in mehreren Analysen als starke und signifikante Vorhersager erwiesen haben: 1.) Bedrohungsgefühle und Verlustängste, die sich als Konsequenz einer empfundenen kulturellen Andersartigkeit ergeben (McLaren 2007, Canan-Sokullu 2011, Canan-Sokullu/Kentmen 2011), 2.) Einstellungen gegenüber Fremdgruppen, vor allem Immigranten (De Vreese et al. 2008, Azrout et al. 2011, Canan-Sokullu 2011, Gerhards/Hans 2011) und 3.) Nationale und/oder europäische Identitätsgefühle bzw. Identifikationen (De Vreese et al. 2008, Schoen 2008, Canan-Sokullu 2011). Das Ziel des zu entwickelnden Erklärungsmodells muss es daher sein, diese drei Arten von empirisch bestätigten Einflussfaktoren möglichst trennscharf und präzise zu integrieren.

Zwei der sieben genannten Untersuchungen bemühen sich außerdem darum, die Rolle von Kontextfaktoren zu ergründen.³⁹ McLaren (2007) stellt einen signifikanten Einfluss türkischer Migranten fest, was sie darauf zurückführt, dass in Ländern mit hohem türkischen Bevölkerungsanteil eine gewisse Abneigung oder sogar Feindlichkeit gegenüber Türken entsteht. Währenddessen zeigen Gerhards/Hans (2011), dass es von entscheidender Bedeutung ist, ob ein Land im Rahmen des EU-Gesamthaushalts Nettoempfänger oder Nettogeber ist. Die Tatsache, dass Bürger in Empfängerländern den EU-Beitritt der Türkei eher ablehnen, führen sie auf deren Sensibilität für das Thema „Transferzahlungen“ zurück.

Alles in allem liefern die hier diskutierten Analysen zu den Einstellungsdeterminanten der Türkeifrage wichtige Erkenntnisse, die zur Konstruktion des theoretischen Erklärungsmodells herangezogen werden. Dennoch sollte auch ein Blick auf ihre Schwächen geworfen werden, um begangene Fehler nicht zu wiederholen und die Forschung zu diesem Thema weiter voranzutreiben. Zunächst einmal untersuchen ausnahmslos alle Studien als abhängige Variable nur die „aktuelle Einstellung“ zum EU-Beitritt der Türkei, die unter anderem von der Nicht-Erfüllung der EU-Beitrittskriterien abhängig sein kann. Dahingehende Erklärungsfaktoren werden allerdings nicht berücksichtigt, wodurch die Ergebnisse der Analyse verzerrt werden. Außerdem kann die Relevanz der aktuellen Einstellung, wie in Kapitel 1.2 beschrieben, mit Einschränkungen bezweifelt werden. Durch die Fokussierung auf die „prinzipielle Einstellung“ zur türkischen EU-Mitgliedschaft, die diese Einflussfaktoren kontrolliert, kann die vorliegende Arbeit diesen Missstand beheben.

³⁹ Methodisch bedienen sich beide Untersuchungen Mehrebenenanalysen.

Zweitens werden die Zustimmung und die Ablehnung des Beitritts nicht getrennt voneinander, z.B. als zwei abhängige Variablen, analysiert. Dies ist zwar verständlich, da es augenscheinlich nur um zwei gegensätzliche Ausprägungen derselben Variable geht. Unter der Annahme, dass die beiden Ausprägungen aber von den Einstellungsdeterminanten unterschiedlich stark beeinflusst werden⁴⁰, wird aus dieser Forschungspraxis aber ein Manko, das in dieser Arbeit behoben werden soll.

Drittens bleiben die Beschäftigung mit dem sozialen Kontext der EU-Bürger sowie die theoretische Fundierung von solch potentiell relevanten Einflussfaktoren auf Länderebene rudimentär und somit für die vorliegende Arbeit stark ausbaufähig. Und schließlich viertens werden in den Vorgängerstudien kaum bzw. nur implizit Annahmen über die kausalen Wirkmechanismen der unabhängigen Variablen formuliert. Als Konsequenz bleiben die Erklärungsmodelle zum Teil limitiert und wenig anschlussfähig. Das Ziel des im nächsten Kapitel zu entwickelnden Erklärungsmodells ist es daher, die unabhängigen Variablen so in ein Gesamtmodell zu integrieren, dass ihre kausalen Wirkmechanismen offengelegt werden und die Erklärungsfaktoren trennschärfer erfasst werden können als bisher.

⁴⁰ Siehe dazu die in Kapitel 1.2 diskutierte These von De Vreese et al. (2012).

4 Rationale Eigeninteressen, symbolische Prädispositionen und Kontextfaktoren – Ein neues theoretisches Erklärungsmodell

Dieses Kapitel beschäftigt sich damit, wie die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei theoretisch erklärt werden kann. Zunächst werden in Kapitel 4.1 Erklärungsansätze diskutiert, die auf der Ebene des einzelnen Individuums ansetzen, bevor in Kapitel 4.2 der hypothetische Einfluss von Kontextfaktoren vorgestellt wird. Für beide Arten von Einflussfaktoren werden Hypothesen formuliert, die in der empirischen Analyse überprüft werden. Kapitel 4.3 fasst die Erklärungsfaktoren beider Ebenen in ein Gesamtmodell zusammen.

4.1 Erklärungsansätze auf individueller Ebene

Vorweg eine wichtige Prämisse: Das zu konstruierende Erklärungsmodell auf individueller Ebene ist ein reines Einstellungsmodell. Es beruht also nicht auf soziodemographischen oder sonstigen objektiven Merkmalen, sondern konzentriert sich ganz auf die subjektiven Wahrnehmungen und Beurteilungen der Bürger. Aus diesem Grund darf das Erklärungsmodell die psychologischen Prozesse, durch die verschiedene kognitive Orientierungen verknüpft werden, nicht außer Acht lassen. Daher wird zuallererst auf essentielle Grundlagen der sozialpsychologischen Einstellungsforschung rekurriert, die die Basis für das theoretische Modell darstellen.

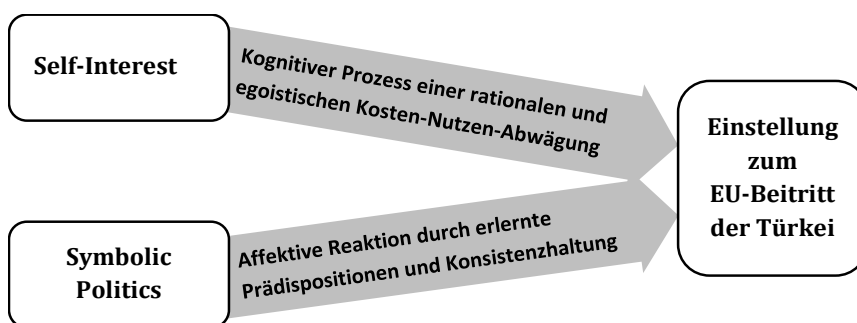
In Kapitel 2.1 wurden zentrale theoretische Konzepte vorgestellt, die erklären können, wie eine Einstellung – wie die zum EU-Beitritt der Türkei – entstehen kann. Zum einen besagt die Rational Choice-Theorie und das auf ihr beruhende *expectancy-value*-Modell, dass eine Einstellung das Ergebnis eines kognitiven, rationalen und auf Präferenzen beruhenden Entscheidungsprozesses ist. Zum anderen betonen Lerntheorien die zentrale Rolle von Sozialisationsprozessen für die Ausbildung von Einstellungen und Theorien der Kognitiven Konsistenz beschreiben den Prozess der Abgleichung von neuen Einstellungen zu schon bestehenden Orientierungen. Es ist durchaus vorstellbar, dass Menschen verschiedene kognitive Prozesse in unterschiedlichen Situationen verwenden. Von zentraler Bedeutung ist es in jedem Fall, dass alle Ansätze es erlauben, die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei durch andere, ihr vorgelagerte Orientierungen in kausaler Weise zu erklären.

Das theoretische Modell folgt nun den in Kapitel 3.1 angedeuteten Vorarbeiten von David Sears, der zur Erklärung von Policy-Einstellungen zwei grundsätzliche Erklärungsansätze gegenüberstellt (siehe dazu u.a. Sears/Funk 1991): Rationale Eigeninteressen (*rational self-interest*) und symbolische Prädispositionen (*symbolic politics*). Diese beiden Erklärungsansätze können nun logisch mit den Theorien zur Bildung von Einstellungen verknüpft werden. Das *rational self-interest*-Konzept einerseits soll die Einstellungen nach

dem Muster des *expectancy-value*-Modells erklären. und unterscheidet sich nur unwesentlich vom utilitaristischen Modell der EU-Unterstützungsforschung.

Auf der anderen Seite beschreibt Sears' *symbolic politics*-Konzept, dass Individuen in ihrer Sozialisation Prädispositionen gegenüber bestimmten politischen Symbolen ausgeprägt haben, sie im lerntheoretischen Sinn also „erlernt“ zu haben. Neue Policy-Einstellungen werden dann mit den bestehenden Orientierungen im Sinne kognitiver Konsistenz abgeglichen. Im Gegensatz zum rationalen und eher kognitiv funktionierenden Rational Choice-Modell, wirkt der *symbolic politics*-Ansatz eher auf affektive Weise. Das *symbolic politics*-Konzept wird nun dem utilitaristischen Erklärungsansatz gegenübergestellt und damit erstmalig explizit in den Forschungsbereich der EU-Erweiterungseinstellungen eingeführt. Abbildung 5 bildet das daraus entstehende Individualerklärungsmodell dieser Arbeit – inklusive der jeweiligen Prozesse der Bildung von Einstellung – grafisch ab.

Abbildung 5: Das zweigeteilte theoretische Individualerklärungsmodell nach David Sears



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von David Sears' Konzepten zur Erklärung politischer Einstellungen (siehe u.a. Sears/Funk 1991).

Bei der Darstellung des Forschungsstandes in Kapitel 3 wurden mehrere unabhängige Variablen genannt, die sich in der bisherigen empirischen Forschung bewährt haben. Diese Erklärungsfaktoren werden nun in das Individualerklärungsmodell integriert. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die beiden Erklärungsansätze – *self-interest* sowie *symbolic politics* – ziemlich weit gefasst sind und es daher erlauben, mehrere verschiedene Faktoren zur Erklärung der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei sinnvoll zu bündeln. Im Folgenden werden sowohl die beiden Ansätze inklusive den ihnen unterstellten Wirkmechanismen als auch die ihnen zurechenbaren Erklärungsfaktoren im Detail diskutiert und empirisch überprüfbare Hypothesen abgeleitet. Für jeden Erklärungsfaktor werden zwei Hypothesen formuliert – eine zielt jeweils auf die Ablehnung, die andere auf die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft der Türkei.

4.1.1 Self-Interest – Das utilitaristische Modell

„A self-interested attitude is usually defined as one that is instrumental to the individual's attainment of valued goals.“ (Sears et al. 1980: 671). Daher kann der *self-interest*-Ansatz auch als utilitaristisches oder instrumentelles Erklärungsmodell bezeichnet werden.

Sears/Funk (1991: 3ff.) identifizieren drei psychologische Grundannahmen für solch ein utilitaristisches *self-interest*-Modell: Rationalität, Materialismus und Egoismus. Das erkennbar aus der Ökonomie stammende Konzept sieht den Menschen demnach als rationalen und egoistischen Nutzenmaximierer⁴¹. Es geht davon aus, dass Menschen exogen gegebene Präferenzen besitzen und ihren Einstellungen und Entscheidungen rationale Kosten-Nutzen-Kalkulationen zugrunde legen. Einstellungen haben demnach einen instrumentellen Charakter, da sie zur Erreichung eigennütziger Interessen dienen. In unserem Fall würde dies bedeuten, dass die rationalen, materialistischen und egoistischen EU-Bürger den möglichen Beitritt der Türkei einzig hinsichtlich ihrer persönlichen Interessen sowie den erwarteten Auswirkungen auf diese des Beitritts bewerten: Versprechen sie sich einen Nutzen vom türkischen EU-Beitritt, werden sie ihn eindeutig positiver bewerten als wenn sie davon Nachteile erwarten.⁴²

Dennoch sollen die Annahmen von Sears/Funk für diese Arbeit abgeschwächt werden. Erstens muss Rationalität nicht zwangsläufig objektiv sein, sondern kann als eine Rationalität begriffen werden, die durch die individuellen kognitiven Einschränkungen begrenzt ist (siehe dazu etwa Simon 1985). Zweitens wird die Idee des Materialismus weit gefasst. Zwar werden in einer puristischen Sichtweise auf das utilitaristische Modell nur rein ökonomische bzw. finanzielle Präferenzen berücksichtigt, diese Arbeit vertritt aber ein erweitertes Verständnis von Kosten und Nutzen der türkischen EU-Mitgliedschaft und bezieht daher auch politische Interessen der Bürger als Ursprung ihrer Einstellungen ein. Drittens soll auch die Annahme des Egoismus mit einer Einschränkung versehen werden. Funk (1999) legt überzeugend dar, dass Bürger in der Beurteilung von politischen Fragestellungen neben ihrem strikten Eigeninteresse auch kollektiven, gesellschaftlichen Interessen folgen. Solch ein *societal-interest* ist jedoch konzeptionell nicht grundlegend vom *self-interest*-Konzept zu trennen, besonders dann nicht, wenn die zu beurteilenden *policy issues* vornehmlich gesellschaftliche Folgen haben. „The nature of the judgement task should encourage public policy judgements to be formed from considerations at the same level, that is, public rather than private. [...] Policy evaluations which benefit the public, from this perspective, are still motivated by self-interest.“ (Funk 1999: 39f.).

⁴¹ Für eine ausführliche Diskussion des utilitaristischen Nutzenbegriffs siehe Gesang (2000).

⁴² Curley (2009: 653) beschreibt diese These in ähnlicher Weise für politische Eliten, die zwischen der Aufnahme verschiedener Kandidatenländer entscheiden müssten: „In the case of expanding the EU, rationalists would expect EU decision-makers to privilege those candidates whose membership allows for the most future economic and security gains.“

Im Folgenden werden mehrere Facetten des *self-interest*-Erklärungsansatzes näher beleuchtet: zum einen materielle, ökonomische Interessen – sowohl auf individueller als auf gesellschaftlicher Ebene – und zum anderen zwei Formen politischer Interessen, die Konsequenzen für die Einstellung der EU-Bürger zum türkischen Beitritt haben könnten.

4.1.1.1 Ökonomische Interessen

Das rein utilitaristische, auf ökonomischen Interessen basierende Erklärungsmodell hat durch die Arbeiten von Richard Eichenberg und Russel Dalton sowie insbesondere von Matthew Gabel Einzug in die EU-Einstellungsforschung gehalten. Ausgangspunkt dieses Forschungszweigs ist, dass die europäische Integration seit Beginn an geprägt ist von ökonomischen Motiven und dem Ziel der kollektiven Wohlfahrtssteigerung. Es erscheint daher schlüssig, dass die Bürger Europas das politische Regime der Europäischen Union und der weiteren Integration aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus bewerten.

Eichenberg/Dalton (1993) stellten erstmals die These auf, dass die Unterstützung der EU seitens ihrer Bürger von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist, und überprüften dies erfolgreich anhand makroökonomischer Daten. Daraufhin wies Gabel in mehreren empirischen Studien nach, dass Bürger die EU-Mitgliedschaft ihres Landes neben makro- auch aufgrund von mikroökonomischen Überlegungen beurteilen (Gabel/Palmer 1995, Gabel/Whitten 1997, Gabel 1998). Die rational denkenden Individuen wägen dabei den ökonomischen Nutzen, den ihnen die Marktliberalisierung bietet, mit den dadurch entstehenden Kosten ab. Überwiegt der Nutzen, werden sie die EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiver bewerten als wenn die Kosten stärker ins Gewicht fallen. Gabel/Whitten (1997) zeigen außerdem, dass die subjektiven ökonomischen Einschätzungen eine größere Bedeutung haben als objektive wirtschaftliche Indikatoren.⁴³ Der signifikante Einfluss von rationalen, materiellen Kosten-Nutzen-Überlegungen für EU-Einstellungen wurde auch von anderen Forschern bestätigt (siehe u.a. McLaren 2002, Hooghe/Marks 2005).

Auch die Expansion der Europäischen Union ist mitunter aus ökonomischen Motiven heraus vorangetrieben worden. Eine Übertragung des utilitaristischen Erklärungsmodells aus der allgemeinen EU-Einstellungsforschung auf die spezielle Fragestellung dieser Arbeit erscheint daher folgerichtig. Dixon (2010: 131) beschreibt einen negativen Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessen und der Einstellung zum EU-Beitritt eines Kandidatenlandes durch wahrgenommene materielle Bedrohungen (*perceived material threat*), die im Zuge des Beitritts entstünden: „EU citizens worry about the costs of enlargement to their countries and themselves“.

⁴³ Diese Tatsache passt im Übrigen gut zum theoretischen Erklärungsmodell dieser Arbeit, das von objektiven Variablen absieht und sich ganz den Wahrnehmungen und Kognitionen der Bürger widmet.

Wie erwähnt, erscheint es theoretisch und empirisch sinnvoll, zwischen zwei verschiedenen Nutzenkonzepten zu unterscheiden: Eines, das nur auf den persönlichen Eigennutz (*rational economic self interest*) abzielt und ein zweites, das auch die gesellschaftliche Ebene (*sociotropic utility*) mit einbezieht (Schoen 2008: 72, McLaren 2007: 254). Erstens können Bürger den EU-Beitritt der Türkei also befürworten oder ablehnen, weil sie für sich selbst persönliche materielle Folgen erwarten und zum Zweiten können sie dem Beitritts-gesuch positiv oder negativ gegenüberstehen, weil sie für ihr Mitgliedsland ökonomische Vorteile oder Nachteile antizipieren. Die beiden konzeptionell unterschiedlichen Erklärungsfaktoren werden daher im Folgenden getrennt diskutiert.

Material Self-Interest

Materielle Eigeninteressen sind, wie dargestellt, wichtige Determinanten von Einstellungen zur Europäischen Integration und zu bestimmten Policies wie der EU-Erweiterung (siehe u.a. Karp/Bowler 2006). Doch deuten die bisherigen Untersuchungen zu den Einstellungsdeterminanten bezüglich des EU-Beitritts der Türkei nicht auf einen starken Einfluss persönlicher ökonomischer Präferenzen hin (McLaren 2007, De Vreese et al. 2008).

Dabei kann der türkische Beitritt die Bürger in der Europäischen Union in mehrfacher Weise wirtschaftlich betreffen. Erstens wird allgemein erwartet, dass durch den Beitritt eine gewisse Arbeitskräftemigration in Gang gesetzt wird.⁴⁴ Angetrieben durch die schlechteren ökonomischen Bedingungen in der Türkei – höhere Arbeitslosigkeit und niedrigere Gehälter – werden viele Türken nach Arbeitsplätzen in den aktuellen EU-Mitgliedsstaaten suchen. Auch wenn dies – ähnlich wie bei der EU-Osterweiterung – durch Übergangsregelungen abgefedert werden kann, so wirkt allein die Bevölkerungsgröße der Türkei auf viele Menschen bedrohlich. Sie könnten ihre Arbeitsplätze oder zumindest die Höhe ihrer Gehälter sowie der ihrer Mitmenschen gefährdet sehen. Doch nicht nur die Arbeitskräfteimmigration erscheint als potentielle, ökonomische Gefahr. Durch das niedrigere Lohnniveau in der Türkei könnten viele Bürger außerdem Unternehmensabwanderungen und Arbeitsplatzverlagerungen antizipieren. Eine weitere Quelle der Unzufriedenheit mit ökonomischen Konsequenzen des türkischen EU-Beitritts sind die zu erwartenden Zahlungen an das in großen Teilen strukturschwache Land. Durch die anfallenden Transferzahlungen könnten viele EU-Bürger persönliche finanzielle Nachteile sehen, z.B.

⁴⁴ Die Stärke der erwarteten Immigrationsbewegungen gilt zwar unter Experten zumeist überzogen und wenig realitätsnah. Doch gerade die Erwartungen der Bürger – egal wie realitätsfern diese sind – spielen ja hier die entscheidende Rolle.

in Form von zukünftigen Steuererhöhungen, um der Belastungen des Beitritts Herr zu werden.⁴⁵

Doch welche Bürger wären besonders betroffen vom Beitritt der Türkei? Allgemein kann unterstellt werden, dass die negativ Betroffenen des Türkeibeitritts vor allem Bürger in unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen wären, wie z.B. Arbeitslose, Geringqualifizierte, Geringverdiener und prekär Beschäftigte. Überdies hinaus birgt der türkische Agrarsektor Konkurrenzgefahr für EU-Landwirte (siehe dazu auch McLaren: 255f.). Zentral erscheint jedoch, dass die wahrgenommenen materiellen Kosten besonders dann von Bedeutung sein könnten, wenn sich die Menschen in einer für sie prekären ökonomischen Situation befinden: „Citizens going through tough economic times may want little or nothing to do with enlargement.“ (Karp/Bowler 2006: 372). Es ist daher nur folgerichtig, sich auf die Einschätzungen der Bürger bezüglich der eigenen ökonomischen sowie der gesamtwirtschaftlichen Situation zu konzentrieren.

Ähnlich sollte dies für wirtschaftlich besser gestellte Bürger sein. Kapitaleigner und Unternehmer zum Beispiel könnten von einem erhöhten Wettbewerb in den unteren Lohnsegmenten profitieren, da dies zu sinkenden Preisen für Güter und Dienstleistungen führen könnte und damit zu einer Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (Gerhards/Hans 2008: 12). Ebenso käme ihnen mit Sicherheit die Kapital- und Arbeitnehmerfreizügigkeit entgegen. Verallgemeinert könnte man daher vermuten, dass Bürger in einer subjektiv guten ökonomischen Verfasstheit der türkischen EU-Mitgliedschaft positiver gegenüberstehen sollten.

Aus den voranstehenden Überlegungen werden folgende zwei Hypothesen abgeleitet:

(H1.A) Wenn die persönliche ökonomische Lage als schlecht eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher abgelehnt.

(H1.Z) Wenn die persönliche ökonomische Lage als gut eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher befürwortet.

Sociotropic Utility

Wie schon beschrieben, muss das ökonomische Utilitarismuskonzept nicht allein auf eigennützige Interessen beschränkt werden. Rational denkenden und nutzenmaximierenden Individuen kann durchaus unterstellt werden, dass sie die materiellen Interessen der Gesellschaft insgesamt berücksichtigen. Dies wurde empirisch für die Einstellungsforschung zur Europäischen Integration insgesamt (Gabel/Whitten 1997) wie auch zur EU-

⁴⁵ Dies erscheint gerade in Deutschland durch die Erfahrungen mit der deutschen Wiedervereinigung (die auch eine Form des politischen Beitritts darstellte) und ihren finanziellen und ökonomischen Belastungen plausibel.

Erweiterungspolitik (Dixon 2010) gezeigt. Tatsächlich weisen die Studien zur Türkei darauf hin, dass die Einschätzung der nationalen Wirtschaftssituation sowie die Sorge um die materiellen Ressourcen einer Gesellschaft – z.B. die Sozialsicherungssysteme – sogar stärkere Einstellungs determinanten sind als persönliche, materielle Eigeninteressen (McLaren 2007, Canan-Sokullu 2011, Canan-Sokullu/Kentmen 2011, Gerhards/Hans 2011).

Warum sollten Individuen überhaupt Wert auf gesellschaftliche Interessen legen? Hier spielen wohl mehrere Ursachen eine Rolle. Erstens können Bürger indirekt selbst von gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerungen profitieren. Hierbei ist der soziotropische Nutzen in Wirklichkeit also eher ein verschleierter Eigennutzen. Zweitens haben viele Bürger mit Sicherheit auch ein genuines Interesse am Wohlergehen ihrer direkten Mitmenschen, weil sie sich als zusammengehörig empfinden. Das Gemeinwohlinteresse ist im Ganzen allerdings keineswegs objektiv zu verstehen, sondern besteht vielmehr aus einem vom Individuum subjektiv wahrgenommen Interesse der Gesellschaft.

Dieses vermutete Gruppeninteresse wird von der *realistic group conflict theory* aufgegriffen, die auf die Arbeiten von Muzafer Sherif (u.a. Sherif et al. 1961, Sherif 1966) und Donald Campbell (u.a. Campbell 1965) zurückgeht. Hierbei geht es um die Konsequenzen von wahrgenommenen materiellen Verteilungskämpfen, sogenannten *perceived group conflicts*, zwischen verschiedenen Gruppen. „Realistic Group Conflict Theory posits that perceived group competition for resources produces efforts to reduce the access of other groups to the resources.“ (Esses et al. 2001). Zentral dafür ist neben der Wahrnehmung, dass es begrenzte materielle Ressourcen in einem Land gibt – z.B. das Steueraufkommen – zusätzlich die Annahme, dass der Zugang zu diesen Ressourcen ein Nullsummenspiel ist. Diesen Zustand nennen Esses et al. (2001) *resource stress*. Sollte eine fremde Gruppe sich nun um den Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen bemühen und damit der empfundene Ressourcenstress steigen, kann dies zu solch einem rein subjektiven *perceived group conflict* führen (Esses et al. 2001: 394).

Die Annahme, dass Ressourcenstress erst aus einer wahrgenommenen Knappheit von Ressourcen entsteht, ist essentiell. Denn hieraus kann gefolgert werden, dass eine empfundene schlechte ökonomische Lage in einer Gesellschaft die Einstellungen der Bürger bezüglich des Ressourcenzugangs von fremden Gruppen besonders stark beeinflusst (Esses et al. 2001: 395). Die Einstellungen, die Individuen in dieser Situation entwickeln, sind dabei keineswegs irrational oder affektiv. Vielmehr reflektieren sie einen strategischen Versuch, die Quelle des Verteilungskampfs zu beseitigen. Dazu gehört unter anderem die Ablehnung von *policies*, die der Fremdgruppe den Zugang zu den Ressourcen überhaupt erst ermöglicht (Esses et al. 2001: 394).

Dass es im Zuge der türkischen Beitrittsdiskussion zu genau solch einem wahrgenommenen Verteilungskampf kommt, ist nicht weit hergeholt. Gerade die vermuteten Immigrationsströme von Arbeitskräften könnten die nationalen sozialen Sicherungssysteme belasten. Außerdem würde die Türkei aufgrund ihrer wirtschaftlichen Strukturen voraussichtlich zum größten Nettoempfängerland der Europäischen Union werden. Dies ist einerseits bedingt durch ihre vielen strukturschwachen Regionen und andererseits aufgrund ihres großen, aber rückständigen Landwirtschaftssektors. In Form von Kohäsions- und regionalen Strukturfonds sowie Agrarsubventionen würden demnach finanzielle Mittel aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten in die Türkei fließen.

Aus der voranstehenden Argumentation werden folgende zwei Hypothesen abgeleitet:

(H2.A) *Wenn die gesellschaftliche ökonomische Lage als schlecht eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher abgelehnt.*

(H2.Z) *Wenn die gesellschaftliche ökonomische Lage als gut eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher befürwortet.*

4.1.1.2 Politische Präferenzen

Auch nicht-ökonomische Folgen des EU-Beitritts der Türkei können für die europäischen Bürger eine Rolle spielen. Viele Argumente im öffentlichen Diskurs um die türkische Mitgliedschaft zielen besonders auf politische Folgen einer türkischen EU-Mitgliedschaft ab (siehe dazu u.a. Kramer 2003, König/Sicking 2005). Die sich daraus ergebenden politischen Präferenzen können durch das utilitaristische Modell in seiner weiten Definition problemlos erfasst werden, da sich die EU-Bürger auch hier mit Kosten und Nutzen des Beitritts – sowohl auf persönlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene – konfrontiert sehen. Im Falle der potentiellen türkischen EU-Mitgliedschaft erscheinen zwei Formen politischer Präferenzen besonders relevant: sicherheitspolitische Bedürfnisse und die persönliche Zielvorstellung der Europäischen Union.

Sicherheitspolitische Bedürfnisse

Dass der EU-Beitritt der Türkei aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten heraus bewertet werden kann, ist keinesfalls abwegig. Die Europäische Integration vollzieht sich seit ihren Anfängen nicht einzig und allein aufgrund ökonomischer Interessen. Schon mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde die europäische Kooperation auch mit den Zielen von zwischenstaatlichem Frieden und politischer Stabilität vorangetrieben. Gabel/Palmer (1995) erkennen daher in solchen *security concerns* auch

heute noch einen maßgeblichen Motor für die Unterstützung der EU insgesamt.⁴⁶ Van der Veen (2009) zeigt dies auch für die Einstellungen zur EU-Erweiterung.

Obwohl sich intuitiv vermuten lässt, dass antizipierte, sicherheitspolitische Konsequenzen mit zu den Einstellungs determinanten zur EU-Mitgliedschaft der Türkei gehören, wurden Sicherheitsinteressen in den bisherigen empirischen Studien zur Türkeifrage bislang kaum untersucht. Dort, wo sie in die Analyse eingeschlossen wurden, tauchten sie in der Form von positiven, sicherheitspolitischen Gewinnen auf. So zeigt Schoen (2008), dass Vermutungen über die sicherheitspolitischen Wirkungen eines EU-Beitritts der Türkei tatsächlich eine signifikante Rolle für die Einstellungen zum türkischen Beitritt spielen. Dieser Befund erscheint folgerichtig, da gerade die Beitrittsbefürworter im öffentlichen Diskurs immer auch die sicherheitspolitische Perspektive eines türkischen Beitritts betonen (Kramer 2003, König/Sicking 2005). Meist geht es dabei um die Ausweitung der europäischen Stabilitätszone sowie das wachsende sicherheitspolitische Gewicht der Union durch den Einschluss des großen und schlagkräftigen Militärs der Türkei (Reiter 2006). Laut Schoen (2008: 73) trüge eine türkische EU-Mitgliedschaft außerdem zur Verständigung zwischen Europa und der muslimischen Welt bei und fördere Stabilität und Sicherheit in den angrenzenden Regionen. Letztlich handelt es sich also um sogenannte „externe Sicherheitsinteressen“ wie Frieden und politische Stabilität in den EU-Beitrittsländern oder an deren Grenzen, die die meisten EU-Bürger nur indirekt selbst betreffen.

Demgegenüber können aber auch als negativ bewertete sicherheitspolitischen Folgen identifiziert werden. Im öffentlichen Diskurs wird oft betont, die EU gerate in unmittelbare Nachbarschaft zu den Krisengebieten im Nahen Osten. Bewaffnete Konflikte mit europäischer Beteiligung an den EU-Außengrenzen wären demnach eine denkbare Konsequenz der türkischen Mitgliedschaft. Zudem scheint der Beitritt besonders auch Bedenken für die innere Sicherheit der Europäischen Union mit sich zu bringen. So äußern viele Menschen die Angst, es käme durch einen Beitritt der Türkei zu einer erhöhten Kriminalität und Terrorgefahr innerhalb der EU-Staaten. Laut Sniderman et al. (2004: 37) ist dies eine unter anderem eine Konsequenz daraus, dass Immigranten im öffentlichen Diskurs immer stärker als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen werden. Auch die Schlagwörter „organisiertes Verbrechen“ und „islamistischer Terror“ fallen in diesem Zusammenhang. Bürger, die solche Szenarien für realistisch halten, sollten einem türkischen EU-Beitritt folglich ablehnender gegenüberstehen als Menschen, die keinerlei Sicherheitsbedenken haben.

Zusammengenommen lassen sich folgende Hypothesen ableiten:

⁴⁶ Ihr empirischen „Beweise“ für diese Hypothese sind aufgrund der fragwürdigen Operationalisierung allerdings in Zweifel zu ziehen, da sie ein eher schwaches Kontextmerkmal (die Opferzahlen eines Landes im 2. Weltkrieg) für individuelle Sicherheitsinteressen heranziehen.

(H3.A) *Wenn interne Sicherheitsrisiken als relevant empfunden werden, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft abgelehnt.*

(H3.Z) *Wenn externe sicherheitspolitische Interessen existieren, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft befürwortet.*

EU-Zielvorstellung

Eine weitere, politische Präferenz, die die EU-Bürger mit dem Beitritt der Türkei verbunden sehen könnten, ist ihr Idealbild der Europäischen Union bzw. ihre Vorstellung darüber, in welche Richtung sich die EU entwickeln soll. „Unterschiedliche Vorstellungen von der zukünftigen Rolle der EU als politische, kulturelle oder Wirtschaftsgemeinschaft dürften die Einstellungen zur Vertiefung und Erweiterung der Union beeinflussen.“ (Trüdinger 2008: 230). Schoen (2008) weist empirisch nach, dass Vorstellungen von Europa und Policy-Präferenzen bezüglich der künftigen Entwicklung der Union durchaus einen Einfluss auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei haben. Wichtig ist zu betonen, dass es hier nicht um eine globale Bewertung der EU geht, die oft von Affektionen geprägt sein wird, sondern um eine instrumentelle Sichtweise der EU-Erweiterungspolitik.

Ein Ausgangspunkt, um diese Perspektive zu erfassen, ist die elementare Frage, wie Menschen Europa bzw. die EU verstehen und welche Zielvorstellung sie damit verbinden. Schäfer/Zschache (2008) zeigen empirisch, dass in den Köpfen der Menschen eine Vielzahl unterschiedlicher Entwürfe und Vorstellungen über die mögliche Ausgestaltung der EU existiert. Eine zentrale Unterscheidung dabei ist einerseits Bild einer EU, die vorwiegend vor dem Hintergrund ideengeschichtlicher und wertbasierter Traditionslinien interpretiert wird und daher ein quasi-nationales bzw. quasi-ethnisches Verständnis der EU impliziert⁴⁷ und andererseits das Idealbild einer pragmatischen EU vor dem Hintergrund politischer, wirtschaftlicher und strategischer Interessenslagen⁴⁸ (Schäfer/Zschache 2008: 9ff.). König/Sicking (2005: 18f.) reduzieren diese Differenzierung vor allem auf den für sie unvereinbaren Gegensatz zwischen enger politischer Union einerseits und einem globalem, sicherheitspolitischem Akteur andererseits.

Unter der Annahme, dass dieser Zielkonflikt auch in den Köpfen der Bürger eine Rolle spielt, erscheinen die Vorstellungen über die zukünftige Natur der EU auch für die Einstellung zum Beitritt der Türkei relevant. So vermuten Schäfer/Zschache (2008: 17) etwa, „dass die geschilderten Vorstellungen der EU für die Entscheidungspräferenzen von Akteuren folgenreich sind, dass sie also handlungsleitende Tiefenstrukturen darstellen und

⁴⁷ Hierzu zählen Konzepte wie „Kulturgemeinschaft“, „Religionsgemeinschaft“, „politische Wertegemeinschaft“ und „Rechtsgemeinschaft“.

⁴⁸ Hierunter verstehen die Autoren etwa die Entwürfe „sicherheitspolitische Weltmacht“, „funktionierendes Institutionensystem“, „leistungsfähige Wirtschaftseinheit“.

etwa dazu führen können, dass das eine weltanschauliche Lager den EU-Beitritt der Türkei ablehnt und das andere nicht“. Der Grund dafür ist simpel und intuitiv: Während die Verfechter einer sogenannten *ever closer union*, d.h. mit der Zielvorstellung einer engen politischen Union, vermutlich eher auf die größtmögliche kulturell und politische Homogenität der EU-Länder sowie eine rigide Begrenzung der Anzahl an Mitgliedsstaaten achten werden, sollten Menschen mit einem eher pragmatischen und strategischen EU-Verständnis eine Erweiterung der Union im Sinne eines größtmöglichen globalen Einflusses der EU befürworten. Die Türkeifrage wirkt in dieser Hinsicht besonders polarisierend. Einerseits wird die Türkei als ein Land wahrgenommen, das eine mögliche Homogenität der EU am ehesten unterminiert. Auf der anderen Seite könnte der außenpolitische Einfluss der Union durch einen Beitritt der Türkei stark anwachsen. Hierbei spielen vor allem die Größe des Landes, seine geostrategische Position, seine militärischen Kapazitäten und seine Brückenfunktion im Kontext des interreligiösen Dialoges eine wichtige Rolle.

Einen weiteren wichtigen Hinweis zu den Vorstellungen über die zukünftige Ausgestaltung der EU in den Köpfen ihrer Bürger liefern Karp/Bowler (2006). Sie weisen darauf hin, dass für die Europäische Kommission die Erweiterung der EU sowie deren politische Vertiefung zwei untrennbare Teile des europäischen Integrationsprozesses seien. Allerdings stellen die Autoren empirisch fest, dass dies für die Bürger nicht zwangsläufig der Fall ist. Vielmehr unterscheiden die Menschen zwischen den beiden Prozessen Vertiefung und Erweiterung. Manche glauben sogar, dass der eine Prozess den anderen gefährden kann (Karp/Bowler 2006: 269). Auch dieser Umstand deutet also daraufhin, dass die EU-Bürger mit ihren verschiedenen Präferenzen für oder gegen eine politische Vertiefung bzw. eine Erweiterung der EU bestimmte Interessen und Zielvorstellungen anstreben. Individuen, die eine politische Vertiefung sehr stark befürworten, streben wohl eher nach dem EU-Idealbild einer *ever closer union*. Wiederum andere befürworten die größtmögliche Ausdehnung der EU, weil sie sich EU als einflussreichen *global player* wünschen.

Daher können folgende Hypothesen formuliert werden:

- (H4.A) *Wenn das EU-Idealbild bzw. die EU-Zielvorstellung einer engen politischen Union vorherrscht, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft abgelehnt.*
- (H4.Z) *Wenn das EU-Idealbild bzw. die EU-Zielvorstellung eines global agierenden Akteurs vorherrscht, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft befürwortet.*

4.1.2 Symbolic Politics – Das Modell erlernter Prädispositionen

Wie schon beschrieben, steht der *symbolic politics*-Erklärungsansatz von David Sears dem utilitaristischen Erklärungskonzept diametral entgegen, indem er behauptet: „People’s attitudes toward particular policy proposals often stem from their reactions to certain

symbols" (McLaren 2002: 555). Der Ansatz beruht also nicht auf rationalen Abwägungsprozessen, sondern auf während der politischen Sozialisation⁴⁹ erlernten Prädispositionen, d.h. langfristig stabilen und vorgelagerten Einstellungen gegenüber politischen Symbolen. Dies ist insofern naheliegend, als dass ohnehin nicht allen Bürgern unterstellt werden kann, dass sie Kosten und Nutzen einer türkischen EU-Mitgliedschaft abschätzen oder die Folgen des Beitritts absehen können. Hier sollte daher ein anderer Bewertungsmechanismus greifen, der zu einer wie auch immer gearteten Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei führt.

Was genau Sears unter „politischen Symbolen“ versteht, ist von ihm nicht klar definiert. Es geht um eher abstrakte Begriffe und Konzepte, die im politischen Diskurs zwar geläufig sind, zu denen allerdings eine Vielzahl an subjektiven Interpretationen und Orientierungen vorliegen können. Politische Symbole stellen somit eine spezielle Form von Einstellungsobjekten dar, zu denen Bürger im Laufe ihres Lebens stabile und persistente Orientierungen ausgebildet haben und die ihrerseits einen starken affektiven Einfluss auf Einstellungen zu neuen politischen Fragestellungen ausüben. Als Beispiel für solch stabile Orientierungen, die er „symbolische Prädispositionen“ nennt, zählt Sears (1993: 122) politische Ideologien, Parteiidentifikationen, Vorurteile gegenüber bestimmten Menschengruppen, nationale und ethnische Identitäten, Wertorientierungen sowie die Einstellungen zu politischen Regimen.

Werden Menschen im späteren Leben mit politischen Fragestellungen konfrontiert, die solche Symbole ansprechen, so werden die Prädispositionen auf emotionale Weise aktiviert: „According to a symbolic politics theory, political attitudes reflect the affects previously conditioned to the specific symbols included in the attitude object.“ (Sears/Funk (1991: 74). Die Affektivität dieses Prozesses – im Gegensatz zu den bewussten und rationalen Überlegungen des *self-interest*-Modells – ist dabei zentral für den *symbolic politics*-Ansatz: „The symbolic politics process is characterized by generally unthinkable, reflexive, affective responses to remote attitude objects rather than calculations of probable costs and benefits.“ (Sears 1993: 120). Obwohl die Einstellungsbildung zwar unbewusst und affektiv funktioniert, so ist dies kein zufälliger und beliebiger Prozess. Denn die neue Policy-Einstellung wird mit den vorhandenen Orientierungen, den symbolischen Prädispositionen, systematisch in Einklang gebracht. Dieser Mechanismus ist in der Einstellungsfor-

schung auch unter dem Begriff *transfer of affect* bekannt (siehe Kapitel 2.1).
Obwohl der *symbolic politics*-Ansatz aufgrund seiner eher unpräzisen und fast allumfassenden Konzeption bisweilen etwas „nebulös“ bleibt (Udehn 1996: 85), bietet er gerade

⁴⁹ Dabei spielt es keine Rolle, ob die politische Sozialisation in den Jugendjahren oder im Erwachsenenalter stattfand (Sears/Funk 1991: 13).

durch seine weite Fassung einen praktischen theoretischen Rahmen, um verschiedene Erklärungsfaktoren zusammenzufassen. Sie alle haben zentrale Gemeinsamkeiten. Sie stellen stabile und persistente Orientierungen dar, die den Einstellungen gegenüber *policy issues* strukturell vorgelagert sind und diese gemäß des *transfer of affect* kausal erklären können. Selbst Kritiker des Ansatzes betonen daher: "The strength of symbolic politics resides in its dependence on affective responses to certain symbols expressing people's political convictions and commitments." (Udehn 1996: 86).

Welche symbolischen Prädispositionen bei der Konfrontation mit dem Einstellungsobjekt „EU-Beitritt der Türkei“ in den Köpfen der EU-Bürger aktiviert werden, ist eine empirische Frage. Generell stellt Sears (1993: 124f.) fest, dass die meisten Einstellungsobjekte mehrere Symbole beinhalten. Die Frage, welche Symbole davon die stärkste affektive Reaktion auslösen, lässt sich pauschal nicht beantworten, sondern hängt von mehreren Faktoren ab. Zum Beispiel ist es von zentraler Bedeutung, welche Symbole zum Zeitpunkt der Aktivierung gerade im öffentlichen Diskurs salient sind und wie das zu bewertende Einstellungsobjekt während der Konfrontation „geframt“ ist, d.h. welche Symbole im Diskurs selbst schon nahegelegt werden. Außerdem geschieht die Verarbeitung nicht bei allen Menschen in gleicher Weise, sondern auf Basis von verschiedenen kognitiven Mustern. Manche Individuen verbinden ein Einstellungsobjekt also mit einem bestimmten Symbol, andere nicht. Schließlich scheint auch der soziale Kontext von Bedeutung zu sein, wenn es um die Aktivierung bestimmter Symbole geht.⁵⁰ Wie ein Individuum genau dazu kommt, eine bestimmte politische Fragestellung mit bestimmten Symbolen zu verbinden, ist nicht Gegenstand dieser Arbeit und wird daher hier vernachlässigt.⁵¹

Der EU-Beitritt der Türkei aktiviert potentiell eine ganze Reihe von politischen Symbolen, unter anderem das der *Republik Türkei* bzw. der *Türken* als ethnische Gruppe. Daneben können durch die kognitive Verknüpfung des Türkeibeitritts mit Einwanderung auch Prädispositionen gegenüber *Immigranten* aktiviert werden. Laut Dixon (2010: 133) ist der Bezug auf Fremdgruppen ohnehin das zentrale symbolische Element bei EU-Erweiterungen.⁵² Ein weiteres, potentiell aktiviertes Symbol ist das der *Europäischen Union* bzw. *Europas*: „EU enlargement is also symbolic at the level of Europe, given that it refers to geographical expansion of the EU and an expansion of the meaning of Europe: In addition of being beneficiaries of EU economic and political policies, EU candidates raise

⁵⁰ Sears (1993: 131) verwendet hier als Beispiel das Symbol „Japan“, mit dem US-Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg wohl eher negativere Orientierungen verbinden als z.B. Europäer.

⁵¹ Heute beschäftigt sich ein ganzer Forschungsbereich mit solchen Prozessen, die zumeist unter dem Begriff *issue framing* firmieren.

⁵² Sears (1993: 127) untermauert diese Sichtweise, indem er betont, dass soziale Gruppen Einstellungsobjekte wie jedes andere sind: „Groups may behave like other political symbols, mainly evoking symbolic predispositions [...] and they therefore may be best described in terms of symbolic politics“.

questions about where Europe's borders end and who is culturally European." (Dixon 2010: 135). Gerade das Konzept des politischen Beitritts eines Landes bzw. einer ethnischen Gruppe zu einer bestehenden Gemeinschaft wirft außerdem auch Fragen nach Identität und kultureller Zugehörigkeit auf. Dies impliziert, dass nicht nur die Bewertung von bestimmten Fremdgruppen, sondern auch die *Identifikation mit eigenen Gruppen* als symbolische Prädispositionen erfasst werden können. Im Folgenden werden vier zentrale Prädispositionen als mögliche Erklärungsfaktoren diskutiert: Einstellungen zu kultureller Vielfalt, die eigene soziale Identität, Einstellungen zu relevanten Fremdgruppen wie Immigranten, Muslimen und Türken sowie Einstellungen zur Europäischen Union.

4.1.2.1 Kulturelle Bedrohungsgefühle und kulturelle Toleranz

Ein zentrales Set von Prädispositionen im Rahmen der türkischen Beitrittsfrage handelt von Orientierungen zu kultureller Diversität und beinhaltet damit einerseits kulturelle Bedrohungsgefühle und Ängste, andererseits aber auch kulturelle und religiöse Toleranz. Schon McLaren zeigt (2007), dass die Angst um die eigene Kultur und Lebensweise einen starken Einfluss auf die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei ausübt. Auch Van der Veen (2009) und Canan-Sokullu (2011) unterstreichen in ihren empirischen Analysen die zentrale Bedeutung von kulturellen Bedrohungsgefühlen und der Sorge um Identitätsverlust im Kontext von EU-Erweiterungen.

Empfundene Bedrohungen spielen im EU-Kontext seit jeher eine wichtige Rolle.⁵³ Eine sinnvolle theoretische Grundlage bietet der *symbolic threats*-Ansatz, erstmals konzeptualisiert von Stephan/Stephan (1996: 418): „Symbolic threats concern group differences in morals, values, standards, beliefs, and attitudes. Symbolic threats are threats to the ‚way of life‘ of the ingroup“. Der Ansatz fasst also Einstellungen gegenüber einer ganzen Reihe von kulturellen Symbolen zusammen. Wichtig erscheint die Abgrenzung zu den *realistic threats*, die im Zentrum der *realistic group conflict* Theorie (vgl. Kapitel 4.1.1.1) stehen, wie auch McLaren (2002: 558) unterstreicht: „People are not really concerned about resource distribution but about the threat that other groups pose to their culture and way of life“. Die EU-Bürger könnten also durch die Aufnahme der Türkei und mit ihr etwa 75 Millionen neuer, türkischer Mitbürger, die nationale oder sogar die europäische Kultur und Lebensweise bedroht sehen.

Doch warum sollten unterschiedliche Lebensweisen überhaupt bedrohlich wirken? Eine wichtige Ursache scheint zu sein, dass Menschen normalerweise die eigenen Moral- und Wertvorstellungen als richtig und überlegen gegenüber fremden Konzeptionen betrachten. Eine Gruppe mit offensichtlich anderen kulturellen Werten und Glaubensmustern

⁵³ Canan-Sokullu (2011: 53) argumentiert, dass die EU selbst ursprünglich erst entstanden sei, um sich vor internen und externen Bedrohungen zu schützen, denen sich Europa gegenüber sah.

kann daher Bedrohungsgefühle und in einem zweiten Schritt negative affektive Einstellungen hervorrufen (Stephan et al. 1999: 2222). Esses et al. (1993) betonen außerdem, dass die eigenen Werte einen umso größeren Einfluss auf Einstellungen ausüben, je stärker sie durch fremde Werte bedroht erscheinen.

Der Ausgangspunkt für die Bedrohungsgefühle, die eine türkische EU-Mitgliedschaft auslösen könnte, ist sicherlich in der empfundenen kulturellen Andersartigkeit bzw. Fremdheit der Türkei zu suchen. Die Haltung, die türkische Kultur als etwas Fremdes zu betrachten, hat historische Tradition. Schon im Mittelalter galt das osmanische Reich oder allgemein die islamische Welt als „das Andere“, das dazu benutzt wurde, Europa als sozialen Raum zu konstruieren.⁵⁴ Der hier geschilderte Vorgang, bei dem Identität durch Abgrenzung und Kontrastierung zu etwas Anderem entsteht, wird auch „Othering“ genannt (Walter 2008: 42f.).⁵⁵ Laut Walter (2008: 57) tauchen solche Abgrenzungsdiskurse, bei denen Gemeinsamkeiten verwischt und Unterschiede hervorgehoben werden, heutzutage wieder verstärkt auf. Im Zentrum der Debatte steht die Frage nach der europäischen kulturellen Identität, die sich im Zuge des türkischen EU-Beitrittsesuches zunehmend definiert über gemeinsame Werte, Geschichte, Kultur und Religion.⁵⁶

Die Türkei wird oftmals als kulturell rückständig und traditionell in ihren Werten betrachtet. Gerhards (2004) weist zusätzlich auf die vielfältigen Unterschiede in den kulturellen Wertorientierungen von Türken und Europäern hin. Die muslimische Religion steht dabei heutzutage als besonderes kulturelles Merkmal der Türkei im Fokus der Aufmerksamkeit. Strabac/Listhaug (2008) beschreiben, dass der Islam in Europa durch eine ganze Reihe an internationalen Ereignissen besonders stark als eigene Gruppenidentität wahrgenommen wird. Vor allem seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 taucht der Islam sogar wieder als zentrales Feindbild der westlichen Welt auf – so wie er das schon früher lange Zeit für die Europäer war (Walter 2008: 46). Basierend auf der *clash of civilizations*-Argumentation werden in den Medien vor allem vom Islam ausgehende politische und militärische Gefahren betont. „Es ist davon auszugehen, dass die Berichterstattung über den islamistischen Terror die Wahrnehmung von Unterschieden zusätzlich verstärkt hat“ (Leibold 2009: 146). Dieses Othering im öffentlichen Diskurs der westlichen Hemisphäre bewirkt laut Walter (2008: 46) eine Darstellung der islamischen Welt als „vormodern,

⁵⁴ Selbstverständlich haben auch in der europäischen Historie mehrere „Andere“ eine Rolle gespielt, so z.B. die russische Zivilisation, die Balkanregion oder die Vereinigten Staaten von Amerika (siehe dazu Walter 2008).

⁵⁵ Die Abgrenzungsdiskurse finden besonders in den Massenmedien statt. So zeigt Schneeberger (2009) die große Bedeutung des in britischen Zeitungen stattfindenden, mediatisierten Otherings im Prozess der Konstruktion einer europäischen Identität im Zuge der Türkei-debatte.

⁵⁶ Und obwohl es äußerst zweifelhaft erscheint, dass der europäische Kontinent eine homogene Tradition von Kulturerscheinungen hat, dominiert im öffentlichen Diskurs zumeist das Bild einer (die Türkei) exkludierenden europäischen Identität gegenüber einer inkludierenden Interpretation (Cremer 2006).

rückständig, unzivilisiert, archaisch, undemokratisch, chaotisch, intolerant nach innen, gewaltbereit und militant nach außen, und damit als all das, was dem Westen diametral entgegensteht“.

Gerade in der Debatte um den türkischen EU-Beitritt – nur wenige Jahre nach 9/11 – spiegeln sich die angeführten Merkmale des Othering-Diskurses wider. Nie zuvor standen religiöse Diversität und Multikulturalismus so sehr im Zentrum einer EU-Erweiterungsdebatte (Hobolt et al. 2011: 360). Die Relevanz religiöser Einstellungen für die Türkeifrage ergibt sich zudem daraus, dass eine zunehmende Zahl von Menschen – zumindest in Deutschland – Türken mit Muslimen schlicht gleichsetzt (Steinbach/Cremer 2006). Für die Beurteilung des türkischen EU-Beitritts scheinen islamophobische⁵⁷ Tendenzen somit zunehmend an Bedeutung zu gewinnen, vor allem unter bestimmten Bedingungen: „Speziell Konflikte, die auf eine Entscheidung nach dem Entweder-Oder-Prinzip hinauslaufen und zudem Identitätsfragen betreffen, werden schnell als bedrohlich empfunden.“ (Leibold 2009: 147). Der potentielle EU-Beitritt der Türkei stellt genau solch einen Konflikt dar. In diesen Fällen ist laut Leibold (2009) eine rein sachliche Auseinandersetzung fast unmöglich und Bedrohungsgefühle steigen mit hoher Wahrscheinlichkeit an. Alles in allem kommt McLaren (2007: 258) daher zu dem Schluss: „Because of these perceived differences between Turkish and European cultures, feelings about this particular candidate may be strongly connected to concerns about the maintenance of the culture and way of life of key in-groups“.

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass auch positive Einstellungen zu kultureller Vielfalt existieren. So kann durchaus erwartet werden, dass Menschen mit besonders toleranten Kultur- und Religionsorientierungen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union befürworten. Dies mag zusätzlich auch an einem Verständnis von Europa liegen, das gerade auf kultureller Diversität basiert und somit durch die türkische EU-Mitgliedschaft gestärkt würde. Der vorausgegangenen Diskussion entwachsen folgende Hypothesen:

- (H5.A) *Wenn kulturelle Bedrohungsgefühle bzw. Verlustängste präsent sind, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher abgelehnt.*
- (H5.Z) *Wenn kulturelle Vielfalt positiv beurteilt wird, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher befürwortet.*

4.1.2.2 Soziale Identität

Eine Prädisposition, die im Kontext erweiterungspolitischer Einstellungen nachweislich eine wichtige Rolle spielt, ist die Identifikation eines Individuums mit einer sozialen Grup-

⁵⁷ Islamophobie steht für generalisierte abwertende Einstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam als Solches. Der Forschungsbereich, der sich mit diesem Phänomen beschäftigt hat besonders in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen.

pe (Karp/Bowler 2006, Dixon 2010). Der bevorstehende Beitritt der Türkei hat sogar wie kein anderes Thema in den letzten Jahrzehnten solche Identitätsfragen in Europa auf die Agenda gesetzt. Und tatsächlich wurde die Bedeutung von nationalen Identifikationen (u.a. De Vreese et al. 2008) sowie europäischen Identitätsgefühlen (u.a. Schoen 2008) für die Einstellung zum türkischen EU-Beitrittsgesuch mittlerweile mehrfach bestätigt.

Das sozialpsychologische Phänomen der Identifikation mit einer Gruppe wird adäquat durch die *social identity theory* nach Tajfel/Turner (1979, 1986) beschrieben⁵⁸. Hier wird danach gefragt, wie die Mitgliedschaft in Gruppen die Kognitionen von Individuen beeinflussen, wie aber auch Individuen ihre Gruppenmitgliedschaft dazu nutzen, um ihr eigenes Selbstkonzept zu definieren. Soziale Identität kann in diesem Kontext definiert werden als „a person’s definition of self in terms of some social group membership with the associated value connotations and emotional significance.“ (Turner 1999: 8). Parallel dazu neigen Menschen dazu, ihre eigene Gruppe (Selbstgruppe) und deren Mitglieder positiver zu sehen als andere Gruppen, weil sie das Bedürfnis haben, ein positives Selbstbild zu erzeugen bzw. aufrecht zu erhalten. Diese psychologische Tendenz wird gemeinhin als *in-group bias* oder *in-group favoritism effect* bezeichnet (Taylor et al. 2006: 186).

Die Stärke der Gruppenidentifikation beeinflusst die Bereitschaft, neue Mitglieder in die eigene Gruppe aufzunehmen. Tajfel/Turner (1986: 16) nennen dieses Phänomen den *in-group overexclusion effect*. Er besagt, dass je stärker sich ein Mitglied mit der Gruppe identifiziert, desto weniger befürwortet es die Neuaufnahme von Außenstehenden.⁵⁹ Der Effekt verstärkt sich außerdem, wenn die zur Debatte stehenden Neu-Mitglieder wenige Gemeinsamkeiten mit den alten Gruppenmitgliedern haben. „Thus, the stronger a member of a group identifies with the group, the stricter the criteria are for allowing an out-group member to join the group. An outsider must be similar enough to other members of the in-group to be allowed membership into the group.“ (Curley 2009: 652). Trotz dieser Annahme sorgt aber der sogenannte *assumed similarity effect* dafür, dass Mitglieder einer Gruppe annehmen, dass die restlichen Gruppenmitglieder ihre Einstellungen und Werte eher teilen als Mitglieder einer fremden Gruppe (Taylor et al. 2006: 187). Schließlich spielt die Wahrscheinlichkeit des Gruppenbeitritts eine Rolle: “Thus, the closer an outsider is to becoming a group member, the more threatening this inclusion becomes to an in-group member that strongly identifies with the group.“ (Curley 2009: 654).

Die voranstehenden Überlegungen liefern einige logische Implikationen hinsichtlich der Aufnahme der Türkei. Es lässt sich erstens vermuten, dass Individuen mit einer stärkeren

⁵⁸ Die Beschreibungen und Hypothesen von Tajfel/Turner beruhen auf einer ganzen Reihe von Kleinstgruppen-Experimenten, die Henry Tajfel in den 1970er Jahren durchführte.

⁵⁹ Der Beitritt der Türkei könnte hier sogar als Aufnahme eines Außenstehenden in eine Gruppe verstanden werden.

Gruppenidentität den EU-Beitritt weiterer Länder eher ablehnen als Individuen mit einer schwächer ausgeprägten Gruppenidentität. Zweitens sollte dieser Effekt für die Türkei aufgrund ihrer empfundenen kulturellen und politischen Andersartigkeit stärker ausgeprägt sein als für Kandidatenländer, denen gemeinhin eine größere Homogenität mit den Alt-Mitgliedern bescheinigt wird. Drittens sollte er auch deshalb stark sein, weil die EU-Mitgliedschaft der Türkei durch die bereits aufgenommenen Beitrittsverhandlungen keine bloße Fantasievorstellung mehr ist, sondern ein durchaus absehbares Ereignis.

Es stellt sich allerdings die Frage, *welche* Gruppenidentifikation genau für die Türkeifrage eine besonders herausragende Rolle spielt. Allgemein wird der Einfluss der nationalen Identität in der EU-Unterstützungsforschung betont. Denn erstens stellt die nationale Gemeinschaft die Hauptreferenzgruppe der sozialen Identität dar⁶⁰ und zweitens erscheint die Integrität der Nationalstaaten durch die ständig wachsende EU sowie die fortschreitende politische Vertiefung am ehesten unterminiert. Auch in empirischen Untersuchungen zeigt sich: Diejenigen Bürger, die eine besonders starke nationale Identifikation aufweisen, lehnen den europäischen Integrationsprozess insgesamt erwartungsgemäß stärker ab als ihre Mitmenschen (siehe dazu etwa McLaren 2002).

Die Debatte um den türkischen Beitritt betrifft allerdings auch die Identifikation der EU-Bürger mit Europa. Wie Individuen mit einer starken europäischen Identität zur EU-Mitgliedschaft der Türkei stehen, hängt einerseits stark von ihrem Verständnis von Europa, das heißt der subjektiven Substanz ihrer europäischen Identität, und andererseits von ihrem Türkeibild ab.⁶¹ Inwiefern wird der Türkei also ein europäischer Charakter unterstellt?⁶² Auch Karp/Bowler (2006: 371) vermuten, dass es nicht darum gehen muss, ob sich jemand selbst als europäisch sieht, sondern ob er dem zur Disposition stehenden Kandidatenland eine europäische Identität zuschreibt.

Zusammengefasst könnte daher einerseits vermutet werden, dass Bürger, die einer die Türkei nicht inkludierenden europäischen Identität anhängen, die Mitgliedschaft ablehnen, zum Beispiel weil sie eine kulturelle Verwässerung Europas befürchten. Auf der anderen Seite könnte eine stark ausgeprägte europäische Identität auch Zeichen einer eher inklusiven sozialen Identität insgesamt sein. Deshalb kann genauso gut angenommen werden, dass sich als Europäer identifizierende Individuen den EU-Beitritt der Türkei durchaus befürworten sollten. Dies bedeutet also, dass es einen Unterschied machen sollte, ob Individuen multiplen sozialen Identitäten anhängen, die die Türkei potentiell mit-

⁶⁰ McLaren (2002, 2007) argumentiert, dass Akzeptanz der Nation als primäre in-group bedingt ist durch die Sozialisation von Europäern. Hierbei spielt die historische Bedeutung der europäischen Nationalstaaten auch heute noch eine zentrale Rolle für Identitätsbildungsprozesse.

⁶¹ Gerade das häufig geäußerte Argument „Die Türkei gehört nicht zu Europa.“ ist in diesem Zusammenhang als doppelte Identitätszuschreibung zu verstehen.

⁶² Siehe zu dieser Frage etwa Müftüler-Bac 2000.

einschließen oder sich nur mit solchen Gemeinschaften identifizieren, zu denen die Türkei per definitionem nicht zugehören kann. Es werden daher folgende Hypothesen formuliert:

(H6.A) *Wenn eine starke und exklusive nationale Identität vorliegt, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher abgelehnt.*

(H6.Z) *Wenn eine starke und inklusive übernationale Identität vorliegt, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher befürwortet.*

4.1.2.3 Einstellungen gegenüber Immigranten

Ein weiterer relevanter Faktor für die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei sind Prädispositionen gegenüber Fremdgruppen wie Türken, Immigranten und Muslime – allesamt politische Symbole, die überdurchschnittlich oft im öffentlichen Diskurs auftauchen (Kramer 2003, König/Sicking 2005). Wie mehrere Studien zeigen, sind Einstellungen gegenüber Fremdgruppen ein starker – oft sogar der stärkste – Erklärungsfaktor für die Einstellungen sowohl zur Europäischen Integration selbst als auch zum EU-Beitritt der Türkei (McLaren 2007, De Vreese et al. 2008, Azrout et al. 2011, Gerhards/Hans 2011).

Als Prämisse muss festgestellt werden, dass die Türkei von vielen Europäern wohl nicht nur als ein abstraktes Staatsgebilde betrachtet wird, sondern dass sie mit dessen Bürgern assoziiert wird. Die Beitrittsfrage wird also auch hinsichtlich der neuen Gruppe von Menschen, die in die EU aufgenommen werden will, beantwortet. “[The] rejection of the Turkish candidacy may be more about rejection of Turks as a group of people than about rejection of a country in abstract terms.” (McLaren 2007: 257). Eine zweite Prämisse ist, die Tendenz der Menschen, sich selbst und ihre Mitmenschen in Gruppen zu kategorisieren, und zwar in Eigen- (*in-groups*) und Fremdgruppen (*out-groups*).⁶³

Einerseits spielen hierbei reale Immigrationserwartungen und deren Folgen eine Rolle, andererseits aber auch Vorurteile und zum Teil irrationale Ängste, die aus der empfundenen Andersartigkeit bestimmter Gruppen entstehen. Vorurteile können definiert werden als affektive, negative Einstellungen gegenüber einer bestimmten Zielgruppe bzw. Mitgliedern dieser Gruppe.⁶⁴ Im Falle ethnischer Vorurteile beziehen sich diese weitgehend stabilen und konsistenten Prädispositionen auf ethnische Fremdgruppen (Zick 1997: 39).⁶⁵ Der Einfluss von ethnischen Vorurteilen auf politische Einstellungen konnte in verschiedenen Kontexten wiederholt gezeigt werden (Taylor et al. 2006: 172ff.). Sowohl in der Fremden-

⁶³ Diese Grundannahme wurde im Rahmen der oben angesprochenen *social identity theory* schon wiederholt nachgewiesen.

⁶⁴ Im weiteren Sinne können sich Vorurteile auch auf die eigene Gruppe beziehen, z.B. im Falle von Ethnozentrismus, das heißt, wenn man glaubt, die eigene Gruppe sei das soziale Zentrum der Welt und allen anderen Gruppen überlegen (Taylor et al. 2006: 170).

⁶⁵ Ethnische Gruppen gelten dabei als solche Gruppen, die weitgehend durch ihre nationale Herkunft bestimmt sind. Im Zuge der US-amerikanischen Vorurteilsforschung werden ethnischen Vorurteile zum Teil auch als *symbolic racism* titliert (siehe dazu u.a. Bobo 1983).

feindlichkeits- als auch in der EU-Einstellungsforschung werden vor allem Einstellungen gegenüber Immigranten oder Ausländern untersucht. De Vreese/Boomgaarden (2005) stellen in ihrer empirischen Studie zum Beispiel fest, dass eine negative Einstellung gegenüber Immigranten ein starker Prädiktor für die Ablehnung weiterer europäischer Integration ist.

Während Vorurteile die affektive Komponente von Gruppenantagonismen sind, stellen Stereotypen die kognitive Komponente dar.⁶⁶ Sie sind generalisierte, geteilte Überzeugungen über typische Charakteristiken von Mitgliedern einer Gruppe. „Stereotypes usually overemphasize certain attributes, especially very unfavorable or very favorable attributes. And they usually underestimate variability within a group.“ (Taylor et al. 2006: 171). Stereotypen allein stellen zwar noch keine negative Einstellung dar, legen allerdings die kognitive Grundlage für Vorurteile. Durch ihr Heranziehen trägt der Kategorisierungsprozess automatisch eine – positive oder negative – Wertung mit sich. Vorurteile und Stereotypen werden besonders schnell herangezogen, wenn diese den Individuen präsent sind, zum Beispiel durch den öffentlichen Diskurs. Inwieweit die Türkei bzw. Türken als Gruppe in den 27 EU-Ländern mit Stereotypen belegt sind, kann hier nur vermutet werden. In den öffentlichen Debatten der letzten Jahre wurden der Islam und gläubige Muslime jedenfalls besonders häufig mit negativen Stereotypen belegt (Strabac/Listhaug 2008: 271). Falls Türken also in erster Linie als Muslime identifiziert werden, könnte das Türkenbild vieler Europäer durchaus von ähnlichen Stereotypen bestimmt sein.⁶⁷

Obwohl der *symbolic politics*-Ansatz davon ausgeht, dass Vorurteile genauso wie andere symbolische Prädispositionen „erlernt“ werden, erfüllen sie auch wichtige sozialpsychologische Funktionen.⁶⁸ So sorgen sie beispielsweise für ein „wohl-differenziertes und scharfes Bild der Umwelt“ (Zick 1997: 130) und für eine relativ positive Selbstbewertung. Denn gemäß der oben vorgestellten *social identity theory* sorgt die Abwertung von Fremdgruppen genauso für die Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes wie die Aufwertung der eigenen Gruppe.⁶⁹

⁶⁶ Neben „Vorurteilen“ und „Stereotypen“ kann „Diskriminierung“ im Übrigen als behaviorale Komponente von Gruppenantagonismen gesehen werden. Diskriminierung bezeichnet damit also das reale Verhalten gegenüber Gruppen oder deren Mitgliedern.

⁶⁷ Dazu sei auch nochmals auf die Feststellung von Walter (2008: 46) verwiesen, dass Muslime im öffentlichen Diskurs westlicher Gesellschaften als „vormodern, rückständig, unzivilisiert, archaisch, undemokratisch, chaotisch, intolerant nach innen, gewaltbereit und militant nach außen“ dargestellt werden.

⁶⁸ Blumer (1958) argumentiert, dass ethnische Vorurteile Resultat einer so wahrgenommenen, natürlichen Hierarchie ethnischer Gruppen entspringen können. Über die Stellung von Türken in solch einer Hierarchie soll hier aber nicht spekuliert werden.

⁶⁹ Weitere soziale Funktionen von Vorurteilen sind im Übrigen Kausalitätserklärungen (z.B. für die soziale schlechtere Lage von Migranten) sowie soziale Rechtfertigungen und Differenzierungen, d.h. sie erklären die Differenzen zwischen sozialen Gruppen (Zick 1997: 130).

Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass die Identifikation mit seiner eigenen Gruppe nicht automatisch zur Abwertung von Fremdgruppen führt. Diese zuerst von Allport (1954) aufgestellte Hypothese konnte in Laborexperimenten und Feldstudien mehrfach bestätigt werden. Brewer (1999: 442) schlussfolgert daraus: „Ingroup love is not a necessary precursor of outgroup hate“. Auch Azrout et al. (2011: 11) unterstützen diese Sichtweise, indem sie auf die konzeptionellen Unterschiede zwischen beiden Orientierungen hinweisen. Laut ihnen hängen immigrantenfeindliche Einstellungen von weit mehr Faktoren ab als die Identifikation mit einer sozialen Gruppe, zum Beispiel von Persönlichkeitsmerkmalen, wahrgenommenen Gruppenkonflikten oder allgemeinen Verunsicherungsgefühlen.

Die Identifizierung von Menschen als out-group und die Abwertung derselbigen stellen sich besonders häufig ein, wenn Fremdgruppen als sehr andersartig im Vergleich zur Eigengruppe wahrgenommen werden, das heißt wenn die Merkmale der relevanten Gruppe deutlich hervorstechen (Jetten et al. 1999). Laut Brewer (1999: 435ff.) ist dies vor allem dann der Fall, wenn eine Fremdgruppe über andere Wert- und Moralvorstellungen verfügt, wenn sie eine gefühlte Bedrohung für die in-group darstellt⁷⁰ und wenn es auch um reale, politische Macht- und Verteilungsfragen geht. All diese Faktoren erscheinen im Kontext der türkischen EU-Beitrittsfrage überaus relevant. Dazu kommt, dass Türken sich von den meisten EU-Bürgern in ihrer Nationalität, Kultur, Religion und Ethnizität unterscheiden und damit leicht als out-group identifiziert werden können.

Besonders die Erweiterung der Union scheint wie geschaffen zu sein für das Mobilisierungspotenzial ethnozentristischer Einstellungen, wie Rippl et al. (2005) im Falle der EU-Osterweiterung herausarbeiten. Auch bei der Bewertung des türkischen EU-Beitrittsgesuches sollte die abwertende Beurteilung von Immigranten aufgrund von verschiedenen Ursachen ein entscheidender Faktor sein. Denn erstens wird der Beitritt der Türkei mit ziemlicher Sicherheit ein gewisses Maß an Immigration nach sich ziehen, was den meisten EU-Bürgern wohl bewusst ist. Zweitens lebt in vielen EU-Mitgliedsländern schon eine beträchtliche Zahl von türkischen Migranten, so dass die Assoziation von Türken mit Immigranten bei vielen Menschen naheliegend ist. Drittens kann diese Assoziation auch in Ländern ohne nennenswerte türkische Migrationserfahrung, z.B. durch Medienthemen, problemlos hergestellt werden. Und schließlich ist es empirisch nachgewiesen, dass negative Einstellungen gegenüber verschiedenen Fremdgruppen stark miteinander korrelieren, was gerade im deutschsprachigen Raum besonders für die Einstellungen gegenüber Immigranten und denen gegenüber Muslimen gilt (Heitmeyer 2005).⁷¹ Auch Lei-

⁷⁰ Vgl. dazu die *Realistic Group Conflict Theory* (siehe Kapitel 4.1.1.1).

⁷¹ Das Forschungsprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer hat dazu über viele Jahre negative Einstellungen zu verschiedenen Fremdgruppen untersucht. Die mit Abstand stärkste Korrelation ergibt sich tatsächlich zwischen der Einstellung zu Muslimen (Islamö-

bold (2009: 152) unterstreicht diesen Zusammenhang: „Islamophobie wird zwar von der wahrgenommenen Bedrohung durch den Islam erheblich beeinflusst, allerdings ist das Bedrohungsempfinden selbst sehr stark vom Ausmaß der fremdenfeindlichen Einstellungen bestimmt“. Unter diesen Voraussetzungen könnte die Einstellung gegenüber Immigranten sogar als Proxy für die Einstellung gegenüber Muslimen bzw. Türken gesehen werden – zumindest in Ländern mit nennenswerter türkischer Migration. Einschränkend muss allerdings gesagt werden: Obwohl fremdenfeindliche Einstellungen in Deutschland seit Jahren konstant sind, wächst die Bedeutung von islamfeindlichen Einstellungen und damit negativen Einstellungen gegenüber muslimischen Immigranten kontinuierlich an.⁷²

Es soll allerdings auch nicht außer Acht gelassen werden, dass Menschen mit positiveren Einstellungen gegenüber Fremdgruppen durchaus auch in der Türkeifrage positiver eingestellt sein sollten. Eine positive Einstellung gegenüber Fremdgruppen sollte sich vor allem bei Menschen einstellen, bei denen die Tendenz zur Gruppenkategorisierung nur schwach ausgeprägt ist und die keinen negativen Stereotypen über die relevanten Fremdgruppen anhängen.

Aus den Ausführungen in diesem Kapitel lassen sich folgende Hypothesen ableiten:

- (H7.A) *Wenn Menschen negative Einstellungen gegenüber Immigranten haben, dann werden sie den EU-Beitritt der Türkei eher ablehnen.*
- (H7.Z) *Wenn Menschen positive Einstellungen gegenüber Immigranten haben, dann werden sie den EU-Beitritt der Türkei eher befürworten.*

4.1.2.4 Einstellungen zur Europäischen Union

Die türkische Beitrittsfrage wirft selbstverständlich auch die Frage nach Europa selbst und seiner Identität auf. Viele Menschen sollten die türkische Beitrittsfrage daher auch abhängig von ihrer Meinung zur Europäischen Union beantworten. Neben den zuvor diskutierten instrumentellen Präferenzen zur künftigen Entwicklung der Union spielen dabei auch generalisierte und verinnerlichte Prädispositionen zur EU eine Rolle. Es ist kaum ersichtlich, warum die bisherige empirische Forschung zur Türkeifrage Orientierungen zum Themenkomplex Europa eher nachrangig behandelt hat. Vermutlich liegt es daran, dass zumeist Erklärungsansätze aus der EU-Unterstützungsforschung lediglich übernommen wurden und daher die Einstellung gegenüber der EU selbst schlicht nicht als unabhängige Variable integriert wurde, da sie zuvor selbst als abhängige Variable diente.

phobie) und der Einstellung zu Ausländern (Fremdenfeindlichkeit). Für eine detailliertere Darstellung siehe Heitmeyer 2005.

⁷² Zick/Küpper (2009: 4f.) sehen die Ursachen dafür vor allem in der geringen öffentlichen Ächtung von Vorurteilen und Stereotypen sowie zunehmenden Verdächtigungen und Bedrohungsgefühlen.

Gerhards/Hans (2011) zeigen zumindest ansatzweise in ihrer Untersuchung, dass Gegner der Europäischen Integration auch die Aufnahme der Türkei stärker ablehnen.

Der Zusammenhang zwischen EU-Einstellungen und der Einstellung zum türkischen EU-Beitritt ist vergleichsweise trivial: „If voters are already against the EU, they will not be in favour of enlargement.“ (Karp/Bowler 2006: 371). Es wird also vermutet, dass die Bürger, die der EU bzw. der Europäischen Integration negativ gegenüberstehen, auch die türkische EU-Mitgliedschaft negativer beurteilen als ihre Mitbürger. Dass dies nicht weit hergeholt ist, lässt sich durch einen Vergleich der Einstellung zur Europäischen Union einerseits und der Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei erkennen. Beide Zustimmungswerte fanden Anfang der 1990er Jahre ihren Höhepunkt und sind seitdem beständig gefallen.⁷³

Bezugnehmend auf die wachsende Unzufriedenheit der Bürger mit der EU⁷⁴ hat sich in den letzten Jahren ein Forschungszweig herausgebildet, der unter dem Etikett „Euroskeptizismus“⁷⁵ firmiert und nach den Ursachen dieses Phänomens fragt. Weßels (2009: 50) sieht die Gründe in der Zunahme der politischen Kompetenzen der Union, den immer spürbareren Wirkungen von EU-Politiken und den demokratischen Defiziten der EU.

Bezüglich der Einstellungen zur Türkei haben manche Autoren die Begrifflichkeiten der EU-Einstellungsforschung mittlerweile aufgegriffen und umgemünzt. So spricht Canan-Sokullu (2012) vom *turcoscepticism*, um das zunehmend negative Meinungsbild der EU-Bevölkerung von der Türkei und dessen EU-Beitritts-gesuch zu beschreiben. Ein Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen ist dadurch zwar keineswegs bewiesen, liegt aber zumindest nicht fern.

Wiederum werden also zwei Hypothesen formuliert:

(H8.A) *Individuen mit einem negativen EU-Bild lehnen den EU-Beitritt der Türkei eher ab.*

(H8.Z) *Individuen mit einem positiven EU-Bild befürworten eher den EU-Beitritt der Türkei.*

⁷³ Wobei sich der Trend in den Türkei-Einstellungen konstant abnehmend darstellt (vgl. Abbildung 1 in Kapitel 1), während der Negativtrend in der EU-Unterstützung viel mehr schwankt (vgl. dazu z.B. Eichenberg/Dalton 2007: 42).

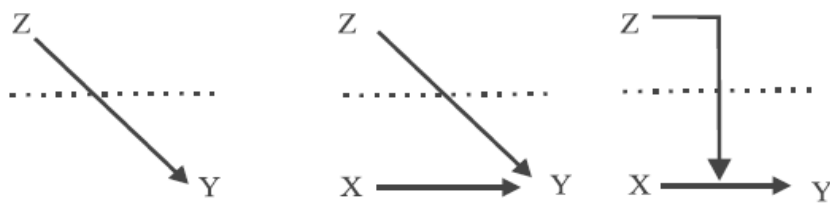
⁷⁴ So ist z.B. der Saldo von Befürwortern und Gegnern der europäischen Integration zwischen 1990 und 2004 um 30 Prozentpunkte zurückgegangen, weshalb gemeinhin von einem Ende des *permissive consensus* und dem *post-Maastricht blues* gesprochen wird.

⁷⁵ Unter Euroskeptizismus wird nach Hooghe/Marks (2007: 120) der negative Pol in den möglichen – eindimensional verstandenen – Einstellungen zur europäischen Integration sowie den Politiken, den Institutionen und den Prinzipien der EU verstanden. Diejenigen EU-Bürger, die all diese Einstellungsobjekte im Vergleich zu ihren Mitmenschen am negativsten bewerten, können als „harte“ Euroskeptiker bezeichnet werden. Im Vergleich dazu sind „weiche“ Euroskeptiker solche, die beispielsweise nur einzelne EU-Policies ablehnen (Fuchs et al. 2009: 21).

4.2 Context Matters – Die Rolle von Länderfaktoren

Politische Einstellungen von Bürgern werden nicht nur durch ihre individuellen Merkmale geprägt, sondern auch durch die soziale Umgebung, in der sie leben und die als „Kontext“ bezeichnet werden kann. Kontexteinflüsse können einerseits durch Werte und Normen eines Kollektivs entstehen, andererseits auch durch das Netzwerk an sozialen Beziehungen. Die „Eingebundenheit des Individuums in kontextgebundene soziale Interaktionen“ (Braun et al. 2010: 3) ergibt sich allerdings nicht allein durch persönliche Interaktionen, sondern auch durch Beobachtungen, zum Beispiel auch der medialen Berichterstattung. Kontexteffekte wirken nicht unbedingt direkt auf die Einstellungen von Menschen, sondern können die Wirkung einer individuellen Variable verstärken oder abschwächen. Solch ein Kontexteffekt, bei dem ein Kontextfaktor (Z) die Wirkung eines Individualfaktors (X) auf eine andere Individualvariable (Y) beeinflusst, wird in der Mehrebenenanalyse „Cross-Level-Interaktion“ genannt (Abb. 6, rechts). In diesem Kapitel werden sowohl direkte Kontexteffekte als auch Interaktionseffekte diskutiert.

Abbildung 6: Verschiedene Arten von Kontexteinflüssen im Zweiebenenmodell



Quelle: Langer 2010.

In den vergangenen Jahren hat sich die Durchführung von Kontextanalysen nicht zuletzt auch durch die fortschreitende Entwicklung von gängigen Statistikprogrammen immer weiter verbreitet. So konnte in der EU-Unterstützungsforschung zum Beispiel empirisch nachgewiesen werden, dass die Dauer der EU-Mitgliedschaft eines Landes einen Einfluss auf die Einstellung zur EU ausübt. Das theoretische Argument dahinter ist, dass die Vertrautheit mit einem politischen System zunimmt, je länger man diesem angehört, und sich die Vertrautheit letztlich in Unterstützung umsetzt (Braun et al. 2010: 6). Dieses Beispiel zeigt schon, dass auch unabhängige Variablen auf Kontextebene danach verlangen, ihren Effekt auf die individuelle abhängige Variable theoretisch zu begründen.⁷⁶

Man kann davon ausgehen, dass für die Bürger in Europa ihre Nationalstaaten nach wie vor die wichtigste Referenzkategorie darstellen – sowohl bezüglich relevanter gesellschaftlicher Werte und Normen als auch für ihre sozialen Interaktionen. Dies erscheint

⁷⁶ Die Begründung sollte am besten in Form einer Makro-Mikro-Erklärung erfolgen. Gerade durch solch eine theoretische Fundierung beugt man am ehesten ökologischen Fehlschlüssen vor, die bei der Analyse von Kontextfaktoren immer passieren können.

besonders bei solchen Einstellungsobjekten relevant, die auf supranationaler bzw. europäischer Ebene angesiedelt sind. Daher stellt der Nationalstaat auch für diese Arbeit den entscheidenden Kontext dar.⁷⁷ Im Folgenden werden zwei unterschiedliche Ländermerkmale diskutiert: der wirtschaftliche Wohlstand sowie die Existenz türkischer Migranten im jeweiligen Land. Für die Relevanz beider Faktoren sprechen erste Hinweise aus der bisherigen empirischen Forschung. Außerdem erscheint es sinnvoll, ein ökonomisches Ländermerkmal auf der einen und ein eher kulturelles Merkmal auf der anderen Seite zu untersuchen, um die Breite möglicher Kontexteinflüsse zumindest ansatzweise abzudecken. Außerdem folgt die Konzentration auf diese zwei Merkmale der schon bekannten, zweigeteilten Struktur individueller Erklärungsmodelle.

4.2.1 Ökonomischer Wohlstand

Inwiefern die Wirtschaftskraft eines Landes politische Einstellungen beeinflusst ist umstritten. Bezüglich der Einstellungen zur Europäischen Integration und zur EU-Erweiterung sind die empirischen Ergebnisse widersprüchlich. Aus einem theoretischen Blickwinkel erscheint dies allerdings verständlich, da gesamtwirtschaftlicher Erfolg einerseits zwar politische Unterstützung generiert, aber andererseits zu höheren Transferzahlungen an ärmere EU-Länder führt (Braun et al. 2010: 6). Diese zu erwarteten EU-Abgaben könnten auch im Falle der Türkei in reicheren EU-Mitgliedsstaaten zu einer höheren Ablehnung des Beitritts führen. Dixon (2010: 131) beschreibt den Zusammenhang wie folgt: „Support for enlargement should thus be lower in more economically developed countries because they are net contributors to these funds and subsidies“. Allerdings wären auch ärmere Länder, die bisher Nettoempfänger waren, von einem türkischen Beitritt ökonomisch betroffen, da sie um den künftigen Umfang ihrer EU-Mittel fürchten könnten. In wirtschaftsstarken Staaten könnten die Menschen dagegen den Vorteil der türkischen EU-Mitgliedschaft darin sehen, einen neuen Exportmarkt für einheimische Produkte zu erschließen. Ein eindeutiger Einfluss lässt sich somit zumindest in der Theorie nicht finden.

Tatsächlich sind auch die bisherigen empirischen Ergebnisse zum Einfluss wirtschaftlicher Indikatoren auf die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei ambivalent. Dixon (2010) findet signifikante Einflüsse des Bruttoinlandsproduktes auf die Einstellung zu mehreren Kandidatenländern, allerdings nicht für die Türkei. Gerhards/Hans (2011) hingegen stellen fest, dass Bürger aus EU-Nettogeberländern eine türkische Mitgliedschaft eher ablehnen als Menschen aus Nettoempfängerländern. Zudem führe auch eine hohe Arbeitslosenquote zur Ablehnung. Beides lässt also auf einen Zusammenhang zwischen ökonomischer

⁷⁷ Nebenbei vereinen Nationalstaaten auch weitgehend die von Steenbergen/Jones (2002: 18) aufgestellte, dreigeteilte Typologie von räumlichen, sozialen und politischen Kontexten.

Performanz und individueller Einstellung schließen. Da die vorliegenden Ergebnisse demnach umstritten sind, werden zwei gegenläufige Hypothesen formuliert:

(H9.A) *Je wohlhabender ein Land ist, desto eher lehnen dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei ab.*

(H9.Z) *Je wohlhabender ein Land ist, desto eher befürworten dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei.*

Gerade die ambivalenten empirischen Ergebnisse könnten auf das Vorliegen von versteckten Cross-Level-Interaktionseffekten hindeuten. So spekulieren Doyle/Fidrmuc (2006), dass der Einfluss materieller Sorgen und Bedrohungsgefühle auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei in wohlhabenderen Ländern ausgeprägter sein könnte, da in diesen ein größerer ökonomischer Wettbewerb herrscht. Dass aus reicheren Ländern stammende Menschen, die um die gesellschaftlichen materiellen Ressourcen fürchten, durchaus eine noch ablehnendere Haltung zum EU-Beitritt der Türkei haben als Bürger ärmerer EU-Länder, ist durchaus vorstellbar, da sie wohl mehr zu verlieren glauben. Daher wird folgende Hypothese formuliert:

(H9.i1) *Je größer die Wirtschaftskraft eines Landes ist, desto stärker ist der Effekt materieller gesellschaftlicher Interessen auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.*

Ökonomisch starke Mitgliedsstaaten der Europäischen Union könnten im Falle des Beitritts der Türkei angesichts der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die die freie Wahl des Arbeitsplatzes in allen Mitgliedsländern der EU ermöglicht, damit rechnen, stärker von Zuwanderung durch türkische Arbeitnehmer berührt zu werden als EU-Staaten mit geringerer Wirtschaftsleistung. Selbstverständlich könnte die Freizügigkeit türkischer Bürger im Rahmen von Übergangsregelungen eingeschränkt werden, doch ändert dies nichts an der Tatsache, dass Bürger in wohlhabenderen EU-Ländern die Einstellungsobjekte Zuwanderung und EU-Beitritt der Türkei stärker miteinander verknüpfen könnten als in wirtschaftsschwachen Staaten. Aus diesen Ausführungen kann geschlussfolgert werden:

(H9.i2) *Je größer die Wirtschaftskraft eines Landes ist, desto stärker ist der Effekt der Einstellungen zu Immigranten auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.*

4.2.2 Türkische Migranten

Ein zweiter viel versprechender Kontexteinfluss scheint von der Anwesenheit türkischer Migranten in einer Gesellschaft auszugehen. Dies sollte allein deshalb der Fall sein, weil viele Menschen ihr Bild von der Türkei auf Grundlage türkischer Menschen in ihrem Umfeld konstruieren. Die Möglichkeit, überhaupt Erfahrungen aus erster Hand mit Türken zu machen, ist somit prägend für die Einstellungen zur Türkei und deren Beitritt. Auch

Sears/Funk (1991: 10) behaupten: „direct personal experience with an attitude object has unusually powerful effects on attitudes and judgements toward it“. Diese These basiert auf dem empirisch bestätigten Argument, dass direkte Erfahrungen mit einem Einstellungsobjekt mehr Informationen über das Objekt liefern und zu größerer Salienz und damit Zugänglichkeit der Einstellung zu diesem Objekt führen (siehe dazu u.a. Fazio/Zanna 1981, Nisbett/Ross 1980).⁷⁸

Die Wirkungskanäle, durch die ein hoher Anteil an türkischen Migranten in einem EU-Land einen Einfluss auf die Einstellung der Bürger zum EU-Beitritt der Türkei haben können, erscheinen vielfältig. Zum einen bilden die Bürger sich durch den direkten Kontakt mit Türken ein genaueres Bild über den Grad kultureller Andersartigkeit. Unabhängig davon, ob ihnen die türkische Kultur infolgedessen fremdartiger erscheint oder nicht, können diesen Erfahrungen die Einstellung zum EU-Beitritt der türkischen Republik beeinflussen, vor allem wenn diese auf Basis kultureller Überlegungen gebildet wird. Zum anderen wird durch den Kontakt und den Grad empfundener Andersartigkeit auch das natürlich vorhandene Out-Group-Framing verstärkt oder abgeschwächt.

Überdies hinaus hat der direkte Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe Einfluss auf die Vorurteile gegenüber der Gruppe. In welche Richtung dieser Effekt geht, ist jedoch schwierig zu bestimmen. Allport (1954) beschreibt in seiner viel beachteten „Kontakthypothese“, auch bekannt als *intergroup contact theory*, dass Vorurteile gegenüber Fremdgruppen durch persönliche Kontakte zu deren Mitgliedern reduziert werden können. Allerdings müssen dazu bestimmte Bedingungen erfüllt sein, unter anderem sollte der Kontakt kooperativ sein und auf einer gleichberechtigten Beziehung basieren. Pettigrew (1998) fügt hinzu, dass es eine Art „Freundschaftspotential“ zwischen den in Kontakt tretenden Personen beider Gruppen geben sollte. Rothbart/John (1985) belegen überdies, dass Mitglieder einer Minderheitengruppe nicht als stereotyp für ihre kulturelle Gruppe angesehen werden sollten. Werden die genannten Bedingungen allerdings verletzt, kann dies durchaus auch zu einer Verschärfung der Vorurteile kommen.

Ob Vorurteile gegenüber Türken, Muslimen oder Immigranten allgemein durch die Anwesenheit türkischer Immigranten reduziert werden können, hängt demnach sehr von der Art des Kontaktes zwischen den Bürgern eines Landes und den türkischen Migranten ab. Potentiell kann die Migration durchaus als eine Quelle von Sympathie und Empathie gesehen werden. So fanden Savelkoul et al. (2011) in einer niederländischen Studie heraus, dass Menschen mit muslimischen Arbeitskollegen weniger islamophob sind als Menschen

⁷⁸ Einschränkung muss jedoch gesagt werden, dass bis heute nicht endgültig geklärt ist, ob direkte persönliche Erfahrungen tatsächlich einen größeren Einfluss haben als indirekte, z.B. über Medien (Sears/Funk 1991: 11).

ohne Kontakt zu Muslimen. Falls der Kontakt der Bürger eines Landes zu ihren türkischen Mitbürgern aber bestimmte Bedingungen nicht erfüllt oder sogar kaum zu Stande kommt, könnte sich die Anwesenheit türkischer Migranten auch negativ auf die Einstellung zu Türken allgemein auswirken. McLaren (2007: 254) resümiert, dass viele empirische Studien genau solche Ergebnisse aufweisen: "In fact, most analyses of the relationship between high concentrations of immigrants or minorities and hostility to those groups indicate that the former is usually associated with hostility rather than with positive feelings or behaviours." (siehe dazu u.a. Quillian 1995).

Da die genaue Kontaktsituation zwischen den EU-Bürgern und türkischen Migranten hier nicht festgestellt werden kann, sollen zwei gegenläufige Hypothesen formuliert werden:

(H10.A) *Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto eher lehnen dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei ab.*

(H10.Z) *Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto eher befürworten dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei.*

Eine weitere, noch nicht angesprochene Ursache-Wirkungsbeziehung zwischen der Anwesenheit türkischer Migranten und der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei geht von der realistischen Erwartung aus, dass die im Zuge des Beitritts zu erwartende türkische Immigration genau in die Länder geht, in denen bereits vermehrt Türken leben. Dies würde deshalb bei Bürgern mit negativen Gefühlen gegenüber Immigranten zu einer besonders starken Ablehnung des türkischen Beitritts führen, da sie diesen sofort mit dem Zuzug neuer türkischer Immigranten verknüpfen. Andersherum könnte dies natürlich auch für Menschen mit positiven Einstellungen zu Immigranten gelten. Daher wird folgende Interaktionshypothese konstruiert:

(H10.i2) *Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto stärker ist der Effekt der Einstellungen zu Immigranten auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.*

Auch Bürger, die um die materiellen Ressourcen ihrer Gesellschaft besorgt sind, dürften durch die zu erwartende Immigration in Ländern mit hohem Anteil türkischer Migranten einen EU-Beitritt der Türkei kritisch beäugen. McLaren (2007: 254) beschreibt dies wie folgt: „High levels of Turkish migration have created a climate of perceived threat to in-groups resources [...] that manifests itself partly as opposition to Turkey’s candidacy for EU membership“. In ihrer empirischen Studie konnte McLaren (2007) den Interaktionseffekt zwischen dem Anteil türkischer Migranten in den EU-Ländern und der individuellen Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei tatsächlich nachweisen. Somit wird folgende Hypothese formuliert:

(H10.i1) *Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto stärker ist der Effekt materieller gesellschaftlicher Interessen auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.*

4.3 Zusammenfassung in ein Gesamtmodell und Hypothesenübersicht

In diesem Kapitel wird das Schritt für Schritt konstruierte theoretische Erklärungsmodell dieser Arbeit noch einmal kurz und überblicksartig zusammengefasst. Ausgangspunkt war zunächst ein zweigeteiltes Individualerklärungsmodell. Hierzu wurde sich der Konzeption von David Sears bedient, der zur Erklärung von Policy-Einstellungen zwei weit gefasste Erklärungsansätze gegenüberstellt: Rationale Eigeninteressen und symbolische Prädispositionen. Um die beiden Konzepte schärfer zu trennen und ihren jeweiligen Wirkungsmechanismus zu verdeutlichen, wurden ihnen explizit unterschiedliche sozialpsychologische Theorien zur Bildung von Einstellungen unterstellt. Eigeninteressen wirken auf die Einstellung zum türkischen EU-Beitritt der Türkei durch einen kognitiven Prozess, in dem auf rationale, egoistische Weise die Kosten und Nutzen des Beitritts und seiner Folgen abgewogen werden. Symbolische Prädispositionen hingegen rufen affektive Reaktionen hervor, wenn Menschen mit bestimmten politischen Symbolen konfrontiert werden.

Im nächsten Schritt wurden beiden Erklärungsansätzen jeweils vier Erklärungsfaktoren zugeordnet, deren Relevanz erstens theoretisch begründet wurde und sich zweitens auch durch Erkenntnisse der bisherigen empirischen Forschung ergab (siehe Abb. 7). Aufgrund der ziemlich eindeutigen Erkenntnisse der empirischen Forschung zu den Determinanten politischer Einstellungen von David Sears bis hin zu den aktuellen türkeispezifischen Studien (siehe Kapitel 3), wird hier zusätzlich folgende allgemeine Hypothese aufgestellt:

(H11) *Die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei wird durch die Erklärungsfaktoren des symbolic politics-Ansatz besser erklärt als durch die Erklärungsfaktoren des utilitaristischen Modells.*

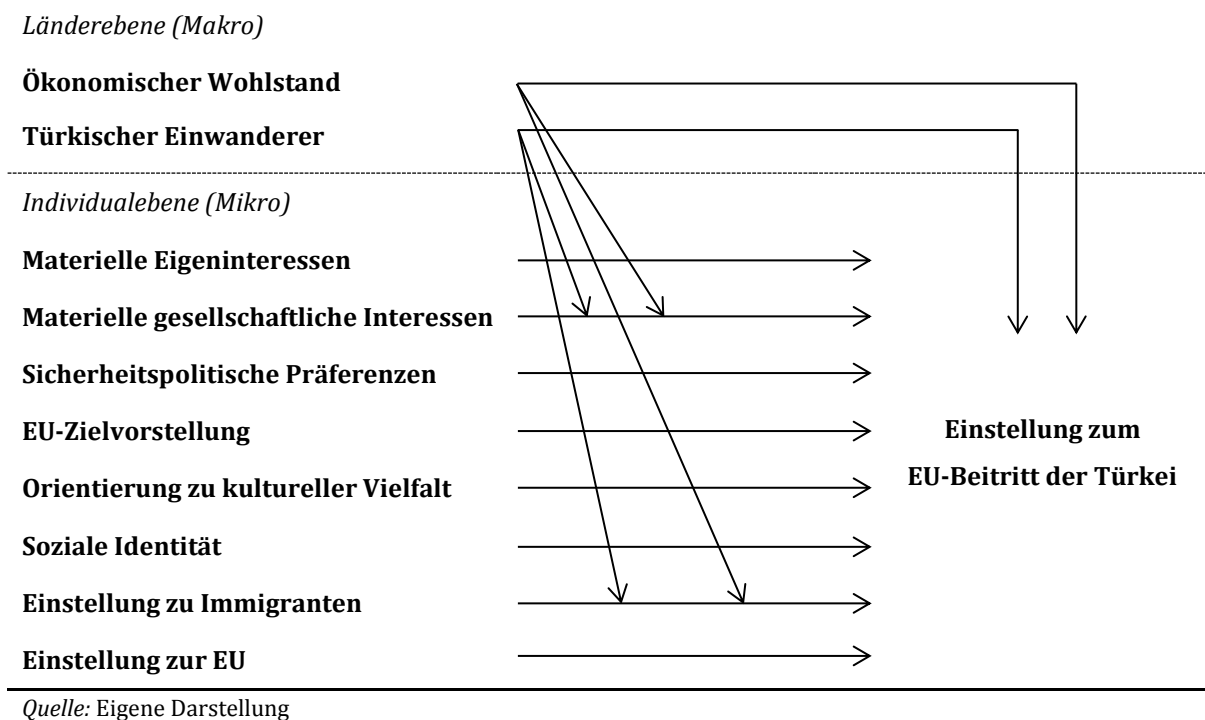
Abbildung 7: Individualerklärungsmodell der Arbeit

Erklärungsansatz	Psychologischer Wirkungsmechanismus	Erklärungsfaktoren	Zu erklärendes Phänomen
Self-interest	<i>Kognitiver Prozess einer rationalen, egoistischen Kosten-Nutzen-Abwägung</i>	Materielle Eigeninteressen	→
		Materielle gesellschaftl. Interessen	→
		Sicherheitspolitische Präferenzen	→
		EU-Zielvorstellung	→
Symbolic politics	<i>Affektive Reaktion durch zuvor erlernte Prädispositionen und kognitive Konsistenzhaltung</i>	Einstellung zu kultureller Vielfalt	→
		Soziale Identität	→
		Einstellung zu Immigranten	→
		Einstellung zur EU	→

Quelle: Eigene Darstellung

In einem weiteren Schritt wurden zwei Erklärungsvariablen integriert, die auf der Kontextebene angesiedelt sind und deren Einfluss sich somit durch die soziale Umgebung der EU-Bürger erklärt: die Wirtschaftskraft eines Landes und die Anwesenheit türkischer Migranten. Für beide Kontextfaktoren wurden allerdings nicht nur direkte Einflüsse auf die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei diskutiert, sondern auch deren Moderation durch individuelle Erklärungsvariablen. Jedem der beiden Ländermerkmale wurden zwei Cross-Level-Interaktionen unterstellt. Das vollständige Erklärungsmodell dieser Arbeit wird in Abb. 8 grafisch dargestellt.

Abbildung 8: Das vollständige Individual- und Kontexterklärungsmodell der Arbeit



Für alle Erklärungsfaktoren – gleich welcher Ebene – wurden empirisch überprüfbare Hypothesen über ihre Wirkung auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei aufgestellt. Diese werden in den Abbildungen 9 (direkten Einflüsse) und 10 (Interaktionseffekte) zusammengefasst. Hierbei wurde noch eine wichtige Unterscheidung bezüglich der abhängigen Variable getroffen, indem zwischen Ablehnung und Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei differenziert wird (siehe dazu Kapitel 1.3). Die durch die These von De Vreese et al. (2012) aufgeworfene Forschungsfrage, ob Ablehnung und Zustimmung unterschiedliche Bestimmungsfaktoren haben, wird durch eine dazu passende Hypothese ergänzt:

(H12) *Die Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei wird eher durch utilitaristische Faktoren erklärt, die Ablehnung eher durch symbolische Prädispositionen.*

Dass sich die Hypothesen H11 und H12 in gewissem Maße widersprechen, wird hier nicht als Problem aufgefasst, sondern als interessanten Anreiz für die empirische Überprüfung. Im folgenden Kapitel 5 werden die hier formulierten Hypothesen empirisch überprüft und damit auch die zentralen Forschungsfragen der Arbeit beantwortet.

Abbildung 9: Übersicht über die Hypothesen zu allen Individual- und Kontextfaktoren

Erklärungs- ansatz	Erklärungs- faktor	Hypo- these	AV: Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei	AV: Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei
Self- interest	Materielle Eigen- interessen	H1	Wenn die persönliche ökonomische Lage als schlecht eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher abgelehnt.	Wenn die persönliche ökonomische Lage als gut eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher befürwortet.
	Materielle gesellschaftl. Interessen	H2	Wenn die gesellschaftliche ökonomische Lage als schlecht eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher abgelehnt.	Wenn die gesellschaftliche ökonomische Lage als gut eingeschätzt wird, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft eher befürwortet.
	Sicherheits- politik	H3	Wenn interne Sicherheitsrisiken als relevant empfunden werden, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft abgelehnt.	Wenn externe sicherheitspolitische Interessen existieren, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft befürwortet.
	EU-Ziel- vorstellung	H4	Wenn das EU-Idealbild bzw. die EU-Zielvorstellung einer engen politischen Union vorherrscht, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft abgelehnt.	Wenn das EU-Idealbild bzw. die EU-Zielvorstellung eines global agierenden Akteurs vorherrscht, dann wird die türkische EU-Mitgliedschaft befürwortet.
Symbolic politics	Einstellung zu kultureller Vielfalt	H5	Wenn kulturelle Bedrohungsgefühle bzw. Verlustängste präsent sind, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher abgelehnt.	Wenn kulturelle Vielfalt positiv beurteilt wird, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher befürwortet.
	Soziale Identität	H6	Wenn eine starke und exklusive nationale Identität vorliegt, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher abgelehnt.	Wenn eine starke und inklusive übernationale Identität vorliegt, dann wird der EU-Beitritt der Türkei eher befürwortet.
	Einstellung zu Immig- ranten	H7	Wenn Menschen negative Einstellungen gegenüber Immigranten haben, dann werden sie den EU-Beitritt der Türkei eher ablehnen.	Wenn Menschen positive Einstellungen gegenüber Immigranten haben, dann werden sie den EU-Beitritt der Türkei eher befürworten.
	Einstellung zur EU	H8	Individuen mit einem negativen EU-Bild lehnen den EU-Beitritt der Türkei eher ab.	Individuen mit einem positiven EU-Bild befürworten eher den EU-Beitritt der Türkei.
Kontext	Ökonomi- scher Wohlstand	H9	Je wohlhabender ein Land ist, desto eher lehnen dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei ab.	Je wohlhabender ein Land ist, desto eher befürworten dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei.
	Türkische Migranten	H10	Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto eher lehnen dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei ab.	Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto eher befürworten dessen Bürger den EU-Beitritt der Türkei ab.

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 10: Übersicht über die Hypothesen zu den Cross-Level-Interaktionseffekten

	Wirtschaftskraft	Türkische Migranten
Materielle gesellschaftliche Interessen	(H9.i1) Je größer die Wirtschaftskraft eines Landes, desto stärker ist der Effekt materieller gesellsch. Interessen auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.	(H10.i1) Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto stärker ist der Effekt materieller gesellschaftlicher Interessen auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.
Einstellung zu Immigranten	(H9.i2) Je größer die Wirtschaftskraft eines Landes, desto stärker ist der Effekt der Einstellungen zu Immigranten auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.	(H10.i2) Je mehr türkische Migranten in einem Land leben, desto stärker ist der Effekt der Einstellungen zu Immigranten auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei.

Quelle: Eigene Darstellung

5 Empirische Analyse

In diesem Kapitel erfolgt die empirische Überprüfung der formulierten Hypothesen und damit letztlich die Beantwortung der Forschungsfragen durch die quantitativ-statistische Auswertung von europaweiten Meinungsumfragen. Durch eine ausreichend große und vollkommen zufällig gezogene Stichprobe werden letztlich repräsentative Aussagen über die Gesamtheit der EU-Bürger getroffen.

Um den Einfluss der theoretisch hergeleiteten Erklärungsfaktoren auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei exakt zu messen, werden Regressionsanalysen durchgeführt. Es sei allerdings gesagt, dass allein durch eine Regression keine Kausalität im engeren Sinne überprüft werden kann, sondern lediglich die Stärke eines Zusammenhangs. Eine Kausalbeziehung erfordert nämlich neben einem statistischen Zusammenhang, dass die Ursache der Wirkung zeitlich vorausgeht und dass der Einfluss von Drittvariablen eliminiert werden kann. Die hier verwendeten Daten sind jedoch Querschnittsdaten nach dem Ex-Post-Facto-Design, das heißt es gibt keine zeitlich getrennten Vorher-Nachher-Messungen, bei der echte Kausalität bewiesen werden könnte. Trotz dieser Einschränkungen können die gemessenen Effekte durch die umfängliche und schlüssige theoretische Fundierung sowie eine statistische Drittvariablenkontrolle als kausale Einflüsse verstanden werden.

Vor der eigentlichen Analyse werden zunächst die Datengrundlage und die Operationalisierung der Variablen geschildert. Danach erfolgt die empirische Überprüfung der Forschungshypothesen in zwei Teilen. Zuerst werden die Erwartungen auf individueller Ebene durch logistische binäre Regressionen getestet, bevor dann die Effekte der Kontextvariablen – sowohl die direkten Einflüsse als auch die Cross-Level-Interaktionen – mit Hilfe einer Mehrebenenanalyse geschätzt werden.

5.1 Datenbasis

Die Umfragedaten entstammen der von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Bevölkerungsumfrage „Eurobarometer“. Hierdurch werden schon seit 1973 in regelmäßigen Abständen die Einstellungen der Europäer zu zentralen politischen Fragen der EU erhoben. Die Ausführung der halbjährlich in allen EU-Mitgliedsstaaten und Kandidatenländern durchgeführten „Standard-Eurobarometer“-Umfragen übernimmt das global tätige Meinungsforschungsinstitut TNS. Pro Welle werden etwa 1.000 EU-Bürger ab 15 Jahren pro Mitgliedsstaat persönlich interviewt⁷⁹. Die Auswahl der Befragten erfolgt unter Verwendung eines mehrstufig geschichteten Samples vollständig zufällig im sogenannten „Random-Route-Verfahren“. Die Fragebögen und Items sind zwar nicht in jeder Umfrage

⁷⁹ In sehr kleinen Staaten werden nur rund 500 Befragungen durchgeführt.

identisch, allerdings werden die meisten Fragen wiederkehrend gestellt, um Veränderungen und Trends in den Einstellungen der Bürger feststellen zu können.

Der in dieser Analyse verwendete Standard-Eurobarometer-Datensatz trägt die Bezeichnung „EB 69“. Es ist die aktuellste, länderübergreifende Umfrage, die die Türkeifrage beinhaltet und- nach Kenntnis des Autors – gleichzeitig der einzige Survey, der die prinzipielle Einstellung zu diesem Thema abfragt. Die Befragungen wurden im Frühjahr 2008 durchgeführt und die Ergebnisse im November desselben Jahres veröffentlicht. Neben den 27 EU-Mitgliedsstaaten erfolgten die Umfragen auch in Kroatien, Mazedonien, der Türkei sowie im nördlichen Teil Zyperns. Insgesamt beinhaltet der Datensatz 30.170 Fälle. In die Analyse werden allerdings ausschließlich in der EU wohnhafte, volljährige und wahlberechtigte Bürger⁸⁰ der 27 EU-Mitgliedsstaaten eingeschlossen. Zudem werden 1.054 Merkmalsträger aufgrund eines inkonsistenten Antwortverhaltens bezüglich zweier im Fragebogen auftauchenden Fragen zum EU-Beitritt der Türkei von der Analyse ausgeschlossen (siehe Abb. 11), da ihr Einschluss wohlmöglich eine Verzerrung der Ergebnisse zur Folge hätte.⁸¹ Neben der Identifikation von Inkonsistenzen zeigt Abb. 11 durch die Gegenüberstellung von prinzipieller und aktueller Einstellung außerdem die Verteilung möglicher Einstellungstypen zum EU-Beitritt der Türkei, sowohl im Datensatz selbst als auch in der Grundgesamtheit.

Abbildung 11: Mögliche Einstellungstypen zum EU-Beitritt der Türkei und ihre Verteilung im EB 69-Datensatz sowie in der Grundgesamtheit

		Aktuelle Einstellung		
		Dafür	Weiß nicht	Dagegen
Prinzipielle Einstellung	Dafür	Prinzipielle Befürworter (n=7.812 / 29,5%)	Prinzipielle Befürworter (n=872 / 3,8%)	Prinzipielle Befürworter (n=3093 / 11,2%)
	Weiß nicht	Inkonsistente (n=202 / 0,7%)	Unentschlossene (n=1.954 / 7,5%)	Unentschlossene (n= 489 / 2,1%)
	Dagegen	Inkonsistente (n=250 / 0,8%)	Inkonsistente (n= 602 / 2,3%)	Prinzipielle Gegner (n=10.509 / 42,1%)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von EB 69-Daten.

Anmerkungen: Die Grundgesamtheit stellen alle volljährigen EU-Bürger dar (Stichprobengröße n=25.783). Die ganzen Zahlen beziehen sich lediglich auf die Stichprobe, die Prozentzahlen hingegen auf die Grundgesamtheit (auf EU-27 gewichtet).

⁸⁰ Europaweit tritt die juristische Volljährigkeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres ein. Auch bei der Europawahl 2009 betrug das Mindestalter für das aktive Wahlrecht in 26 von 27 Mitgliedsstaaten (Ausnahme Österreich) 18 Jahre. Daher werden alle unter 18-Jährige von der Analyse ausgeschlossen.

⁸¹ Inkonsistenz entsteht durch eine unerklärliche Antwortkombination auf die Fragen nach der aktuellen und prinzipiellen Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei. Eine variierende Beantwortung beider Fragen erscheint plausibel, da die Türkei aktuell noch nicht alle EU-Beitrittskriterien erfüllt. Konsistenz bedeutet somit, aktuell unentschlossen oder gegen den Beitritt zu sein, ihn prinzipiell aber zu befürworten. Ein inkonsistentes Antwortverhalten heißt, aktuell unentschlossen oder für den Beitritt zu sein, ihn prinzipiell aber abzulehnen. Für eine ausführlichere Beschreibung der abhängigen Variable siehe Kapitel 4.2.1.

Vom ursprünglichen Umfang des Datensatzes bleiben somit noch 24.729 auswertbare Fälle übrig. Für die folgenden Analysen wird der Datensatz zudem gewichtet. Das bedeutet, dass die Merkmalsträger aus bevölkerungsreichen EU-Staaten stärker in die Berechnungen eingehen als diejenigen aus bevölkerungsschwachen Ländern. Hierdurch wird das Stichprobenprofil der Untersuchung dem Profil der zugrundeliegenden Grundgesamtheit, nämlich der gesamten EU-Bevölkerung, angenähert.⁸² Schließlich soll hinzugefügt werden, dass der Datensatz aufgrund der zufälligen Auswahl der Befragten und der großen Fallzahl alle Voraussetzungen für die folgenden statistischen Analysen mitbringt.

5.2 Operationalisierung

Zunächst wird im Folgenden dargestellt, wie die Variablen – sowohl die abhängige als auch die unabhängigen – für die empirische Analyse operationalisiert werden, das heißt wie den realen Sachverhalten messbare Werte zugeordnet werden.⁸³

5.2.1 Die abhängige Variable

Die abhängige Variable bildet in der empirischen Analyse das zu erklärende Phänomen ab. Die Art ihrer Operationalisierung ist daher zentral für die gesamte Arbeit. Als Indikator für die Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft wird folgende Frage aus dem EB 69-Datensatz verwendet:

„Angenommen, die Türkei erfüllt alle Bedingungen, die von der Europäischen Union gestellt werden. Wären Sie dann voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Türkei der Europäischen Union beitrifft?“

Neben den vier angegebenen Antwortmöglichkeiten bestand für die Befragten auch die Möglichkeit, keine Position zu der Frage zu beziehen. Diese 2.443 Fälle wurden in Abbildung 11 als „Unentschlossene“ bezeichnet. Die oben genannte abhängige Variable wird für die folgenden Analysen nun viermal unterschiedlich kodiert (siehe Tab. 2). Für die beiden binären logistischen Regressionen muss jeweils eine dichotome Variable⁸⁴ gebildet werden. Obwohl diese Transformation durch die Reduzierung der Variablenausprägungen für einen gewissen Informationsverlust sorgt, kann sie guten Gewissens getätigt werden. Denn erstens handelt es sich letztendlich ohnehin um eine Dafür-oder-Dagegen-Entscheidung, bei der keine Abstufungen möglich sind. Und zweitens wird in dieser Arbeit ja gerade nach der Ablehnung und Befürwortung des türkischen EU-Beitritts gefragt.

⁸² In den Eurobarometer-Datensätzen sind entsprechende Gewichtungsfaktoren bereits implementiert. Für die vorliegende Arbeit wird der Gewichtungsfaktor „EU27“ verwendet.

⁸³ Für eine ausführlichere Darstellung der Variablen und ihrer Kodierung siehe Tabelle 16 (Anhang).

⁸⁴ „Dichotom“ (bzw. „binär“) werden nominale Variablen genannt, die nur zwei Zustände annehmen können. Sie werden typischerweise kodiert mit 0 und 1.

Die abhängige Variable der ersten logistischen Regression erfasst die Ablehnung des Beitritts und hat demnach den Wert 1 für die Antwortmöglichkeiten „eher dagegen“ und „voll und ganz dagegen“. Die restlichen Antworten bekommen den Wert 0. Die zweite logistische Regression analysiert die Zustimmung des Beitritts. Daher bekommt die entsprechende abhängige Variable den Wert 1 für die Antworten „voll und ganz dafür“ sowie „eher dafür“, während die restlichen Antwortmöglichkeiten mit 0 kodiert werden.

Die statistische Mehrebenenanalyse in ihrer einfachen, verbreiteten Form erfordert hingegen eine abhängige Variable auf Intervallskalenniveau (Langer 2010: 743).⁸⁵ Somit bleiben die Ausprägungen der ursprünglichen Fragen hier erhalten, lediglich die „weiß nicht“-Antworten werden von der Analyse ausgeschlossen. Die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei wird demnach auf einer vierstufigen Skala gemessen, die für das Zustimmungs- bzw. Ablehnungsmodell umgekehrt kodiert ist (siehe Tab. 2).

Tabelle 2: Übersicht über die Kodierungen der abhängigen Variablen

Antwortkategorien	Erste log. Regression: Ablehnung des Beitritts		Zweite log. Regression: Zustimmung zum Beitritt		Mehrebenenanalysen (Ablehnung/Zustimmung)	
	Kodierung	Häufigkeit	Kodierung	Häufigkeit	Kodierung	Häufigkeit
Voll & ganz dagegen	1	43,7%	0		3/0	23,5%
Eher dagegen	1		0	53,7%	2/1	20,3%
Weiß nicht	0		0		-	10,0%
Eher dafür	0	56,3%	1		1/2	34,4%
Voll & ganz dafür	0		1	46,3%	0/3	11,8%

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Datenbasis des EB 69

Anmerkungen: Die Werte sind gewichtete EU-27-Durchschnitte. Für die Mehrebenenanalysen sind beide Kodierungen angegeben (Zustimmungs-/Ablehnungsmodell). Die „weiß nicht“-Antworten (10% der Fälle) werden in die logistischen Regressionen ein-, von der linearen Mehrebenenanalyse allerdings ausgeschlossen.

5.2.2 Die unabhängigen Variablen

Im Folgenden wird ein Überblick über die Operationalisierung der unabhängigen Variablen gegeben.⁸⁶ Um die Erklärungsleistung der acht Einstellungsdeterminanten des Individualerklärungsmodells zu testen, werden zweimal acht Dummy-Variablen gebildet. Der Grund für diese extensive Konstruktion von dichotomen Erklärvariablen liegt vor allem in der Kodierung der Primärdaten, die kein metrisches – und oft noch nicht einmal ordinales – Skalenniveau zulassen. Zusätzlich werden zwei Variablen gebildet, die für geschlechts- und altersspezifische Einflüsse kontrollieren sollen. Zuletzt werden Kontextvariablen spe-

⁸⁵ Diese Form wird unter anderem deshalb gewählt, weil die Berechnung des Modells wesentlich praktikabler ist als die für dichotome Variablen. Außerdem wird hierdurch die Interpretation der Ergebnisse erleichtert. Schließlich kann die zusätzliche Art der Kodierung in der Mehrebenenanalyse als willkommene Gelegenheit betrachtet werden, die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse zu testen.

⁸⁶ Detailliertere Informationen wie etwa der genaue Wortlaut der Eurobarometerfragen, die Quellen aller Variablen sowie deren Häufigkeitsverteilungen befinden sich im Anhang der Arbeit.

zifiziert, die in den Mehrebenenanalysen die Ländereffekte modellieren. Eine Übersicht über alle verwendeten unabhängigen Variablen sowie ihre Mittelwerte gibt Tabelle 3.

Ökonomische Interessen wurden in der Vergangenheit oft durch objektive, soziodemographische Merkmale abgebildet. Solche Variablen sind laut Sears/Funk (1991: 19f.) allerdings keine adäquaten Indikatoren von individuellem Eigeninteresse, da sie kaum Rückschlüsse auf die Wahrnehmung, die Einstellungen und das Verhalten von Menschen zulassen. Individuelle Einschätzungen seien dagegen weitaus besser geeignet, persönliche Interessen darzustellen. Mehrere Vorgängerstudien (De Vreese et al. 2008, Azrout et al. 2011) sind einer ähnlichen Logik gefolgt und haben rein subjektive Indikatoren verwendet.

In der Abwesenheit von Indikatoren, die die vermuteten persönlichen oder gesellschaftlichen Folgen des EU-Beitritts der Türkei genau abbilden können, erscheint die Einschätzung der zukünftigen ökonomischen Lage als ein sinnvoller Indikator für materielle Interessen. Eigeninteressen werden daher über die Frage nach der finanziellen Situation des eigenen Haushalts in den nächsten zwölf Monaten operationalisiert. Der jeweilige Dummy (*Positive/Negative Einschätzung der persönlichen finanziellen Zukunft*) nimmt den Wert 1 an, falls eine Verbesserung (Zustimmung) bzw. eine Verschlechterung (Ablehnung) der Situation erwartet wird. Gesellschaftliche materielle Interessen werden dagegen über die Erwartungen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Lage des eigenen Landes sowie über die Situation auf dem Arbeitsmarkt erfasst. Wird beides optimistisch („besser“) bzw. pessimistisch („schlechter“) beurteilt, nimmt der jeweilige Dummy (*Positive/Negative Zukunftseinschätzung der ökonomischen Situation des eigenen Landes*) den Wert 1 an.

Die sicherheitspolitisch relevanten Präferenzen werden auf zwei verschiedene Weisen gemessen. Der Dummy *Interne Sicherheitsprobleme relevant* nimmt den Wert 1 an, wenn zumindest eines der beiden Themen „Kriminalität“ oder „Terrorismus“ als wichtigstes Problem im eigenen Land genannt wird und wenn die EU gleichzeitig mit „nicht genug Kontrollen an den Grenzen der EU“ assoziiert wird. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Sicherheitsbedenken tatsächlich mit Immigration verknüpft sind. Der zweite Dummy *Externe Sicherheitsinteressen vorhanden* nimmt den Wert 1 an, wenn Verteidigungs- und Außenpolitik als wichtigstes Problem des eigenen Landes genannt wird und wenn die EU mit Frieden assoziiert wird. Diese Verbindung unterstellt, dass die außen- und sicherheitspolitischen Interessen in erster Linie friedensstiftend gemeint sind.

Die Präferenz über die zukünftige Ausgestaltung der EU, kurz EU-Zielvorstellung genannt, wird über zwei verschiedene dichotome Variablen operationalisiert. Für den ersten Dummy *EU-Zielvorstellung als ever closer union*, der das Interesse an einer möglichst weitgehenden politischen Vertiefung erfasst, wird zunächst ein Index konstruiert, der die Integrationsbereitschaft von 20 unterschiedlichen Politikfeldern beinhaltet. Wer auf diesem

Index mehr als 15 von 20 möglichen Punkten erzielt und damit ausdrückt, die überwiegende Mehrheit aller Politikfelder vergemeinschaften zu wollen, bekommt den Wert 1 zugeordnet. Der zweite Dummy *EU-Zielvorstellung als global player* nimmt den Wert 1 an, wenn die EU mit „mehr Mitsprache in der Welt“ assoziiert wird und gleichzeitig „die Rolle der EU auf dem internationalen Parkett“ als wichtigstes Wahlkampfthema für die nächsten Europawahlen genannt wird. Dies ist allerdings keine Dopplung, sondern dient zur Identifikation von solchen Bürgern, denen der globale Einfluss der EU sehr wichtig ist.

Die Einstellungen zu kultureller Vielfalt werden über die beiden dichotomen Indikatorvariablen *kulturelle Bedrohungsgefühle* und *kulturelle Toleranz* gemessen. *Kulturelle Bedrohungsgefühle* liegen dann vor, wenn die Europäische Union mit dem „Verlust unserer kulturellen Identität“ assoziiert wird und gleichzeitig der Aussage „Globalisierung stellt eine Bedrohung der [NATIONALEN] Kultur dar.“ zugestimmt wird. Die Kombination beider Items soll sicherstellen, dass sich die Bedrohungsgefühle nicht nur auf einen der beiden genannten Prozesse – europäische Integration bzw. Globalisierung – bezieht. *Kulturelle Toleranz* hingegen liegt vor, wenn die Europäische Union mit „Kultureller Vielfalt“ assoziiert wird und gleichzeitig der Aussage „Globalisierung ermöglicht den Menschen, offener für andere Kulturen zu sein.“ zugestimmt wird. Auch hier erfolgt die Kombination beider Items aus den genannten Gründen.

Die soziale Identität der Befragten wird ebenfalls über zwei verschiedene Variablen erfasst. Eine *starke, exklusive nationale Identität* liegt dann vor, wenn sich die Befragten „voll und ganz“ mit ihrem Nationalstaat identifizieren, sich aber gleichzeitig „nicht wirklich“ oder „überhaupt nicht“ als Europäer fühlen. Die Kombination dieser zwei Items stellt sicher, dass die nationale Identität der Befragten einerseits stark ausgeprägt ist und andererseits übergeordnete Identifikationen ausschließt. Der zweite Dummy *starke, inklusive europäische Identität* nimmt den Wert 1 an, wenn jemand sich „voll und ganz“ als Europäer sowie „voll und ganz“ oder „in gewissem Maße“ als Weltbürger fühlt.

Die relevanten Einstellungen zu Fremdgruppen werden über die Reaktion zu der Aussage, „Einwanderer leisteten einen großen Beitrag“ für das jeweilige Land der Befragten, operationalisiert. Auch hier werden zwei dichotome Variablen gebildet. Eine *negative Einstellung gegenüber Immigranten* liegt vor, wenn der Aussage *überhaupt nicht* zugestimmt wird. Der Dummy *positive Einstellung gegenüber Immigranten* hingegen nimmt dann den Wert 1 an, wenn der Aussage „voll und ganz“ zugestimmt wird.

Die Einstellung zur EU, positiv wie negativ, wird jeweils über eine dichotome Variable erfasst. Der Dummy *negative Einstellung zur EU* nimmt den Wert 1 an, wenn die EU ein „ziemlich negatives“ oder „sehr negatives“ Bild beim Befragten hervorruft und gleichzeitig der EU „eher nicht vertraut“ wird. Eine *positive Einstellung zur EU* liegt hingegen dann vor,

wenn die EU beim Befragten ein „ziemlich positives“ oder „sehr positives“ Bild hervorruft und gleichzeitig „eher Vertrauen“ in die EU als Ganzes besteht.

Zusätzlich zu den individuellen Erklärungsfaktoren werden die Kontrollvariablen *Alter* und *Geschlecht* in den Regressionsanalysen verwendet.

Tabelle 3: Übersicht über die unabhängigen Variablen der empirischen Analyse

Erklärungsfaktor	Variablen	Mittelwert
Materielle Eigeninteressen	Negative Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage	0,258
	Positive Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage	0,217
Materielle gesellschaftliche Interessen	Negative Einschätzung der nationalen Wirtschaftslage	0,305
	Positive Einschätzung der nationalen Wirtschaftslage	0,101
Sicherheitspolitische Interessen	Interne Sicherheitsprobleme relevant	0,068
	Externe Sicherheitsinteressen vorhanden	0,273
EU-Zielvorstellung	EU-Zielvorstellung als ever closer union	0,223
	EU-Zielvorstellung als global player	0,056
Einstellung zu kultureller Vielfalt	Kulturelle Bedrohungsgefühle und Verlustängste	0,073
	Kulturelle Toleranz und Offenheit	0,162
Soziale Identität	Starke und exklusive nationale Identität	0,186
	Starke und inklusive europäische Identität	0,231
Einstellung zu Fremdgruppen	Negative Einstellung zu Immigranten	0,172
	Positive Einstellung zu Immigranten	0,113
Einstellung zur EU	Negative Einstellung zur EU	0,136
	Positive Einstellung zur EU	0,366
Kontrollvariablen	Geschlecht (Frauen)	0,519
	Alter	47,28
Kontextvariablen	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in KKS (2008)	97,74
	Anteil türkischer Staatsbürger an Gesamtbevölkerung	0,22%

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des EB69-Datensatzes.

Anmerkungen: Die Werte sind gewichtete EU-27-Durchschnitte. Die Mittelwerte der Dummy-Variablen beschreiben, wie viel Prozent der Befragten jeweils den Wert 1 annehmen. Die Mittelwerte der beiden Kontextvariablen sind reine EU-27-Länderdurchschnitte.

Um den systematischen Einfluss der Länderebene abzubilden, werden zwei unabhängige Kontextvariablen konstruiert.⁸⁷ Der wirtschaftliche Wohlstand eines Landes wird über sein *Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards* aus dem Umfragejahr 2008 erfasst. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Der Kaufkraftstandard (KKS) ist eine Kunstwährungseinheit,

⁸⁷ Die Datenquelle für beide Variablen ist die Homepage von Eurostat, auf der eine breite Palette von Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistiken veröffentlicht sind.

die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Das daraus resultierende BIP/Kopf in KKS wird relativ zum EU-27-Durchschnitt, der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt.

Tabelle 4: Daten für die Kontextvariablen

EU-Mitgliedsstaat	BIP/Kopf in KKS (2008)	Anteil türk. Staatsangehöriger
Belgien	116	0,37%
Bulgarien	44	0,01%
Dänemark	125	0,53%
Deutschland	116	2,24%
Estland	69	0,00%
Finnland	119	0,06%
Frankreich	107	0,35%
Griechenland	92	0,07%
Irland	133	0,01%
Italien	105	0,02%
Lettland	51	0,00%
Litauen	56	0,00%
Luxemburg	270	0,04%
Malta	76	0,05%
Niederlande	131	0,57%
Österreich	126	1,30%
Polen	52	0,00%
Portugal	79	0,00%
Rumänien	38	0,01%
Schweden	123	0,11%
Slowakei	63	0,00%
Slowenien	88	0,00%
Spanien	105	0,00%
Tschechien	80	0,01%
UK	120	0,06%
Ungarn	63	0,01%
Zypern	92	---
EU-Durchschnitt	97,74	0,22%

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von Eurostat-Daten.

Anmerkung: Die EU-Durchschnittswerte sind nicht gewichtet. Für Estland (2000), Irland (2009), Griechenland (2001), Frankreich (2005), Luxemburg (2001) und dem Vereinigten Königreich (2005) lagen keine Daten aus dem Jahr 2008 vor, aber zumindest aus anderen Jahren.

Um den kontextuellen Einfluss der türkischen Migranten in einem Land zu messen, wird der *Anteil türkischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung* eines Landes als Kontextvariable verwendet. Selbstverständlich werden dadurch nicht alle ethnischen Türken bzw. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in die Berechnung eingeschlossen. Daher können die Werte auch nicht die tatsächliche Größe der türkischstämmigen Bevölkerung in einem EU-Land darstellen, sondern dienen lediglich als Indikatoren. Außerdem

ist zu beachten, dass diese Daten nicht für jedes Jahr von allen EU-Mitgliedsländern vorliegen. Für sechs der 27 EU-Staaten wurden daher Werte aus dem nächstgelegenen Jahr verwendet, für die Republik Zypern lagen gar keine verlässlichen Zahlen vor. Für die Regressionsanalysen wird der prozentuale Anteilswert mit 100 multipliziert, um zu ganzen Zahlen zu gelangen. Interpretiert werden danach jedoch die Prozentwerte. Eine Übersicht über die Ausprägungen der beiden Kontextvariablen für alle EU-Mitgliedsländer gibt Tabelle 4.

5.3 Logistische Regression

Im Folgenden wird das Verfahren der logistischen Regressionsanalyse geschildert und deren Voraussetzungen überprüft, bevor dann die Ergebnisse zweier binär-logistischer Regressionen dargestellt werden. Daraus resultierend kann die Wahrscheinlichkeit geschätzt werden, mit der ein bestimmter Merkmalsträger zu den Befürwortern oder den Gegnern des türkischen EU-Beitritts gehört. Außerdem werden Aussagen darüber getroffen, wie sich diese Wahrscheinlichkeiten verändern, wenn sich die Werte der unabhängigen Variablen ändern.

5.3.1 Beschreibung des Verfahrens und Modellvoraussetzungen

Würde man für eine dichotome abhängige Variable eine lineare OLS Regression berechnen, käme es zu erheblichen Verletzungen von zentralen Modellannahmen, insbesondere bezüglich Homoskedastizität und Linearität (Best/Wolf 2010: 829). Zudem ist die funktionale Form der linearen Regression nicht geeignet, um die Auftrittswahrscheinlichkeit einer Merkmalsausprägung zu berechnen und darzustellen. Dagegen kann die logistische Regression, die nicht auf der Kleinst-Quadrat-Methode sondern auf einer sog. Maximum-Likelihood-Schätzung⁸⁸ beruht, dies durch zwei einfache Umformungen erreichen.⁸⁹ Die entscheidende Stärke der logistischen Regression ist danach, dass nicht jede Veränderung einer unabhängigen Variablen eine proportionale Veränderung der abhängigen Variablen bewirkt. Vielmehr sind die Veränderungen im Bereich sehr kleiner und sehr großer x -Werte nur sehr gering. Genau solch eine funktionale Form kann die Auftrittswahrscheinlichkeiten einer dichotomen abhängigen Variablen sinnvoll modellieren.

⁸⁸ Die Maximum-Likelihood-Schätzung ist „ein Verfahren, bei dem im Nachhinein bestimmt wird, wie ‚wahrscheinlich‘ das Auftreten einer bestimmten Stichprobe ist, unter der Bedingung, dass ein bestimmter Parameter vorliegt.“ (Fromm 2010: 112). Gesucht wird dabei diejenige Kombination von beta-Koeffizienten, welche die Likelihood-Funktion maximiert.

⁸⁹ Zuerst werden durch eine nicht-lineare Transformation Wahrscheinlichkeiten, d.h. Werte im Bereich von 0 bis 1, in sog. „Odds“ umgewandelt. Odds sind die Quotienten aus den Wahrscheinlichkeiten geteilt durch ihre Gegenwahrscheinlichkeiten und haben einen Wertebereich von 0 bis unendlich. Um die feste Untergrenze von 0 zu beseitigen, werden die Odds in einem zweiten Schritt logarithmiert und damit in sogenannte „Logits“ umgewandelt.

Der Nachteil der logistischen Regression ist, dass die berechneten Koeffizienten durch die nicht-lineare Transformation inhaltlich nicht mehr interpretierbar sind. Lediglich die Richtung des Zusammenhangs und die Signifikanz der Koeffizienten können direkt aus den Regressionsergebnissen erkannt werden. Best/Wolf (2010) empfehlen daher die Berechnung von vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für bestimmte Merkmalsausprägungen. Von der Umformung in sogenannte Odds Ratios (Wahrscheinlichkeitsverhältnisse) raten die Autoren aufgrund der häufigen Fehlinterpretationen ausdrücklich ab.

Während für lineare OLS Regressionen mehrere Modellvoraussetzungen geprüft werden müssen, sind für logistische Regressionen kaum Verteilungsannahmen erforderlich. Die Stichprobe sollte mindestens 100 Beobachtungen beinhalten, da sonst keine aussagekräftigen Ergebnisse zustande kommen (Fromm 2010: 108f.). Außerdem müssen beide Ausprägungen der Y-Variablen in ausreichender Fallzahl vorliegen, eine Daumenregel spricht von mindestens 10% aller Fälle (Mayerl/Urban 2010: 26). Beide Voraussetzungen sind in den vorliegenden Daten gegeben.

Wichtig ist überdies hinaus, dass keine übermäßig starken linearen Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen bestehen. Mit anderen Worten: Es sollte keine Multikollinearität zwischen den Prädiktoren vorliegen, da dies zu verzerrten Schätzungen und erhöhten Standardfehlern führen könnte. Ein Blick auf die Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen räumt diese Sorgen aber beiseite: Lediglich die beiden Schätzer für die ökonomischen Interessen korrelieren in gewissem, aber noch vertretbarem Maße.⁹⁰ Alles in allem lassen sich also keine Hinweise auf Multikollinearität erkennen.⁹¹

5.3.2 Ergebnisse

Die binären logistischen Regressionen werden für die abhängigen Variablen „Ablehnung“ und „Zustimmung“ in jeweils drei Ausführungen gerechnet: Zuerst werden nur die utilitaristischen Erklärungsfaktoren eingeschlossen (Modell 1), danach nur die Variablen des *symbolic politics*-Ansatzes (Modell 2). Dies ermöglicht unter anderem einen Vergleich der Anpassungsgüte verschiedener Regressionsmodelle. Zuletzt werden alle unabhängigen Variablen einschließlich der Kontrollvariablen in die Analyse integriert (Modell 3). Für alle

⁹⁰ Die Korrelationswerte liegen für diese beiden Variablen bei -0,337 (Ablehnung) bzw. -0,356 (Zustimmung). Dass die Zusammenhänge negativ sind, erscheint recht überraschend, zeigt allerdings, dass die Befragten eindeutig zwischen persönlicher und gesellschaftlicher ökonomischer Lage unterscheiden.

⁹¹ Keine weitere Korrelation überschreitet einen Wert von +/- 0,2 (die beiden Korrelationsmatrizen für alle unabhängigen Variablen befinden sich als Tabellen 13 und 14 im Anhang). Auch die Standardfehler der Regressionen sind nicht auffällig hoch. Schließlich liegen die Varianzinflationsfaktoren, die vorsichtshalber für lineare Regressionen mit denselben Variablen berechnet wurden, nahe bei 1 und damit fast im Idealzustand.

Modelle werden robuste Standardfehler berechnet, die die spezifische Cluster-Struktur des Datensatzes berücksichtigt.⁹²

Tabelle 5: Ergebnisse der binären logistischen Regression zur Erklärung der Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
	Rational Self-Interest	Symbolic Politics	Gesamt- modell
Negative Einschätzung der pers. finanziellen Lage	0,217** (0,076)		0,113 (0,071)
Negative Einschätzung der nat. wirtschaftlichen Lage	0,319** (0,102)		0,173* (0,075)
Interne Sicherheitsprobleme relevant	0,349*** (0,068)		0,145* (0,058)
EU-Zielvorstellung als <i>ever closer union</i>	-0,383*** (0,081)		-0,232*** (0,053)
Kulturelle Bedrohungsgefühle		0,445*** (0,097)	0,394*** (0,104)
Exklusive nationale Identität		0,362*** (0,101)	0,313** (0,108)
Negative Einstellung gegenüber Immigranten		0,914*** (0,110)	0,894*** (0,111)
Negative Einstellung gegenüber EU		0,941*** (0,095)	0,852*** (0,103)
Alter			0,006** (0,002)
Geschlecht/Frauen			-0,123 (0,096)
Konstante	-0,347 (0,199)	-0,633** (0,199)	-0,869*** (0,113)
McFaddens Pseudo-R ²	0,014	0,057	0,064
Cox/Snells Pseudo-R ²	0,018	0,075	0,083
Nagelkerkes Pseudo-R ²	0,025	0,101	0,111
N	24.729	24.729	24.729

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von EB 69-Datensatz.

Anmerkungen: Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten; in Klammern robuste Standardfehler, die die Cluster-Struktur (Länder) im Sample berücksichtigen; Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

⁹² Diese Methode ist zwar methodisch nicht so sauber wie eine echte Mehrebenenanalyse, in der Praxis aber vor allem dort weit verbreitet, wo keine Kontexteffekte geschätzt werden müssen (Hans 2006: 9).

Tabelle 6: Ergebnisse der binären logistischen Regression zur Erklärung der Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
	Rational Self-Interest	Symbolic Politics	Gesamt- modell
Positive Einschätzung der pers. finanziellen Lage	0,354*** (0,045)		0,112** (0,041)
Positive Einschätzung der nat. wirtschaftlicher Lage	0,099 (0,114)		-0,045 (0,093)
Externe Sicherheitsinteressen vorhanden	0,315*** (0,068)		0,149* (0,084)
EU-Zielvorstellung als <i>global player</i>	0,648*** (0,155)		0,355* (0,155)
Kulturelle Toleranz		0,481*** (0,081)	0,415*** (0,084)
Starke, inklusive europäische Identität		0,476*** (0,063)	0,460*** (0,073)
Positive Einstellung gegenüber Immigranten		0,663*** (0,056)	0,622*** (0,055)
Positive Einstellung gegenüber EU		0,730*** (0,079)	0,662*** (0,083)
Alter			-0,012*** (0,001)
Frauen			-0,057 (0,061)
Konstante	-0,359** (0,124)	-0,680*** (0,132)	-0,112 (0,077)
McFaddens Pseudo-R ²	0,013	0,055	0,066
Cox/Snells Pseudo-R ²	0,017	0,073	0,086
Nagelkerkes Pseudo-R ²	0,023	0,098	0,115
N	24.729	24.729	24.729

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von EB 69-Datensatz.

Anmerkungen: Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten; in Klammern robuste Standardfehler, die die Cluster-Struktur (Länder) im Sample berücksichtigen; Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

Im Ergebnis bestätigt sich in beiden logistischen Regressionen die überwiegende Mehrheit der vermuteten Zusammenhänge. Für die abhängige Variable „Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei“ erweisen sich vor allem die vier Prädispositionen des *symbolic politics*-Ansatzes als besonders signifikant und erklärungskräftig (siehe Tab. 5). Gerade negative Gefühle gegenüber Immigranten sowie der EU scheinen übermäßig stark zur Ablehnung

einer türkischen EU-Mitgliedschaft beizutragen. Die Erklärungsfaktoren des utilitaristischen Modells hingegen sind – zumindest im Gesamtmodell – teilweise nicht signifikant (materielle Eigeninteressen) oder weisen eher geringe Erklärungsleistungen auf (materielle gesellschaftliche Interessen, sicherheitspolitische Präferenzen). Der Koeffizient der EU-Zielvorstellung ist zwar signifikant, besitzt allerdings das falsche – nämlich ein negatives – Vorzeichen und widerspricht damit der Theorie.

Die Ergebnisse der binären logistischen Regression für die abhängige Variable „Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei“ ähneln denen der ersten Regression (siehe Tab. 6). Auch hier erweisen sich fast alle Vermutungen als zutreffend. Die unabhängigen Variablen des *symbolic politics*-Modells sind sehr signifikant und erscheinen auch hier erklärungskräftiger als die utilitaristischen Erklärungsfaktoren. Wiederum sind es besonders die Einstellungen gegenüber Immigranten und der EU, die die größten Effektstärken aufweisen. Ökonomische Interessen sind – im Gegensatz zur ersten Regression – nur in Gestalt von strikten materiellen Eigeninteressen signifikant. Der stärkste, interessenbasierte Erklärungsfaktor ist die Präferenz über die zukünftige Entwicklung der EU.

Leider existiert bei logistischen Regressionen kein einfaches Maß der erklärten Varianz wie das R^2 in OLS-Regressionen, um die Anpassungsgüte der Modelle zu bestimmen. Es gibt zwar mehrere Pseudo- R^2 -Koeffizienten, die auf der Log-Likelihood der Modelle basieren. Allerdings hat sich bisher kein verbindliches Standardmaß herauskristallisiert, weil alle Maße bestimmte Probleme aufweisen (Best/Wolf 2010: 844). McFaddens und Cox/Snells Pseudo- R^2 können zum Beispiel nie den Wert 1 erreichen, Nagelkerkes Pseudo- R^2 neigt dagegen zur Überschätzung der Modellgüte. Außerdem werden alle Gütekriterien größer, je mehr Variablen eingeschlossen werden, berücksichtigen also nicht die Sparsamkeit eines Modells. Trotzdem sind die drei erwähnten am weitesten verbreitet.⁹³

Beim Vergleich der Maßzahlen für die verschiedenen Modelle der beiden Regressionen fällt auf, dass jeweils erst durch den Einschluss der *symbolic politics*-Variablen eine entscheidende Verbesserung der Anpassungsgüte erreicht wird. Interessanterweise ähneln sich die Modellfits der Regressionen für die beiden abhängigen Variablen. Insgesamt ist die Anpassungsgüte zwar nicht besonders hoch, gerade wenn man bedenkt, dass die Gütemaße sich auf einer Skala von 0 bis (fast) 1 bewegen. Schendera (2008: 167) merkt allerdings an, dass dies für logistische Regressionen nicht außergewöhnlich ist und dass ein Modell mit schwachen Gütemaßen aufgrund deren Berechnung trotzdem über eine „ausgezeichnete prädikative Effizienz verfügen kann“.

⁹³ So ist McFaddens Pseudo- R^2 zum Beispiel das Standardmaß von STATA, während Nagelkerkes Pseudo- R^2 den SPSS-Standard darstellt.

5.3.3 Interpretation der Koeffizienten

Auch wenn die meisten Koeffizienten in die vermutete Richtung gehen und sehr signifikant sind, so lassen sich kaum Aussagen über ihre Effektstärken treffen. Im Folgenden werden die Koeffizienten der beiden Gesamtmodelle daher in Wahrscheinlichkeiten und Wahrscheinlichkeitsveränderungen ausgedrückt, womit ihre Interpretation wesentlich erleichtert wird. Außerdem kann so die Struktur der Einstellungsdeterminanten zwischen Ablehnung und Zustimmung einfacher verglichen werden.

Um diese Auftrittswahrscheinlichkeiten der abhängigen Variablen zu berechnen, werden zuerst fünf intuitiv nachvollziehbare „Idealbürger“ mit bestimmten Merkmalskonstellationen für die beiden abhängigen Variablen gebildet (siehe Abb.12).⁹⁴ Beim ersten Idealtyp ist keiner der spezifizierten Erklärungsfaktoren vorhanden, das heißt alle unabhängigen Variablen werden auf 0 gesetzt. Dieser Fall sollte die minimale Auftrittswahrscheinlichkeit für die abhängigen Variablen darstellen. Interessanterweise liegt diese immer noch bei 33,5% (Ablehnung) bzw. 32,1% (Zustimmung).⁹⁵ Der zweite Idealtyp ist der „Utilitarist“, bei dem zwar eigennützige Interessen existieren, jedoch keine Prädispositionen des *symbolic politics*-Ansatzes. Die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung (43,6%) bzw. der Zustimmung (46,2%) wird durch den Einschluss der Eigeninteressen merklich erhöht, liegt aber einerseits immer noch unter 50% und ist andererseits kaum höher als die Auftrittswahrscheinlichkeiten des dritten Idealtyp („Durchschnittsbürger“: 44,2% bzw. 45,9%), bei dem alle relevanten Merkmalsausprägungen ihr arithmetisches Mittel annehmen.⁹⁶

Eine enorme Erhöhung der Auftrittswahrscheinlichkeiten entsteht erst durch das Vorhandensein der prädispositionellen Erklärungsfaktoren. Selbst unter Abwesenheit der utilitaristischen Faktoren („Prädisponiert“) liegen die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung des Beitritts bei 85,4% und die der Zustimmung bei 80,4%. Die starke Bedeutung der symbolischen Prädispositionen wird zusätzlich dadurch untermauert, dass die Auftrittswahrscheinlichkeiten der „Prädisponierten“ nahe an denen des fünften Idealtyps liegen. Dieser ergibt sich aus dem Vorhandensein aller relevanten Erklärungsfaktoren – das heißt alle unabhängigen Variablen werden auf 1 gesetzt – und zeigt somit die maximal möglichen Ablehnungs- bzw. Zustimmungswahrscheinlichkeiten der Regressionsmodelle. Das Ergeb-

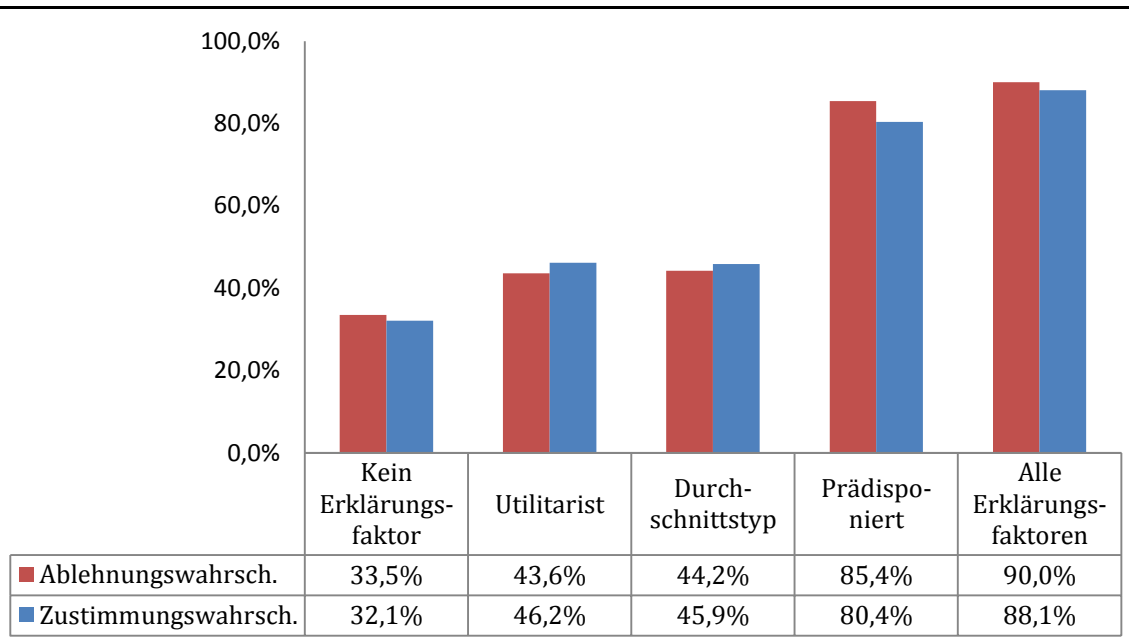
⁹⁴ Mit der Konstruktion von Idealtypen mit bestimmten Merkmalskonstellationen wird auch einem Vorschlag von Long/Freese (2006: 160f.) gefolgt.

⁹⁵ Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass doch nicht alle Variablen, die das Auftreten der abhängigen Variable begünstigen, in das Modell eingeschlossen wurden. Ansonsten ist es kaum erklärbar, dass z.B. die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung bei 33,5% liegt, obwohl alle aufgenommenen unabhängigen Variablen dagegen sprechen.

⁹⁶ Es wird hier bewusst außer Acht gelassen, dass die Verwendung von arithmetischen Mittelwerten für Dummy-Variablen etwas abwegig erscheint. Die Verwendung von Modi hätte nämlich zur Folge, dass alle Variablen den Wert 0 annehmen würden (alle Mittelwerte liegen folglich unter 0,5). Der Durchschnittstyp ist somit eine reine Referenzkategorie, kein real existierender Bürger. Für die arithmetischen Mittelwerte aller unabhängigen Variablen siehe im Übrigen Tab. 3 (Kapitel 5.2.2).

nis ist sehr schlagkräftig: Sind alle Erklärungsfaktoren vorhanden, liegt die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung des türkischen EU-Beitritts bei 90,0% und die Wahrscheinlichkeit der Befürwortung des Beitritts bei 88,1%.

Abbildung 12: Wahrscheinlichkeiten der Ablehnung und der Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei für fünf verschiedene Idealtypen



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkungen: Kontrollvariablen sowie Koeffizienten, die ein widersprüchliches Vorzeichen aufwiesen, wurden durch die Verwendung ihres Mittelwerts konstant gehalten.

Die Ähnlichkeit der beiden Regressionsmodelle tritt durch die grafische Darstellung in Abb. 12 deutlich zu Tage. Es muss somit resümiert werden, dass die Determinantenstruktur bezüglich Ablehnung und Zustimmung keineswegs völlig verschieden, sondern ziemlich ähnlich sind. Allerdings können doch geringe Unterschiede entdeckt werden. So hat der Einschluss der utilitaristischen Erklärungsfaktoren einen größeren Einfluss auf die Zustimmungswahrscheinlichkeit (+14,1 Prozentpunkte) als auf die Ablehnungswahrscheinlichkeit (+10,1 Prozentpunkte). Der Einschluss der symbolischen Prädispositionen hingegen zeigt einen stärkeren Effekt für die Ablehnungswahrscheinlichkeit (+51,9 Prozentpunkte) als für die Zustimmungswahrscheinlichkeit (+48,3 Prozentpunkte). Die Vermutung, dass utilitaristische Motive eher zur Zustimmung führen, während identitätsbezogene Faktoren eher die Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei erklären, kann also zumindest in Ansätzen nachvollzogen werden.

In einem zweiten Schritt werden nun die Effekte der einzelnen unabhängigen Variablen in der Veränderung von Auftrittswahrscheinlichkeiten der abhängigen Variable ausgedrückt. Dadurch können die Effektstärken aller Erklärungsfaktoren unmittelbar und nachvollziehbar miteinander verglichen werden. Es wird im Folgenden von zwei Möglichkeiten

Gebrauch gemacht, den Effekt einer Veränderung der unabhängigen Variablen unter Konstanthaltung der jeweils anderen Variablen zu messen. Als Veränderung einer unabhängigen Variable wird ihr Ausprägungswechsel von 0 zu 1 verstanden, was den Unterschied zwischen Nicht-Auftreten und Auftreten eines Erklärungsfaktors darstellt.

Als erstes wird der Effekt jeder unabhängigen Variablen für verschiedene Merkmalskonstellationen berechnet, da sie durch die Nichtlinearität der Effekte vom Niveau der anderen unabhängigen Variablen abhängen und somit variieren können. Die Veränderung der Auftrittswahrscheinlichkeiten werden daher für drei unterschiedliche Situationen berechnet: erstens in Abwesenheit jeglicher weiterer Erklärungsfaktoren, zweitens für die Durchschnittswerte aller anderen unabhängigen Variablen und drittens für das Vorhandensein der weiteren Erklärungsvariablen. Bei Betrachtung der berechneten Veränderungen (siehe Tab. 7 und 8) wird deutlich, dass die Effekte tatsächlich variieren. Sie sind am stärksten, wenn die anderen Erklärungsvariablen ihre Durchschnittswerte annehmen und am schwächsten, wenn alle anderen Erklärungsfaktoren vorhanden sind.⁹⁷

Tabelle 7: Veränderungen der Ablehnungswahrscheinlichkeit für verschiedene unabhängige Variablen in drei Merkmalskonstellationen und durchschnittliche Marginaleffekte

Unabhängige Variablen	Veränderungen der Zustimmungswahrscheinlichkeit bei Veränderung der jeweiligen unabhängigen Variablen (0->1) im Falle...			Durchschnittliche Marginaleffekte
	...der Abwesenheit weiterer Erklärungsfaktoren	...von Durchschnittswerten für andere Erklärungsfaktoren	...des Vorhandenseins aller anderen Erklärungsfaktoren	
Negative Einschätzung der nat. wirtschaftlichen Lage	0,040	0,043	0,017	0,039
Interne Sicherheitsprobleme relevant	0,033	0,036	0,014	0,033
Kulturelle Bedrohungsgefühle	0,093	0,098	0,042	0,089
Exklusive nationale Identität	0,073	0,078	0,032	0,070
Negative Einstellung gegenüber Immigranten	0,217	0,220	0,114	0,201
Negative Einstellung zur EU	0,206	0,209	0,107	0,192

Quelle: Eigene Berechnung.

Anmerkung: Die unabhängigen Variablen „Negative Erwartung bzgl. persönlicher finanzieller Lage“ und „EU-Zielvorstellung als ever closer union“ werden aufgrund fehlender Signifikanz bzw. widersprüchlichem Vorzeichen außen vor gelassen.

⁹⁷ Dies korrespondiert zwar intuitiv sehr gut mit dem S-förmigen Verlauf einer logistischen Regression, kann aber grafisch nicht ohne weiteres so dargestellt werden.

Als zweites werden die durchschnittlichen Marginaleffekte der unabhängigen Variablen berechnet. Marginaleffekte sind die Steigungen von Regressionsgeraden an einem bestimmten Punkt. Da diese bei logistischen Regressionen nicht konstant sind und die Marginaleffekte vom Niveau der anderen unabhängigen Variablen abhängen, werden durchschnittliche Marginaleffekte berechnet. Diese stellen die Durchschnitte von allen Kovarianzmustern dar, die im Datensatz vorkommen (Kohler/Kreuter 2012: 345).⁹⁸

Tabelle 8: Veränderungen der Befürwortungswahrscheinlichkeit für verschiedene unabhängige Variablen in drei Merkmalskonstellationen und durchschnittliche Marginaleffekte

Unabhängige Variablen	Veränderungen der Zustimmungswahrscheinlichkeit bei Veränderung der jeweiligen unabhängigen Variablen (0-->1) im Falle...			Durchschnittliche Marginaleffekte
	...der Abwesenheit weiterer Erklärungsfaktoren	...von Durchschnittswerten für andere Erklärungsfaktoren	...des Vorhandenseins aller anderen Erklärungsfaktoren	
Positive Einschätzung der pers. finanziellen Lage	0,025	0,028	0,012	0,026
Externe Sicherheitsinteressen vorhanden	0,033	0,037	0,016	0,034
EU-Zielvorstellung als <i>global player</i>	0,077	0,084	0,040	0,076
Kulturelle Toleranz	0,096	0,103	0,051	0,094
Inklusive supranationale Identität	0,107	0,114	0,057	0,104
Positive Einstellung gegenüber Immigranten	0,147	0,154	0,082	0,141
Positive Einstellung zur EU	0,157	0,164	0,088	0,150

Quelle: Eigene Berechnung.

Anmerkungen: Die unabhängigen Variable „Positive Erwartung bzgl. nationaler wirtschaftlicher Lage“ wurde aufgrund fehlender Signifikanz außen vor gelassen.

Schaut man sich die durchschnittlichen Marginaleffekte stellvertretend für alle berechneten Wahrscheinlichkeitsveränderungen an, so ergibt sich eine klare Hierarchie der Effekte. Die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts steigt allein durch das Vorhandensein von negativen Einstellungen gegenüber Immigranten um 20,1 Prozentpunkte und gegenüber der EU um 19,2 Prozentpunkte an. Der drittstärkste Effekt ergibt sich durch kulturelle Bedrohungsgefühle (+8,9 Prozentpunkte), gefolgt von einer starken und exklusiven nationalen Identität (+7,0 Prozentpunkte). Negative Einschätzungen der

⁹⁸ Diese Vorgehensweise erscheint zwar auf den ersten Blick wie der Königsweg, ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, da nicht alle möglichen Merkmalsmuster gleich oft im Datensatz vorkommen.

zukünftigen wirtschaftlichen Situation des eigenen Landes lassen die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung durchschnittlich um 3,9 Prozentpunkte steigen, während die empfundene Relevanz von internen Sicherheitsproblemen dies nur um 3,3 Prozentpunkte tut.

Wie schon beschrieben, sieht das Bild für die Determinanten der Zustimmung ähnlich aus (siehe Tab. 8). Die Wahrscheinlichkeit, dass die EU-Bürger den Beitritt der Türkei befürworten, steigt beim Vorhandensein von positiven Einstellungen gegenüber der EU durchschnittlich um 15,0 Prozentpunkte und bei positiven Einstellungen gegenüber Immigranten um 14,1 Prozentpunkte. Eine inklusive supranationale soziale Identität steigert die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung im Durchschnitt um 10,4 Prozentpunkte, während es das Vorliegen von kultureller Toleranz um 9,4 Prozentpunkte tut. Der stärkste Effekt, der von den utilitaristischen Interessen ausgeht, ist der EU-Zielvorstellung als ein global agierender Akteur zuzuordnen (+7,6 Prozentpunkte). Das Vorhandensein externer Sicherheitsinteressen (+3,4 Prozentpunkte) sowie die positive Zukunftseinschätzung der eigenen finanziellen Situation (+2,6 Prozentpunkte) tragen noch im geringeren Maße zu einer Steigerung der Zustimmungswahrscheinlichkeit bei.

Im Übrigen wird auch durch die berechneten Wahrscheinlichkeitsveränderungen bestätigt, dass die Determinantenstrukturen im Falle von Ablehnung und Befürwortung durchaus vergleichbar sind. In beiden Modellen haben die Einstellungen gegenüber Immigranten und gegenüber der EU den größten Effekt, gefolgt von den beiden anderen symbolischen Prädispositionen. Die utilitaristischen Interessen weisen dagegen geringere Effekte auf, jedoch variieren die Determinanten der Ablehnung und der Zustimmung hier leicht. Die folgende Mehrebenenanalyse überprüft die hier dargestellten Ergebnisse nochmals mit Hilfe der etwas anders kodierten abhängigen Variablen (siehe Kap. 5.2.1). Der Fokus der Analyse liegt jedoch auf den Kontexteinflüssen.

5.4 Mehrebenenanalyse

Zur korrekten Untersuchung von Kontextfaktoren und ihren Effekten können keine gewöhnlichen Regressionen gerechnet werden, da die vorliegende Datenstruktur von hierarchischer⁹⁹ Natur ist. „Ganz allgemein ist unter hierarchischen Daten zu verstehen, dass die Elemente der unteren Ebene jeweils genau einem Element der höheren Ebene zugeordnet sind und dass die höhere Ebene sich ausschließlich aus Elementen der unteren Ebene zusammensetzt.“ (Braun et al. 2010: 16). Hier stehen lediglich zwei Ebenen im Fokus, wobei die EU-Bürger die untere Ebene (Individualebene) darstellen und die EU-Staaten, in denen die Bürger leben, die höhere Ebene (Länderebene).

⁹⁹ Manchmal werden auch die Begriffe „gepoolte“ oder „genestete“ Daten verwendet.

Doch warum stellen hierarchische Datenstrukturen überhaupt ein statistisches Problem dar? Die zentrale Problematik ist, dass die Standardfehler der Koeffizienten und damit letztlich die Signifikanz der Kontextvariablen ohne die Berücksichtigung der Ebenenstruktur falsch berechnet werden. Ursache hierfür ist, dass die Standardfehler sich umgekehrt proportional zur Stichprobengröße verhalten (bei großen Stichproben also sehr klein sind), die Kontextvariablen aber eben nicht über alle Befragten variieren, sondern nur über eine begrenzte Zahl von Kontexten (in dieser Arbeit über 27 Fälle). Die Folge sind zu niedrige Standardfehler und zu hohe Teststatistiken. Somit erscheinen die Unterschiede zwischen den Ländern in den berechneten Modellen auch dann signifikant, wenn sie es in Realität gar nicht sind.¹⁰⁰ Außerdem ist die Annahme unkorrelierter Residuen verletzt, weil sich Befragte aus dem gleichen Land ähnlicher sind als Befragte aus unterschiedlichen Ländern, die Beobachtungen und deren Fehlerterme also nicht unabhängig voneinander sind. Allerdings gibt es neben dem statistischen Problem auch ein inhaltliches, denn die Konstanten und Steigungskoeffizienten müssen in verschiedenen Ländern nicht zwangsläufig gleich sein. So entsteht durch die Berechnung einer einzigen Konstante und nur eines Steigungsparameters pro unabhängiger Variable also in letzter Konsequenz eine Fehlspezifikation des Modells.

Eine wirkliche Lösung für die oben genannten Probleme bieten nur Mehrebenenanalysen, auch „hierarchisch-lineare“ oder „gemischte Modelle“ genannt: „Die grundsätzliche Idee hierarchisch-linearer Modelle besteht darin, eine abhängige Variable auf der individuellen Ebene durch Effekte auf verschiedenen Ebenen – der individuellen wie auch höher gelagerter – zu erklären.“ (Hans 2006: 10) Aus diesem Grund wird die Mehrebenenanalyse auch „gemeinhin als der ‚Königsweg‘ für die Beantwortung einer solchen Fragestellung gehandelt, da sie im Vergleich zur herkömmlichen Regressionsanalyse die statistischen Voraussetzungen besitzt, Mikro- und Makrozusammenhänge in einem Schritt zu untersuchen.“ (Braun et al. 2010: 19). Daneben bietet sie den Vorteil, den Einfluss der einzelnen Ebenen explizit bestimmen zu können. Außerdem lassen sich Interaktionen zwischen Variablen verschiedener Ebenen, sogenannte Cross-Level-Effekte, ohne die Verletzung von Modellannahmen schätzen. Beides wird in der folgenden Analyse getan.

5.4.1 Voraussetzungen und Vorgehensweise

„Damit die Signifikanztests Gültigkeit besitzen und die Koeffizienten korrekt geschätzt werden, müssen Mehrebenenmodelle bestimmten Voraussetzungen entsprechen, auch wenn diese nicht so strikt sind wie bei der klassischen Regression.“ (Hans 2006: 37).

¹⁰⁰ Dieses fehlerhafte wissenschaftliche Vorgehen wird zuweilen auch „naive pooling“ genannt (Steenbergen/Jones 2002: 219).

So basiert die Mehrebenenanalyse auf der Annahme, dass die Residuen beider Ebenen normalverteilt und homoskedastisch sind. Die Residuen der zweiten Ebene sollten zwischen den Gruppen unkorreliert sein, innerhalb der Gruppen ist Korrelation natürlich gewünscht. Um diese Verteilungsannahmen zu testen, wird im Anschluss an die Durchführung der Mehrebenenanalyse eine Residualanalyse durchgeführt. Weiterhin geht die Mehrebenenanalyse davon aus, dass auf beiden Ebenen Zufallsstichproben vorliegen. Dies ist im Falle der EU-Mitgliedsländer offensichtlich nicht möglich, was in der Praxis häufig vernachlässigt wird (Braun et al. 2010: 20). Trotzdem werden die 27 Kontexteinheiten als Stichprobe aus einer theoretisch unbegrenzten Grundgesamtheit aus Ländern behandelt.

Dass oft nur wenige Einheiten auf der Kontextebene zu finden sind, ist in der Politikwissenschaft zwar ein weit verbreitetes, aber doch problematisches Phänomen. Die Mindestanzahl von Kontexten ist sehr umstritten und reicht von 10 bis 100 Fällen.¹⁰¹ Einigkeit herrscht zumindest bei den Feststellungen, dass die Fallzahl der Individualebene weniger relevant ist als die Fallzahl der Kontextebene und dass wenige Fälle vor allem dann vertretbar sind, wenn das Interesse des Modells eher auf dem fixen Teil als auf dem zufälligen Teil liegt (Braun et al. 2010: 21).

Weil in einem Mehrebenenmodell zwei Arten von Residuen geschätzt werden, kann es nicht mehr über herkömmliche OLS-Verfahren berechnet werden. Aus diesem Grund wird auch hier ein Maximum Likelihood Verfahren verwendet. Durch die geringe Fallzahl auf der Kontextebene wird auf das Restricted Maximum Likelihood (REML)-Schätzverfahren zurückgegriffen, welches nur die Varianzkomponenten zur Maximierung der Likelihood-Funktion heranzieht.¹⁰²

5.4.2 Varianzzerlegung im Random Intercept-Only-Modell

Zu Beginn einer modernen Mehrebenenanalyse wird üblicherweise ein sogenanntes Leeres Modell (*empty model*) bzw. Random Intercept-Only-Modell (RIO-Modell) aufgestellt. Dieses Modell ist „leer“, weil es noch keine erklärenden Variablen enthält. Allerdings beinhaltet es eine Konstante, die über die 27 Kontexte variiert (*random intercept*). Das Modell dient in erster Linie der Zerlegung der Gesamtvarianz der abhängigen Variable auf die beiden Ebenen. Insbesondere kann damit die Variation zwischen den EU-Ländern in Bezug auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei geschätzt werden. Durch das Feststellen von signifikanten Länderunterschieden kann darüber hinaus eine Aussage darüber getroffen werden, ob die Anwendung der Mehrebenenanalyse für die vorliegende Datenstruktur überhaupt sinnvoll ist. Zusätzlich zur Varianzdekomposition eignet sich das RIO-Modell

¹⁰¹ Snijders (2003: 676) meint dazu: „Sample sizes less than 10 should be regarded with suspicion.“

¹⁰² Im Gegensatz dazu bezieht das Full-Information-Maximum-Likelihood (FIML)-Verfahren neben den Schätzern für die Varianzkomponenten auch die Koeffizienten in die Likelihood-Funktion mit ein.

außerdem zum Modellvergleich, weil es als Referenzpunkt für die Beurteilung der nachfolgenden Modelle herangezogen werden kann. Im Idealfall reduziert sich dabei der Anteil der erklärbaren Varianz.

Die Ergebnisse des RIO-Modells werden in Tabelle 9 dargestellt. Die abhängige Variable im Ablehnungs- und Zustimmungsmodell ist bekanntlich dieselbe und wird nur unterschiedlich kodiert. Daher ergeben sich zwar unterschiedliche Werte für die Konstante¹⁰³, aber nicht für die Varianzkomponenten. Als erstes kann nun die Frage beantwortet werden, wie die Gesamtvarianz zwischen den beiden erklärenden Ebenen verteilt ist.¹⁰⁴ Der Anteil, der durch die Kontextebene erklärt werden kann, liegt bei 7,6%.¹⁰⁵ Komplementär dazu kann die Individualebene 92,4% der Gesamtvarianz erklären. Hinsichtlich der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei unterscheiden sich die Individuen innerhalb eines Landes also deutlich mehr als die Länder untereinander. Dieser Befund ist allerdings üblich in der Einstellungsforschung.

Tabelle 9: Random Intercept-Only-Modell

Fixe Effekte		
Konstante(n)	1,568*** (0,053)	(Ablehnungsmodell)
	1,432*** (0,053)	(Zustimmungsmodell)
Varianzkomponenten		
Ebene 1: Residualvarianz	0,917 (0,009)	
Ebene 2: Konstante	0,075 (0,021)	
Log-Likelihood	-30.711	
N	22.286	

Quelle: Eigene Berechnung.

Anmerkungen: Die Skala der abhängigen Variablen reicht jeweils von 0-3.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob die Mehrebenenanalyse bei solch einem geringen erklärbaren Varianzanteil überhaupt die „adäquate Modellierungsstrategie“ (Braun et al. 2010: 31) für die vorliegenden Daten darstellt. Eine Antwort kann durch einen Signifikanztest gegeben werden. Die Varianz der Länderebene wird dabei durch den Standard-

¹⁰³ Der Wert der Konstante kann als Mittelwert, d.h. als Erwartungswert für ein zufällig gezogenes Individuum, der abhängigen Variablen verstanden werden.

¹⁰⁴ Die gesamte Varianz ergibt sich durch Addition der Varianzen von Ebene 1 (0,917) und Ebene 2 (0,075). Sie beträgt somit 0,992. Die Varianzen beider Ebenen werden als Verhältnis zur Gesamtvarianz ausgedrückt (in %).

¹⁰⁵ Der Wert von 0,076 wird im Übrigen auch Intraklassenkorrelationskoeffizient genannt, weil er ein Maß für die Korrelation der Einheiten auf der Individualebene innerhalb einer Einheit der Kontextebene ist. Je größer dieser Koeffizient ist, desto heterogener sind die Länder. Ist die Korrelation nur sehr gering oder gleich Null, ist keine Variation zwischen den Ländern gegeben.

fehler der Schätzung geteilt. Der resultierende z-Wert (3,57) liegt weit im signifikanten Bereich.¹⁰⁶ Folglich gilt die festgestellte Ländervariation auch für die Grundgesamtheit. Die Aufnahme von Random Intercepts sowie von erklärenden Variablen auf der Kontextebene sollte demnach zur einer besseren Modellanpassung führen.

5.4.3 Ergebnisse der Random Intercept-Modelle

Schrittweise werden nun die unabhängigen Variablen in das Modell eingeschlossen. Zu allererst werden die Erklärungsgrößen individueller Unterschiede bzgl. der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei aufgenommen (Modell 1). Im Vergleich zur logistischen Regression wird in diesem Individualmodell allerdings den Länderunterschieden Rechnung getragen, indem die Konstante wie schon im RIO-Modell über die Kontexte variiert. Danach werden auch die beiden Kontextvariablen eingeschlossen, sodass erstmals ein Modell entsteht, das erklärende Variablen auf zwei verschiedenen Ebenen berücksichtigt (Modell 2). Erst jetzt werden in mehreren Schritten die vier Cross-Level-Interaktionen in das Modell integriert (Modelle 3 bis 5), um letztlich zu einem vollständigen Modell zu gelangen. Hinzuzufügen bleibt, dass alle Modelle letztlich davon ausgehen, dass sich die unabhängigen Variablen in allen Ländern gleich auswirken.¹⁰⁷ Eine Ausnahme davon stellen lediglich die Cross-Level-Interaktionseffekte dar.

Die Ergebnisse der fünf Random Intercept-Modelle werden in den Tabellen 10 und 11 aufgeführt – jeweils einmal für die Ablehnung und einmal für die Befürwortung der türkischen EU-Mitgliedschaft. Beim Blick auf die beiden Individualmodelle (A1, Z1) bestätigen sich die Ergebnisse der logistischen Regressionen weitgehend hinsichtlich ihrer Vorzeichen, Effektstärkenverhältnissen und Signifikanzen. Die Einstellungen zu Immigranten und zur EU erweisen sich in beiden Schätzungen als stärkste Prädiktoren und auch sonst bestätigen sich die aufgestellten Hypothesen.¹⁰⁸ Lediglich die materiellen Eigeninteressen führen nicht erneut zur Befürwortung des Beitritts, während es die Einschätzung der nationalen Wirtschaftslage dieses Mal tut – wenn auch nur leicht.

¹⁰⁶ Der kritische z-Wert für ein 95%-Signifikanzniveau liegt für einseitige Varianztests bei 1,64 (nicht bei 1,96).

¹⁰⁷ Durch Random Slope-Modelle wäre es zusätzlich möglich, auch die Steigung der unabhängigen Variablen auf Individualebene über die Kontexte variieren zu lassen. Dies sollte allerdings auf Basis von theoretischen Überlegungen geschehen. Aufgrund der komplexeren Berechnung solcher Modelle und ihrer schwierigeren Interpretation beschränkt sich diese Arbeit aber auf die Random Intercept-Modelle.

¹⁰⁸ Im Ablehnungsmodell wird die unabhängige Variable „EU-Zielvorstellung als *ever closer union*“ nicht erneut in die Analyse aufgenommen, nachdem sich in der logistischen Regression herausgestellt hatte, dass der Schätzer zwar hochsignifikant war, jedoch das falsche Vorzeichen aufwies.

Tabelle 10: Ergebnisse der Mehrebenenanalyse (Ablehnungsmodell)

	Modell A1	Modell A2	Modell A3	Modell A4	Modell A5
Fixe Effekte					
Negative Einschätzung der pers. finanziellen Lage	0,034* (0,016)	0,042** (0,016)	0,046** (0,016)	0,042** (0,016)	0,046** (0,016)
Negative Einschätzung der nat. wirtschaftlichen Lage	0,118*** (0,015)	0,119*** (0,015)	-0,028 (0,041)	0,109*** (0,017)	-0,027 (0,041)
Interne Sicherheitsprobleme relevant	0,177*** (0,026)	0,174*** (0,027)	0,168*** (0,027)	0,173*** (0,027)	0,168*** (0,027)
Kulturelle Bedrohungsgefühle	0,193*** (0,023)	0,195*** (0,024)	0,193*** (0,024)	0,195*** (0,024)	0,193*** (0,024)
Starke und exklusive nationale Identität	0,161*** (0,017)	0,163*** (0,017)	0,157*** (0,017)	0,163*** (0,017)	0,157*** (0,017)
Negative Einstellung zu Immigranten	0,359*** (0,016)	0,365*** (0,017)	-0,023 (0,044)	0,344*** (0,018)	-0,028 (0,045)
Negative Einstellung zur EU	0,412*** (0,020)	0,408*** (0,020)	0,397*** (0,020)	0,406*** (0,020)	0,397*** (0,020)
Alter	0,003*** (0,000)	0,003*** (0,000)	0,003*** (0,000)	0,003*** (0,000)	0,003*** (0,000)
Frauen	-0,007 (0,012)	-0,012 (0,012)	-0,014 (0,012)	-0,012 (0,012)	-0,014 (0,012)
BIP/Kopf in KKS		0,0020* (0,0009)	0,0009 (0,0009)	0,0020* (0,0009)	0,0009 (0,0009)
Anteil Türken an Gesamtbevölkerung		0,0020* (0,0008)	0,0020* (0,0008)	0,0018* (0,0009)	0,0020* (0,0008)
Neg. Einschätzung der nat. wirt. Lage x BIP			0,0014*** (0,0004)		0,0014*** (0,0004)
Neg. Einstellung zu Immigranten x BIP			0,0042**** (0,0004)		0,0043*** (0,0005)
Neg. Einschätzung der nat. wirt. Lage x Ant. Türken				0,0003 (0,0002)	0,0002 (0,0003)
Neg. Einstellung zu Immigranten x Türken				0,0006* (0,0003)	-0,0002 (0,0003)
Konstante	1,226*** (0,051)	0,969*** (0,099)	1,077*** (0,100)	0,976*** (0,099)	1,077*** (0,100)
Varianzkomponenten					
Ebene 1: Residualvarianz	0,840	0,831	0,827	0,830	0,827
Ebene 2: Konstante	0,061	0,042	0,042	0,042	0,041
Log-Likelihood	-29740	-28983	-28927	-28978	-28926
N	22286	21812	21812	21812	21812

Quelle: Eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001. Die unabhängige Variable „EU-Zielvorstellung als ever closer union“ wurde von der Analyse ausgeschlossen. Die Signifikanz des Gesamtmodells wurde jeweils mit sogenannten „Wald-Tests“ (ähnlich dem F-Test) überprüft. Die fünf dargestellten Mehrebenenmodelle sind sog. Random Intercept-Modelle, bei denen die Regressionskonstante über die Kontexte variiert. Separat durchgeführte Analysen mit Random Slope-Modellen führten zu ähnlichen Resultaten.

Tabelle 11: Ergebnisse der Mehrebenenanalyse (Zustimmungsmodell)

	Modell Z1	Modell Z2	Modell Z3	Modell Z4	Modell Z5
Fixe Effekte					
Positive Einschätzung der pers. finanz. Lage	0,006 (0,017)	0,010 (0,017)	0,011 (0,017)	0,009 (0,017)	0,010 (0,017)
Positive Einschätzung der nat. wirt. Lage	0,047* (0,023)	0,039 (0,023)	-0,136* (0,059)	0,041 (0,026)	-0,157** (0,060)
Externe Sicherheitsinteressen vorhanden	0,150*** (0,014)	0,150*** (0,014)	0,150*** (0,014)	0,149*** (0,014)	0,149*** (0,014)
EU-Zielvorstellung als global player	0,161*** (0,028)	0,166*** (0,028)	0,166*** (0,028)	0,167*** (0,028)	0,168*** (0,028)
Kulturelle Toleranz	0,166*** (0,017)	0,167*** (0,017)	0,165*** (0,017)	0,165*** (0,017)	0,164*** (0,017)
Inklusive supra-nationale Identität	0,120*** (0,015)	0,120*** (0,015)	0,119*** (0,015)	0,120*** (0,015)	0,119*** (0,015)
Positive Einstellung zu Immigranten	0,335*** (0,021)	0,331*** (0,021)	0,108 (0,056)	0,292*** (0,024)	0,101 (0,057)
Positive Einstellung zur EU	0,219*** (0,014)	0,219*** (0,014)	0,220*** (0,014)	0,219*** (0,014)	0,220*** (0,014)
Alter	-0,003*** (0,000)	-0,004*** (0,000)	-0,004*** (0,000)	-0,004*** (0,000)	-0,004*** (0,000)
Frauen	0,022 (0,013)	0,029* (0,013)	0,030* (0,013)	0,030* (0,013)	0,030* (0,013)
BIP/Kopf in KKS		-0,0023* (0,0009)	-0,0028** (0,0009)	-0,0023* (0,0009)	-0,0028** (0,0009)
Anteil Türken an Gesamtbevölkerung		-0,0021* (0,0008)	-0,0021* (0,0008)	-0,0022** (0,0008)	-0,0022* (0,0009)
Pos. Einschätzung der nat. wirt. Lage x BIP			0,0020** (0,0006)		0,0025*** (0,0007)
Positive Einstellung zu Immigranten x BIP			0,0021*** (0,0005)		0,0018*** (0,0005)
Pos. Einschätzung der nat. wirt. Lage x Ant. Türken				0,0000 (0,0003)	-0,0006 (0,0004)
Pos. Einstellung zu Immigranten x Türken				0,0013*** (0,0004)	0,0012** (0,0004)
Konstante	1,338*** (0,055)	1,636*** (0,099)	1,680*** (0,101)	1,638*** (0,100)	1,679*** (0,101)
Varianzkomponenten					
Ebene 1: Residualvarianz	0,864	0,852	0,851	0,852	0,851
Ebene 2: Konstante	0,066	0,041	0,042	0,042	0,042
Log-Likelihood	-30046	-29256	-29241	-29249	-29235
N	22286	21812	21812	21812	21812

Quelle: Eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001. Die Signifikanz des Gesamtmodells wurde jeweils mit sogenannten „Wald-Tests“ (ähnlich dem F-Test) überprüft. Die fünf dargestellten Mehrebenenmodelle sind sog. Random Intercept-Modelle, bei denen die Regressionskonstante über die Kontexte variiert. Separat durchgeführte Analysen mit Random Slope-Modellen führten allerdings auch hier zu sehr ähnlichen Resultaten.

Da die erklärenden Variablen dichotom kodiert sind, können ihre Steigungskoeffizienten interpretiert werden als Effekt auf die unabhängige Variable, den der jeweilige Dummy bei seiner Veränderung von 0 auf 1 ausübt. Eine negative Einstellung zur EU führt also beispielsweise zu einer um 0,412 Punkte (auf der vierstufigen Einstellungsskala) stärkeren Ablehnung des Beitritts im Vergleich zu einer nicht-negativen Einstellung. Eine positive Einstellung zur EU führt dagegen zu einem Anstieg der Zustimmung um 0,22 Punkte im Vergleich zu einer nicht-positiven Einstellung. Die Einstellung zur EU ist damit übrigens die einzige unabhängige Variable im Individualmodell, deren Effektstärken sich in den Fällen von Ablehnung und Befürwortung deutlich voneinander unterscheiden.

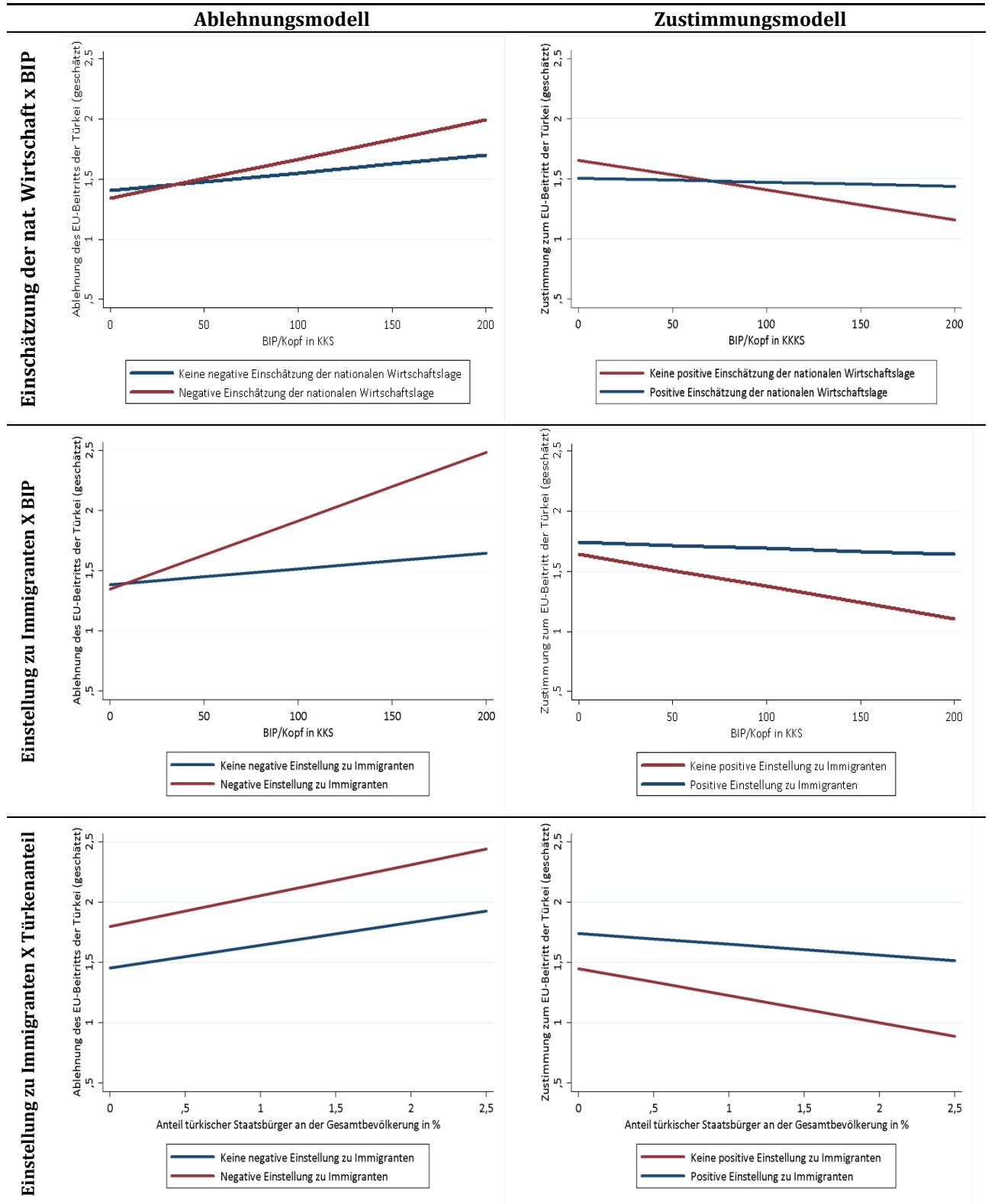
Die Aufnahme der Kontextvariablen führt jeweils zu signifikanten Ergebnissen ihrer Koeffizienten (Modelle A2 und Z2). Sowohl das BIP/Kopf als auch der Anteil türkischer Staatsangehöriger üben einen eigenständigen Einfluss auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei aus. So führt zum Beispiel ein Anstieg des Anteils türkischer Staatsbürger um 0,1 Prozentpunkte zu einem Anstieg der Ablehnung bzw. zur Verminderung der Befürwortung des Beitritts um etwa 0,02 Skalenpunkte. In etwa den gleichen Effekt hat ein Anstieg des BIP/Kopf in KKS um zehn Prozentpunkte relativ zum EU-Durchschnitt.

Bei Betrachtung der Modelle 3 bis 5 fällt auf, dass die Kontextvariablen jedoch nicht nur einen direkten Einfluss auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei ausüben, sondern auch indirekt in Kombination mit individuellen Merkmalen. Vor allem das Bruttoinlandsprodukt interagiert deutlich mit den Einschätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Lage und den Einstellungen gegenüber Immigranten, was an den durchweg positiven und signifikanten Interaktionskoeffizienten zu erkennen ist. Negative Einstellungen zu Immigranten üben bei größerem wirtschaftlichem Wohlstand einen starken Effekt auf die Ablehnung des türkischen EU-Beitritts. Die Interaktionseffekte mit dem Anteil türkischer Staatsangehöriger sind dagegen nur teilweise signifikant. Positive Einstellungen zu Immigranten haben in Ländern mit einem höheren Anteil türkischer Bürger einen deutlich positiven und signifikanten Effekt auf die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei.

Wichtig ist, dass die Koeffizienten der individuellen Variablen, die in Interaktionseffekte eingebunden sind, nicht mehr ohne weiteres zu interpretieren sind.¹⁰⁹ So nehmen zum Beispiel die Koeffizienten der Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Lage im vollständigen Modell jeweils das umgekehrte Vorzeichen an. Ihr Effekt ist damit allerdings keineswegs negativ, sondern wird durch die positiven Interaktionseffekte ausgeglichen bzw. ins Gegenteil verkehrt.

¹⁰⁹ In einem Modell mit Interaktionseffekten tragen die sie erzeugenden unabhängigen Variablen eine andere Bedeutung als ohne Interaktionsterm. Der Koeffizient einer unabhängigen Variablen ist dann der Wert auf der Regressionsgeraden für den Fall, dass die andere unabhängige Variable gleich 0 ist. Dies ist z.B. im Falle des BIP wenig sinnvoll, da 0 kein beobachteter (und nicht einmal theoretischer) Wert ist.

Abbildung 13: Cross-Level-Interaktionseffekte der Mehrebenenanalyse



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Anmerkungen: Die Skalen der Einstellung zum EU-Beitritt reichen zwar eigentlich von 0 bis 3. Hier werden allerdings nur die relevanten Skalenabschnitte dargestellt. Die nicht signifikante Interaktion zwischen Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage und Anteil türkischer Staatsbürger wird nicht dargestellt. Die Werte der anderen Variablen wurden an ihrem Mittelwert konstant gehalten.

Ein Blick auf die grafische Darstellung in Abbildung 13 vereinfacht die Interpretation der Cross-Level-Interaktionen. Hier ist deutlich zu erkennen, dass in den Ländern mit hohem BIP negative Erwartungen an die nationale Wirtschaft einen starken Einfluss auf die Einstellung zum türkischen EU-Beitritt hat, während der Effekt von positiven Erwartungen kaum von der Wirtschaftskraft eines Landes beeinflusst wird. Interessant ist außerdem, dass in sehr armen Ländern für Menschen mit positiven ökonomischen Einschätzungen eine geringere Unterstützung des türkischen Beitritts gesuches erwartet wird als für Menschen mit negativen Erwartungen.

Ähnlich präsentieren sich die Ergebnisse bezüglich der Interaktion von BIP und der Einstellung zu Immigranten, wenn auch noch stärker. Je höhere die Wirtschaftskraft eines Landes ist, desto eher führen negative Einstellungen gegenüber Immigranten zu einer Ablehnung der türkischen EU-Mitgliedschaft. Der Einfluss von positiven Einstellungen zu Immigranten wirkt sich dagegen unabhängig von der Wirtschaftskraft eines Landes aus.

Etwas anders liegen die Dinge hingegen bei der Interaktion zwischen dem Anteil türkischer Staatsangehöriger in einem Land und den Einstellungen gegenüber Immigranten. Hier wird deutlich, dass der Anteil türkischer Migranten zwar einen starken Einfluss ausübt, allerdings wirkt dieser eher direkt und unterscheidet sich in geringerem Maße zwischen Menschen mit positiver und negativer Einstellung zu Immigranten. Trotzdem führt ein hoher Prozentsatz türkischer Migranten in einer Gesellschaft bei einer negativen Einstellung gegenüber Immigranten zu einer leichten Verstärkung dieses Effektes. Eine letzte erstaunliche Erkenntnis: Eine positive Einstellung gegenüber Immigranten führt in Ländern mit hohem Anteil türkischer Staatsangehöriger (ca. 2,5%) zu in etwa der gleichen Einstellung zum Türkeibeitritt wie eine negative Einstellung zu Immigranten in Ländern ohne türkische Migranten (siehe Abb. 13).

5.4.4 Modellgüte und Regressionsdiagnostik

Durch einen bloßen Vergleich der erklärbaren Varianz aus dem RIO-Modell mit denen der verschiedenen RI-Modelle können schon erste Rückschlüsse auf die jeweilige Modellgüte gezogen werden. Die erklärbare Gesamtvarianz des vollständigen Modells mit Interaktionen beispielsweise liegt um 12,5% (Ablehnung) bzw. 10,0% (Zustimmung) niedriger als im RIO-Modell ohne erklärende Variablen. Der Anteil der Varianz, der auf Länderebene übrig bleibt, der also nicht durch die unabhängigen Variablen auf dieser Ebene erklärt werden kann, liegt nun sowohl für das Ablehnungs- als auch das Zustimmungmodell bei 4,7%. Im RIO-Modell waren es noch 7,6% gewesen. Dies bedeutet, dass die Mehrebenenanalyse dazu beigetragen hat, dass die Länderunterschiede proportional besser erklärt werden konnten als die Unterschiede zwischen den Befragten innerhalb eines Landes.

Doch es gibt noch präzisere Möglichkeiten, die Anpassungsgüte der Mehrebenenmodelle zu bestimmen. Für Mehrebenenanalysen existiert ebenfalls keine leicht verständliche Maßzahl wie das R^2 der linearen Regression. Zwar gibt es analog zum R^2 die Möglichkeit, den Anteil erklärter Varianz und damit die Modellgüte anzugeben.¹¹⁰ Jedoch sind solche Devianzstatistiken, die auf den Log-Likelihood-Werten des Modells basieren, nicht für REML-Regressionen geeignet.¹¹¹ Nichtsdestotrotz besteht die Möglichkeit, jeweils für die Individual- und die Kontextebene ein Bestimmtheitsmaß anzugeben und der Modellanpassung damit näherzukommen. Daher wird hier das für Zweiebenenmodelle entwickelte R^2 von Snijders/Bosker (1994) berechnet. Dieses basiert auf der Idee der proportionalen Fehlerreduktion und setzt die Fehlervarianz des Gesamtmodells, d.h. Residualvarianz und Varianz der Konstante, jeweils in Bezug zur Fehlervarianz des leeren Random Intercept-Only-Modells.¹¹² Für den Anteil der erklärten Varianz auf Ebene 2 berücksichtigt der Koeffizient von Snijders/Bosker, dass die länderspezifische Varianz auch von der Residualvarianz der Individuen innerhalb der Länder beeinflusst wird. Daher wird jedes Modell auch hier in Bezug zum RIO-Modell gesetzt, wobei die Residualvarianz zunächst durch die durchschnittliche Anzahl der Befragten pro Land geteilt wird.¹¹³

Tabelle 12: Modellgüte verschiedener Random Intercept-Modelle

	RIO-Modell (Leeres Modell)	RI-Modell 1 (Individualmodell)	RI-Modell 2 (Individual- und Kontextmodell)	RI-Modell 5 (Vollständ. Modell mit Interaktionen)
Ablehnungsmodell				
Var. Ebene 1: Individuen	0,917	0,840	0,831	0,827
Var. Ebene 2: Kontext	0,075	0,061	0,042	0,041
R^2_{SB} Ebene 1	---	9,2%	12,0%	12,5%
R^2_{SB} Ebene 2	---	18,5%	43,4%	44,9%
Zustimmungsmodell				
Var. Ebene 1: Individuen	0,917	0,864	0,852	0,851
Var. Ebene 2: Kontext	0,075	0,066	0,041	0,042
R^2_{SB} Ebene 1	---	6,3%	10,0%	10,0%
R^2_{SB} Ebene 2	---	11,9%	44,8%	43,5%

Quelle: Eigene Berechnung.

¹¹⁰ Als Beispiele seien hier die Pseudo- R^2 -Maße von McFadden und Maddala genannt.

¹¹¹ Bei REML-Schätzungen kann die Devianz nur für den zufälligen Teil berechnet werden, nicht aber für das Gesamtmodell inklusive des fixen Teils.

¹¹² Die Probleme des Snijders/Bosker- R^2 – seine schwierige Berechnung für Random Slope Modelle sowie die Tatsache, dass das Maß bei fehlspezifizierten Modellen theoretisch negative Werte annehmen kann – spielen hier eine untergeordnete Rolle und können deshalb vernachlässigt werden. Für eine detailliertere Diskussion des Snijders/Bosker-Determinationskoeffizienten siehe Langer 2009: 151f.

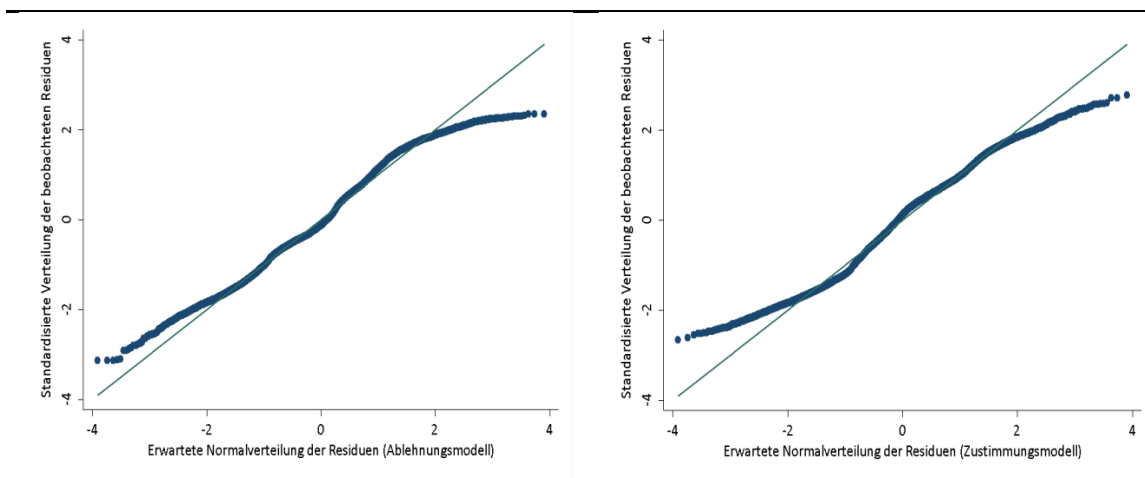
¹¹³ Es ist hieraus leicht ersichtlich, dass fast nur die Varianz der Konstante (Ebene 2) in die Berechnung eingeht, denn aufgrund des Dividierens der Residualvarianz durch die durchschnittliche Gruppengröße ($n=916$) wird der entsprechende Koeffizient sehr klein.

Nach der Snijders/Bosker-Methode erklären die Individual- und Kontextvariablen im vollständigen Modell mit Interaktionseffekten insgesamt 44,9% bzw. 43,5% der Varianz der Länderunterschiede. Trotz dieser scheinbar beeindruckenden Varianzaufklärung muss einschränkend gesagt werden, dass sich ja der Hauptteil der gesamten Varianz (92,4%) auf der Individualebene und nur 7,6% auf Länderebene befindet. Dies bedeutet also, dass der absolute Hauptteil der Erklärung auf der individuellen Ebene geleistet wird.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Anpassungsgüte des Modells sowohl durch die Aufnahme der individuellen als auch der kontextuellen Erklärungsvariablen deutlich verbessert hat. Trotzdem bleibt immer noch ein hoher Anteil der Gesamtvarianz (87,5% bzw. 90%) unerklärt. Es scheinen also noch weitere Faktoren – und zwar auf beiden Ebenen – für die Einstellung zum EU-Beitritt eine Rolle zu spielen, welche nicht in das Modell eingeschlossen wurden.

Zu guter Letzt sollten noch zwei Voraussetzungen geprüft werden, auf denen die korrekte Anwendung einer Mehrebenenanalyse basiert. Besonders wichtig erscheint es erstens, die Normalverteilung der Residuen auf individueller Ebene zu testen. Diese wird grafisch durch einen Plot der standardisierten Verteilung der beobachteten Residuen gegen die erwartete Normalverteilung geprüft, bei der sich die Punkte möglichst entlang der Diagonalen verteilen sollten (siehe Abb.14). Im Ergebnis verteilen sich die Residuen tatsächlich um die Diagonale, allerdings gibt es an den Rändern deutliche Abweichungen von der Normalverteilung. Dies ergibt sich wohl durch die Annahme eines linearen Regressionsmodells bei gleichzeitiger Verwendung einer abhängigen Variablen mit klaren Grenzen und ist deshalb als unkritisch anzusehen.

Abbildung 14: Plots der Residuen gegen die Normalverteilung

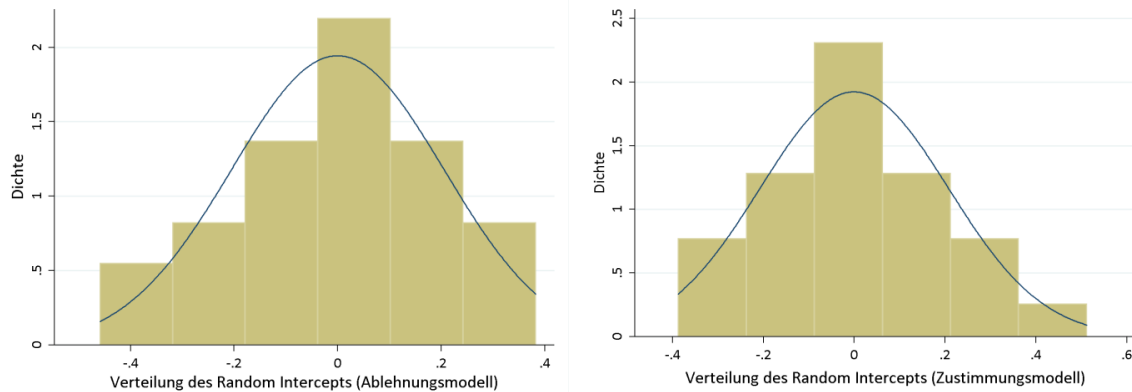


Quelle: Eigene Darstellung.

Als Zweites lässt sich mit Hilfe von Histogrammen grafisch inspizieren, ob auch die vorhergesagten Zufallseffekte normalverteilt sind (Rabe-Hesketh/Skrondal 2008: 166). In

Abbildung 15 lässt sich erkennen, dass die Verteilungen der Random Intercepts annähernd normalverteilt sind, auch wenn sie sowohl im Ablehnungs- als auch im Zustimmungsmo- dell etwas schief geraten. Im Großen und Ganzen erscheint die Mehrebenenanalyse für die vorliegende Datenstruktur somit als adäquate Modellierungsstrategie.

Abbildung 15: Verteilung der Random Intercepts



Quelle: Eigene Darstellung.

5.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der empirischen Analysen werden im Folgenden zusammengefasst und interpretiert. Hierbei wird besonderes Augenmerk auf die forschungsleitenden Hypothesen und die Erklärungsleistung der unabhängigen Variablen gelegt.

Der Effekt **materieller Eigeninteressen** hat sich als weitgehend nichtig erwiesen. Die logistische Regression lieferte nur für das Zustimmungsmo- dell ein signifikantes Ergebnis, welches aber kaum relevant erscheint. So steigert die positive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation die Zustimmungswahrscheinlichkeit durchschnittlich nur um 2,6 Prozentpunkte¹¹⁴. In der Mehrebenenanalyse ist selbst dieser Effekt nicht mehr nachweisbar. Dafür wird dort der Koeffizient für die negative Einschätzung signifikant, allerdings liefert auch er so wenig Erklärungskraft, dass dies kaum erwähnenswert erscheint. Da sich somit keine konsistenten Ergebnisse finden lassen, sollten die Hypothesen H1.A und H1.Z sollten verworfen werden.

Ähnlich schwache Ergebnisse liefert der Erklärungsfaktor **materielle gesellschaftliche Interessen**. Deren Vorhandensein erhöht die Ablehnungswahrscheinlichkeit im Durchschnitt zwar um immerhin 3,9 Prozentpunkte, für die Zustimmung zum türkischen EU- Beitritt ist der Koeffizient aber gar nicht erst signifikant. Somit wird die Hypothese H2.Z verworfen, während die H2.A angenommen werden kann. Um einiges relevanter wird die negative Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage übrigens, wenn man sie mit dem

¹¹⁴ Angegeben sind hier und in den folgenden Absätzen die durchschnittlichen Marginal Effekte.

wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes interagieren lässt (siehe unten). Eine Moderation des Effektes materieller gesellschaftlicher Interessen durch die Anwesenheit türkischer Migranten konnte dagegen nicht festgestellt werden.

Sicherheitspolitische Präferenzen spielen für die Einstellungen zum EU-Beitritt der Türkei eine eher untergeordnete Rolle. Zwar sind ihre Koeffizienten in allen Analysen durchgehend signifikant, doch führt das Vorhandensein von Sicherheitsbedürfnissen nur zu einer geringen Erhöhung der Ablehnungs- (im Durchschnitt um 3,3 Prozentpunkte) bzw. Befürwortungswahrscheinlichkeit (3,4 Prozentpunkte). Trotzdem bestätigt sich der Wahrheitsgehalt der Hypothesen H3.A und H4.Z zweifelsfrei. Die EU-Bürger machen ihre Entscheidung für oder gegen den Beitritt der Türkei also mitunter von seinen sicherheitspolitischen Folgen abhängig. Empfinden sie Sicherheitsrisiken wie Kriminalität und Terrorismus in ihren Heimatländern als relevant, lehnen sie den Beitritt eher ab. Erkennen sie hingegen das Potential der EU als Friedensstifter und halten die Außen- und Verteidigungspolitik der Union für wichtig, befürworten sie die türkische EU-Mitgliedschaft.

Die empirischen Analysen haben ein sehr interessantes Resultat hinsichtlich des Einflusses der **EU-Zielvorstellung** gezeigt. Entgegen der theoretischen Argumentation führt die Präferenz für eine möglichst starke politische Vertiefung der EU, also für die Entwicklung in Richtung einer *ever closer union*, nämlich keineswegs dazu, dass der Beitritt der Türkei abgelehnt wird. Im Gegenteil: Der entsprechende Koeffizient hat nicht nur ein negatives Vorzeichen, sondern ist auch hochsignifikant und sehr erklärungskräftig. Bürger, die sich die EU als eine enge politische Union wünschen, sehen demnach mehrheitlich keinen Widerspruch darin zum türkischen EU-Beitritt. Somit kann Hypothese H4.A verworfen werden. Vermutlich korrespondiert die Bereitschaft zur Vergemeinschaftung möglichst vieler Politikbereiche mit einer generell positiven Einstellung zu EU-Policies und zeigt daher die beobachteten Effekte.

Der Koeffizient zum präferierten Idealbild der EU als ein *global player* verhält sich dagegen entsprechend der theoretischen Annahmen. Das Vorhandensein dieser Zielvorstellung erhöht die Zustimmungswahrscheinlichkeit durchschnittlich um 7,6 Prozentpunkte und ist damit der stärkste Prädiktor des utilitaristischen Erklärungsmodells, was sich auch durch die Mehrebenenanalyse bestätigt hat. Der Zusammenhang zwischen der Aufnahme der Türkei und den Folgen für die außenpolitische, globale Rolle der EU wird von vielen Beitrittsbefürwortern offensichtlich klar erkannt und wertgeschätzt. Die entsprechende Hypothese H4.Z wird somit angenommen.

Der vermutete Effekt von den eher affektiven **Orientierungen zu kultureller Vielfalt** hat sich empirisch bestätigt und als vergleichsweise stark herausgestellt. Das Vorliegen kultureller Bedrohungsgefühle erhöht die Ablehnungswahrscheinlichkeit im Durchschnitt um

8,9 Prozentpunkte. Das Vorhandensein von kultureller Toleranz führt sogar zu einer Steigerung der Zustimmungswahrscheinlichkeit um durchschnittlich 9,4 Prozentpunkte. Die Signifikanz und Stärke der Koeffizienten werden auch durch die Mehrebenenanalyse bestätigt, weshalb die entsprechenden Hypothesen (H5.A, H5.Z) definitiv angenommen werden können. Die Einstellung zum türkischen EU-Beitritt hängt also unter anderem davon ab, ob ein Bürger kulturelle Vielfalt als Bedrohung oder als Zugewinn betrachtet. Dies dient als weiteres Indiz dafür, dass die kulturelle Andersartigkeit der Türkei für die Einstellung zu ihrer EU-Mitgliedschaft äußerst relevant ist.

Die **soziale Identität** der EU-Bürger wirkt sich in ähnlichem Maße auf seine Einstellung zum Türkeibeitritt aus. Fühlen sie sich stark und exklusiv ihrem Nationalstaat zugehörig, steigt die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung des Beitritts im Durchschnitt um 7 Prozentpunkte an. Hängen sie hingegen einer starken und inklusiven europäischen Identität an, führt dies zu einer durchschnittlichen Steigerung der Zustimmungswahrscheinlichkeit um 10,4 Prozentpunkte. Die genannten Effektstärken führen zu einer zweifelsfreien Bestätigung der Hypothesen H6.A und H6.Z. Die soziale Identität der EU-Bürger hat damit einen wichtigen Einfluss auf ihre Bewertung des türkischen EU-Beitrittsgesuchs.

Ein besonders starker Effekt konnte der **Einstellung gegenüber Immigranten** nachgewiesen werden. Ein EU-Bürger, der Einwanderern positiv gegenübersteht, hat eine durchschnittlich 14,1 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, den EU-Beitritt der Türkei zu befürworten, als ein Bürger, der keine positive Einstellung hat. Der umgekehrte Fall zeigt noch stärkere Ergebnisse: Eine negative Einstellung zu Immigranten führt zu einer durchschnittlich 20,1 Prozentpunkte höheren Ablehnungswahrscheinlichkeit. Die formulierten Hypothesen H7.A und H7.Z können demnach als empirisch wahr bezeichnet werden. Die Mehrebenenanalyse hat außerdem gezeigt, dass die Effekte dieser Fremdgruppeneinstellung durch zwei wichtige zwei Kontextfaktoren moderiert werden (siehe unten).

Als stärkster Schätzer für die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei, sowohl für die Zustimmung als auch für die Ablehnung, hat sich die **Einstellung zur Europäischen Union** herauskristallisiert. Eine negative Prädisposition führt zu einer um durchschnittlich 19,2 Prozentpunkte höheren Ablehnungswahrscheinlichkeit – im Vergleich zu einer nicht-negativen Einstellung. Die positive Einstellung zur EU dagegen lässt die Zustimmungswahrscheinlichkeit im Durchschnitt um 15 Prozentpunkte steigen. Die Schlussfolgerung aus diesen Werten ist demnach, dass die EU-Bürger ihre Bewertung des türkischen EU-Beitrittsgesuchs zu einem Großteil von ihrer Orientierung gegenüber der Europäischen Union abhängig machen.

Somit kann für die Erklärungsansätze auf individueller Ebene ein vorläufiges Resümee gezogen werden. Der *self-interest*-Erklärungsansatz hat zu gemischten bis schwachen Er-

gebnissen geführt. Von den acht formulierten Individualhypothesen haben sich nur vier als empirisch wahr bestätigt, das heißt, dass vier Erklärungsfaktoren tatsächlich Gültigkeit für die Grundgesamtheit aller EU-Bürger besitzen. Doch ist ihre Erklärungsleistung vergleichsweise gering: Trotz Vorhandensein aller utilitaristischen Faktoren liegt die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung und Ablehnung im Durchschnitt bei unter 50%, wenn gleichzeitig keine symbolischen Prädispositionen vorliegen. Der Auffassung, dass der EU-Beitritt der Türkei in erster Linie aus einer Kosten-Nutzen-Perspektive betrachtet wird, kann somit nicht gefolgt werden.

Im Gegensatz dazu haben die Erklärungsfaktoren des *symbolic politics*-Ansatzes die hohen Erwartungen bestätigt. Alle vier Erklärungsfaktoren sorgen für durchweg signifikante Koeffizienten und im Vergleich zum utilitaristischen Ansatz größere Effektstärken. Selbst ohne das Vorliegen der besprochenen ökonomischen Interessen und politischen Präferenzen liegt die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung bzw. der Befürwortung des türkischen EU-Beitritts im Durchschnitt bei 85,4% bzw. 80,4%, wenn alle vier symbolischen Prädispositionen – Soziale Identität sowie Einstellungen zu kultureller Vielfalt, Immigranten und der EU – ausgeprägt sind. Die Hypothese H11, die unter anderem auf den Arbeiten von David Sears basiert, wird somit als bestätigt angesehen. Besonders stark haben die Einstellungen zu Immigranten und der Europäischen Union zur Erklärung beigetragen. Ihre Erklärungsleistung war etwa 2 bis 3 Mal so stark wie die der beiden anderen Prädispositionen. Die Schlussfolgerung lautet demnach, dass die Bürger in der EU ihre Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei hauptsächlich in affektiver Weise von bestimmten Vorprägungen abhängig machen, besonders gegenüber Immigranten und der EU.

Hinzugefügt werden soll hier, dass kaum Unterschiede zwischen den individuellen Determinanten der Zustimmung und denen der Ablehnung entdeckt werden konnten. Hypothese H12 muss daher verworfen werden. Dennoch hat die Analyse gezeigt, dass immerhin ein Körnchen Wahrheit in der Aussage von De Vreese et al. (2012) steckt, auf deren Basis die H12 entwickelt wurde. Denn der Einschluss der utilitaristischen Faktoren erhöht die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit der Zustimmung mehr als die der Ablehnung.¹¹⁵ Auf der anderen Seite steigert der Einschluss der symbolischen Prädispositionen die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit der Ablehnung mehr als die der Zustimmung. Somit kann vermutet werden, dass wahrgenommener Nutzen einen größeren Einfluss auf die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei hat als antizipierte Kosten. Dagegen haben „negative“ Prädispositionen gegenüber relevanten Einstellungsobjekten einen größeren Einfluss auf

¹¹⁵ Hier muss allerdings angefügt werden, dass im Ablehnungsmodell auch eine Variable ausgeschlossen wurde, nachdem sie das falsche Vorzeichen aufwies.

die Einstellung als „positive“ Prädispositionen. Trotzdem sind die symbolischen Prädispositionen eindeutig die stärkeren Prädiktoren gegenüber utilitaristischen Motiven.

Neben den meisten Individualerklärungsfaktoren haben auch die Kontextvariablen fast durchgängig signifikante Effekte gezeigt. Zum einen spielt der **wirtschaftliche Wohlstand** eines Landes eine bedeutende Rolle. Je wohlhabender ein EU-Mitgliedsland ist, desto eher lehnen seine Bürger den Beitritt der Türkei ab. Dies scheint darauf hinzudeuten, dass die Menschen in diesen Ländern ihre gesellschaftlichen Ressourcen eher zu schützen versuchen. Hypothese H9.A kann also angenommen werden, während die Konkurrenzhypothese H9.Z verworfen wird. Interessanterweise ist der direkte Effekt des ökonomischen Wohlstands gar nicht mal außerordentlich groß. Allerdings verstärkt die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft den Effekt von zwei individuellen Erklärungsvariablen deutlich.

Erstens führen in reicheren EU-Ländern subjektive Sorgen um die materiellen, gesellschaftlichen Ressourcen viel eher zu einer Ablehnung des Beitritts der Türkei, womit sich Hypothese H9.i1 bestätigt. Hier verstärkt sich somit der Eindruck des zuvor dargestellten direkten Effektes: Menschen in wirtschaftlichem Wohlstand und mit materiellen Interessen sind durch den möglichen EU-Beitritt der Türkei in besonderem Maße um ihren Wohlstand besorgt und lehnen den Beitritt daher stärker ab. Interessanterweise kehrt sich dieser Zusammenhang in ärmeren EU-Mitgliedsstaaten sogar um: Negative gesamtwirtschaftliche Einschätzungen führen hier dazu, dass die Bürger den türkischen Beitritt eher unterstützen. In diesen Ländern könnte der EU-Beitritt der Türkei also mit Hoffnungen von wirtschaftlich benachteiligten Bürgern einhergehen.

Zweitens hat der wirtschaftliche Wohlstand des Heimatlandes eines EU-Bürgers einen entscheidenden Einfluss darauf, wie sich seine Einstellung zu Immigranten auf die Bewertung des EU-Beitritts der Türkei auswirkt. Dies führt zur Annahme der zuvor formulierten Hypothese H9.i2. In reicheren Ländern führen negative Einstellungen zu Immigranten zu einer deutlich stärkeren Ablehnung des Beitritts als in ärmeren Ländern. Noch eklatanter: Selbst eine positive Einstellung zu Immigranten führt in wohlhabenderen EU-Staaten zu einer verminderten Zustimmung im Vergleich zu ökonomisch schwächeren Mitgliedsländern. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass Menschen in reicheren Ländern ihre Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei deutlich stärker von der zu erwartenden Immigration und ihrer Einstellung gegenüber Immigranten abhängig machen als die Bürger ärmerer EU-Staaten, weil sie durch die Ankunft von Immigranten die wirtschaftlichen Ressourcen ihres Landes gefährdet sehen. Damit fügen sich die beiden dargestellten Interaktionseffekte sehr passend in ein Gesamtbild, das ökonomische Interessen nur dann relevant werden lässt, wenn es um den vermuteten Verlust von materiellen Ressourcen geht

Als zweites Ländermerkmal hat auch die **Existenz türkischer Migranten** zu starken Effekten geführt. Je mehr türkische Staatsangehörige in einem EU-Land leben, desto eher wird der Beitritt der Türkei von den Bürgern dieses Landes abgelehnt. Schon ein Anstieg des Anteils türkischer Staatsbürger um 0,1 Prozentpunkte resultiert in einem Anstieg der Ablehnung bzw. Verminderung der Befürwortung des Beitritts um etwa 0,02 Punkte auf der 4-stufigen Einstellungsskala. Somit kann Hypothese H10.A angenommen und deren Konkurrenzhypothese H10.Z verworfen werden. Es muss also festgestellt werden, dass der direkte Kontakt zu Türken und zur türkischen Kultur in den EU-Staaten nicht zu einer größeren Sympathie gegenüber dem EU-Beitrittsgesuch der Türkei führt. Vielmehr scheint es gerade in diesen Ländern zu einer Verschärfung von Vorurteilen gegenüber Türken und einer stärkeren empfundenen Fremdheit gegenüber der türkischen Kultur zu kommen, woraufhin die EU-Mitgliedschaft der Türkei vermehrt abgelehnt wird.

Im Gegensatz zum ökonomischen Wohlstand eines Landes, stellt die Präsenz türkischer Einwanderer keinen starken Moderator für andere, individuelle Einstellungen dar. Lediglich die negativen Prädispositionen gegenüber Immigranten zeigen einen umso stärkeren Effekt, je mehr türkische Staatsangehörige in einem EU-Mitgliedsland leben. Offensichtlich ist die Vermutung, dass die Menschen in Ländern mit hoher Zahl türkischer Einwanderer die Ankunft weiterer Immigranten erwarten und befürchten, korrekt. Ebenso ist es aber auch intuitiv verständlich, dass Immigranten in Ländern mit hohem türkischem Bevölkerungsanteil einfach stärker mit der Türkei und ihren Einwohnern assoziiert werden. Die Hypothese H10.i2 kann somit als empirisch wahr angenommen werden. Im Gegensatz dazu lässt sich für Hypothese H10i2 über den Zusammenhang der Präsenz türkischer Einwanderer und den individuellen gesamtwirtschaftlichen Interessen keine empirische Evidenz finden, weshalb sie verworfen wird.

6 Fazit

In dieser Arbeit wurde nach den zentralen Determinanten der Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei innerhalb der europäischen Bürgerschaft gefragt. Die empirischen Forschungsfragen fokussierten dieses Interesse auf die Erklärungsfaktoren zweier Ebenen: der individuellen Ebene des einzelnen Bürgers und der Kontextebene der EU-Mitgliedländer. Außerdem sollte analysiert werden, inwiefern die Einstellungs determinanten zwischen Befürwortung und Ablehnung variieren. Erstmals wurde dazu nicht nach der aktuellen Einstellung zum türkischen Beitritt gefragt, sondern nach der prinzipiellen Einstellung, die nicht von den zu erfüllenden EU-Beitrittskriterien abhängt.

Um die Forschungsfragen zu beantworten, wurde ein eigenes theoretisches Erklärungsmodell entwickelt, das auf David Sears' Arbeiten zur Erklärung politischer Einstellungen basiert. Hierzu wurden explizit die sozialpsychologischen Wirkungsmechanismen herausgestellt. Das so entstandene zweigeteilte Individualerklärungsmodell unterscheidet zwischen eigennützigen Motiven und erlernten Vorprägungen gegenüber bestimmten symbolischen Einstellungsobjekten als Ursache für die Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei. Den beiden Ansätzen wurden dann Erklärungsfaktoren zugeordnet, die sich in der bisherigen empirischen Forschung als vielversprechend erwiesen haben. Schließlich wurde das Modell erweitert um zwei Kontextfaktoren, für die jeweils ein direkter Einfluss und zwei Cross-Level-Interaktionseffekte vermutet wurden.

Die empirische Überprüfung der abgeleiteten Forschungshypothesen erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden die individuellen Erwartungen anhand von binären logistischen Regressionen getestet und die resultierenden Koeffizienten in Wahrscheinlichkeiten ausgedrückt. Danach wurden die Kontexteinflüsse mit Hilfe einer linearen Mehrebenenanalyse überprüft und die Ergebnisse mit Hilfe grafischer Darstellungen interpretiert.

Im Ergebnis überzeugte vor allem der Erklärungsansatz symbolischer Prädispositionen, dessen Variablen sich durchgängig als signifikant und erklärungskräftig herausstellten. Besonders die Einstellungen zu Immigranten und zur EU haben einen zentralen Einfluss auf die Einstellung zum türkischen EU-Beitritt. Aber auch die Orientierungen zu kultureller Vielfalt und die soziale Identität der Bürger sind nicht zu vernachlässigen. Die Effekte der Einstellungen gegenüber Immigranten wurden außerdem durch den wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes und die Präsenz türkischer Einwanderer verstärkt.

Der utilitaristische Ansatz hat dagegen, ähnlich wie bei Sears, zu ambivalenten Ergebnissen geführt. Nur etwa die Hälfte der formulierten Hypothesen konnte empirisch bestätigt werden und dort, wo sich signifikante Effekte einstellten, war die Erklärungsleistung zu meist gering. Sicherheitspolitische Interessen spielen definitiv eine gewisse Rolle. Auch

der Wunsch, dass die EU sich zu einem global agierenden Akteur entwickelt, trägt zur Befürwortung des Beitritts bei. Materielle Interessen haben dagegen eher wenig Einfluss auf die Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft, wobei hier gewisse Länderunterschiede beobachtet werden konnten. In wohlhabenderen Ländern führen pessimistische Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Lage zu einer viel stärkeren Ablehnung des Beitritts als in ärmeren Ländern. In ökonomisch schwächeren Ländern ist es sogar so, dass pessimistische volkswirtschaftliche Erwartungen eine größere Zustimmung zum Beitritt nach sich ziehen, vermutlich weil damit ökonomische Hoffnungen verknüpft sind – oder auch weil viele dieser Länder bis vor Kurzem selbst noch EU-Kandidaten waren und daher Empathie für das türkische Beitrittsstreben empfinden.

Schließlich haben die beiden untersuchten Kontextvariablen neben den genannten Interaktionen eigenständige Effekte gezeigt. Besonders frappierend ist der Einfluss des Anteils türkischer Einwanderer an der Gesamtbevölkerung: Je mehr Türken in einem EU-Staat leben, desto eher lehnen dessen Bürger den Beitritt der Türkei ab. Dieses Ergebnis widerspricht Gordon Allports Kontakthypothese, nach der man gerade in diesen Ländern mehr Sympathie für das türkische Beitrittsgesuch hätte erwarten können. Auch der ökonomische Wohlstand bzw. die volkswirtschaftliche Performanz übt einen direkten Einfluss aus. In reicheren Ländern scheinen die Bürger besorgter um ihre gesellschaftlichen Ressourcen zu sein, die sie offensichtlich durch die Aufnahme der Türkei gefährdet sehen.

Alles in allem kann die prinzipielle Einstellung zum Beitritt der Türkei eher durch affektiv geprägte Orientierungen erklärt werden, als durch rationale Kosten-Nutzen-Abwägungen. Dies trifft sowohl für die Zustimmung als auch die Ablehnung des Beitritts zu. Trotz geringfügiger Unterschiede in den Determinantenstrukturen zwischen beiden Modellen kann keine Rede davon sein, dass die Zustimmung zum türkischen EU-Beitritt von anderen Faktoren bestimmt wird als die Ablehnung – oder umgekehrt. Diese Erkenntnis bestätigt bzw. verstärkt im Übrigen den Eindruck, den viele Vorgängerstudien schon im Falle der aktuellen Einstellung zum türkischen EU-Beitritt gewonnen haben.

Nach der Darstellung der zentralen Ergebnisse sollen auch zwei Phänomene diskutiert werden, die bereits in Kapitel 1 angesprochen wurden: der negative Trend in der öffentlichen Meinung zum türkischen EU-Beitritt, der schon seit über fünfzehn Jahren anhält (siehe Tab. 1), und das schlechte Abschneiden der Türkei in kandidatenvergleichenden Meinungsumfragen (siehe Tab. 2). Über die Ursachen des negativen Meinungstrends können zwei Vermutungen geäußert werden. Erstens ist die Unterstützung der Europäischen Union im letzten Jahrzehnt beständig zurückgegangen. Dass dies Konsequenzen für die Einstellung zum türkischen EU-Beitritt hat, wurde durch die empirische Analyse mehr als deutlich. Die beiden negativen Meinungstrends könnten also in direktem Zusammenhang

miteinander stehen. Zum Zweiten spielt sicherlich die Renaissance religiöser Themen und Einstellungen in der Politik, zur der es im Zuge der Clash of Civilizations-Debatte und den 9/11-Anschlägen gekommen ist, eine gewisse Rolle. Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber Muslimen befinden sich auf dem Vormarsch und werden mittlerweile unter dem Schlagwort Islamophobie erforscht (siehe dazu etwa Strabac/Listhaug 2008, Leibold 2009, Bleich 2011). Die negativen Einstellungen zu Immigranten – ohnehin schon eine maßgebliche Determinante der Einstellung zur Türkeifrage – wurden in den Ländern, in denen schon eine nennenswerte Anzahl muslimischer Einwanderer lebt, vermutlich noch verstärkt. Dazu kommt ein gestiegenes Maß an Sicherheitsbedenken im Zuge des internationalen islamistischen Terrorismus.

In ähnlicher Weise lässt sich argumentieren, warum die Türkei die geringste Unterstützung unter allen abgefragten EU-Kandidatenländern genießt. Neben islamfeindlichen Einstellungen ist allerdings auch die Erfahrung vieler EU-Staaten mit türkischen oder muslimischen Minderheiten von Relevanz. In den Ländern, wo diese Einwanderer leben, ist es nicht zu einem ausreichenden Maß an Integration und Kontakt gekommen, weshalb sich sowohl Vorurteile als auch die empfundene Andersartigkeit der türkischen Kultur verstärkt haben. Die starke Ablehnung resultiert daher wohl zu einem großen Teil aus kulturellen Bedrohungsgefühlen und Vorbehalten gegenüber dem Islam.

Die vorigen Ausführungen lassen schon erahnen, wohin die empirische Forschung zur Türkeifrage in Zukunft steuern könnte. Gerade fremdenfeindliche Orientierungen, die in dieser Arbeit als „negative Einstellungen zu Immigranten“ erfasst wurden, lassen sich noch weiter aufschlüsseln. Geht es nur um Immigranten? Oder um Muslime? Oder doch nur um Türken selbst? Wer genau ist das Ziel von Vorurteilen, Stereotypen und feindlichen Einstellungen? Ähnliche Fragen ließen sich zu kulturellen Bedrohungsgefühlen aller Art stellen: Fühlen sich Menschen eher durch die islamische Religion oder durch andere kulturelle Merkmale türkischer Ethnizität bedroht? Leider lagen zum Zeitpunkt dieser Analyse keine Daten vor, um all diese Fragen adäquat zu beantworten. Grund dafür ist wohl auch, dass die Islamophobieforschung selbst noch in den Kinderschuhen steckt. Obwohl erste Ansätze schon vorhanden sind (siehe z.B. Hobolt et al. 2011), müssen noch weitere Untersuchungen erfolgen, um diesen Themenkomplex im Detail zu ergründen.

Andere mögliche Anknüpfungspunkte für die Politikwissenschaft liegen außerdem im Bereich der Persuasionsforschung und der Untersuchung von Medieneffekten. Hier gilt es zu erörtern, welche Art der Kommunikation bzw. welche Argumente einen Einstellungswandel herbeiführen können. Auch der kontextuelle Einfluss nationaler öffentlicher Diskurse muss näher betrachtet werden. Erste Analysen haben zu gemischten Ergebnissen geführt. Obwohl in experimentellen Designs zum Teil starke Priming-Effekte gezeigt wurden (Mai-

er/Rittberger 2008), hängt die Wirkung von medialen Diskursen offensichtlich stark von der Mediennutzung und individuellen Prädispositionen ab (De Vreese/Boomgaarden 2006). Neuere Studien resümieren, dass Medieninformationen eher meinungsverstärkende Wirkung haben, als dass sie zu einem Einstellungswandel führen (Azrout et al. 2012, De Vreese et al. 2012), wobei dieses Phänomen unter dem Begriff „selektive Wahrnehmung“ auch aus anderen Bereichen bekannt ist. Trotz allem wäre eine ländervergleichende Studie zu den verschiedenen öffentlichen Diskursen in Europa von größtem Interesse.

Auch wenn die Mehrebenenanalyse gezeigt hat, dass die noch zu erklärende Variation auf der Kontextebene relativ begrenzt ist, versprechen auch andere Ländermerkmale noch Erfolg. So ließe sich zum Beispiel argumentieren, dass die kulturelle Ähnlichkeit eines Landes Einfluss auf den Grad empfundener kultureller Fremdheit hat.¹¹⁶ Ein limitierender Faktor für die simultane Untersuchung weiterer Kontexteffekte ist die geringe Anzahl an Kontexteinheiten (hier 27) und das dadurch entstehende Freiheitsgradproblem. Ein gleichzeitiger Einschluss von mehr als zwei Kontextvariablen war damit kaum möglich.

Dies ist jedoch nicht die einzige Schwierigkeit. Die wenigen Fälle auf der Länderebene machen die Schätzungen zusätzlich anfällig für den Einfluss von Ausreißern. Gerade bezüglich der untersuchten Kontextvariablen BIP/Kopf und Anteil türkischer Staatsangehöriger sorgen wenige extreme Merkmalsausprägungen für die Eindeutigkeit des Zusammenhangs, was beispielsweise auch in Abbildung 16 zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und Ablehnung des Beitritts zu sehen ist (siehe Anhang). Noch gravierender ist dieses Problem allerdings für die Präsenz türkischer Migranten, weil es nur in 6 bis 7 Ländern eine nennenswerte Anzahl türkischer Einwanderer gibt. Auf dieser Basis formulierte allgemeingültige Aussagen sind daher immer mit Vorsicht zu genießen. Denn würde man beispielsweise die Ausreißer Deutschland und Österreich von der Analyse ausschließen, wäre das hier gezeichnete Bild bei Weitem nicht mehr so scharf.

Ein letztes methodisches Problem der Arbeit ist die zum Teil suboptimale Operationalisierung der unabhängigen Variablen, die sich daraus ergibt, dass der benutzte Datensatz weder für die Art der Fragestellung noch für die methodischen Anwendungen dieser Arbeit entwickelt wurde. Ein speziell auf die Türkeifrage ausgerichteter Fragebogen müsste gerade die materiellen und sonstigen Kosten und Nutzen des türkischen Beitritts besser erfassen. Hierdurch ließen sich auch noch präzisere Aussagen zur Erklärungskraft des utilitaristischen Ansatzes treffen.

Für die weitere empirische Forschung zu den Einstellungsdeterminanten zum EU-Beitritt der Türkei bietet sich also in jedem Falle noch ausreichendes Entwicklungs- und Gestal-

¹¹⁶ Zur Operationalisierung von kultureller (Un-)Ähnlichkeit auf Basis von Wertorientierungen hat Roose (2012) einen interessanten und vor allem praktikablen Vorschlag gemacht.

tungspotential. Nichtsdestoweniger konnte das in dieser Arbeit entwickelte Erklärungsmodell einen wichtigen Beitrag zur Erforschung relevanter Bestimmungsfaktoren leisten.

Zum Schluss dieser Arbeit soll die Interpretation der zentralen empirischen Ergebnisse durch die Formulierung von politischen Handlungsempfehlungen abgerundet werden, die alle erwiesenen Erklärungsfaktoren komprimieren. Folgende fünf Empfehlungen richten sich an diejenigen Entscheidungsträger in Europa, die die Aufnahme der Türkei durchsetzen und daher die Einstellungen der Bürger in ihre Richtung lenken wollen:

1. Übergangsregelungen hinsichtlich des freien Personenverkehrs sind wichtig und müssen kommuniziert werden.

Die Angst vor türkischer Immigration hemmt die Aufnahmebereitschaft seitens der EU-Bürger. Um ihnen diese zu nehmen, sollten vor dem Beitritt längere Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit vereinbart werden, wie auch schon im Falle der EU-Osterweiterung geschehen. Solche Regelungen müssen nicht unbedingt europaweit gelten. Am meisten machen sie allerdings dort Sinn, wo schon viele türkische Migranten beheimatet sind und wo es größere ökonomische Ressourcen gibt, weil dort mit den größten Einwanderungswellen gerechnet werden muss. In ähnlicher Weise sollte auch der Beitritt der Türkei zum Schengener Abkommen nicht zu schnell forciert werden, da der Wegfall von Grenzkontrollen Sicherheitsbedenken innerhalb der europäischen Bürgerschaft nach sich zieht. Die Angst vor Gefahren der inneren Sicherheit (z.B. Terrorismus, Kriminalität) kann letztlich zur Ablehnung des türkischen Beitrittsgesuchs werden. Daher müssen solche und ähnliche Maßnahmen auch über die gewöhnlichen Maße hinaus kommuniziert werden.

2. Die Integration von Einwanderern in den EU-Mitgliedsländern muss mit mehr Entschlossenheit vorangetrieben werden.

Eine zentrale Stellschraube für die Einstellungen zum EU-Beitritt ist die Verringerung von Vorurteilen und negativen Einstellungen gegenüber immigrierten Ausländern. Laut der bekannten These von Allport funktionieren die Reduktion von Vorurteilen und der Abbau von Ängsten und Feindseligkeiten gegenüber Menschengruppen über den Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen. Damit dies in gleichberechtigter und freundschaftlicher Weise passiert, bedarf es innenpolitischer Initiativen zur besseren Integration von Immigranten mit dem Ziel, die Akzeptanz von Einwanderern innerhalb der Gesellschaft zu steigern. Im Falle des türkischen EU-Beitritts gilt dies selbstverständlich im Besonderen für Länder wie Deutschland oder Österreich, in denen es viele türkische Migranten gibt. Denn hier gibt es einerseits großes Potential für Sympathien zur Aufnahme der Türkei und andererseits werden negative Gefühle zu Einwanderern besonders schnell auf das Einstellungsobjekt „EU-Beitritt der Türkei“ übertragen.

3. Die Krisen innerhalb der EU müssen überwunden werden, bevor an eine Aufnahme der Türkei gedacht werden kann.

Solange die EU in der aktuellen Vertrauens- und Legitimitätskrise steckt, wird die Aufnahme der Türkei keine Akzeptanz finden. Mangelnde Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mögen die europäischen Regierungen und EU-Institutionen der Türkei anlasten, doch in Bezug auf die ablehnende Haltung ihrer zum Teil immer euroskeptischeren Bürger müssen sie sich an die eigene Nase fassen. Dazu gehört heute auch ein gemeinsamer Kampf gegen die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise, der das Wohlergehen der Bürger im Blick behält und wieder Vertrauen in das europäische Projekt schafft. Denn gerade Menschen mit schlechten ökonomischen Perspektiven werden sich dem Beitrittsprozess aus verschiedenen Gründen widersetzen, selbst wenn sie aus eher wohlhabenderen Ländern kommen. Wer den EU-Beitritt der Türkei also forcieren will, muss erst einmal in Europa für stabile Verhältnisse sorgen.

4. Die europäische Integration darf nicht nur ein ökonomisches Projekt sein, sondern muss auch den interkulturellen Austausch der Bürger unterstützen.

Die Stärkung von kultureller Toleranz und religiöser Vielfalt innerhalb der europäischen Bevölkerungen dient der Unterstützung des EU-Beitritts der Türkei. Durch vermehrtes Lernen übereinander sowie dem Ausbau von Austauschprogrammen können Europäer untereinander, vor allem aber EU-Bürger und türkische Staatsangehörige, Ängste und Unsicherheiten abbauen und gleichzeitig mehr Verständnis und Empathie füreinander entwickeln. Eine größere kulturelle Offenheit und ein internationalerer Horizont helfen auch bei der Ausbildung von inklusiven, supranationalen Identitäten, die die althergebrachten exklusiv-nationalen Identitäten ablösen können. Die Bereitschaft zur Aufnahme der Türkei in die europäische Gemeinschaft wäre dadurch um einiges leichter.

5. Die außen- und sicherheitspolitischen Vorteile eines Beitritts der Türkei müssen in den Fokus gerückt werden.

Wenn es den politischen Eliten gelänge, die Bürger von einem eher strategischen Verständnis der EU und ihrer globalen Rolle zu überzeugen, hätte dies zustimmende Einstellungen der Europäer zur Folge. Denn die Bedeutung des türkischen Beitritts für ein Europa, das nach außenpolitischem Einfluss strebt, liegt für viele Bürger auf der Hand. Im gleichen Maße sollte es auch um die Möglichkeiten gehen, die politische Stabilität im Nahen Osten und anderen angrenzenden Krisenregionen zu fördern und für Frieden zu sorgen.

Auch wenn es aktuell also schlecht bestellt scheint um den EU-Beitritt der Türkei: Wenn man den Ergebnissen dieser Arbeit Glauben schenkt, sollte die Ablehnung des türkischen EU-Beitritts durch die Umsetzung der genannten Handlungsempfehlungen abnehmen.

Literaturverzeichnis

- Allport, Gordon W. (1935): Attitudes. In: Murchison, Carl (Hg.): A Handbook of Social Psychology. Worcester: Clark University Press, S. 798–844.
- Allport, Gordon W. (1954): The Nature of Prejudice. Reading: Addison-Wesley.
- Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963): Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Boston: Little, Brown & Company.
- Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1989) (Hg.): The Civic Culture Revisited. Newbury Park: Sage Publications.
- Azrout, Rachid / Van Spanje, Joost / De Vreese, Claes H. (2011): Talking Turkey: Anti-Immigrant Attitudes and Their Effect on Support for Turkish Membership of the EU. In: European Union Politics 12 (1), S. 3–19.
- Azrout, Rachid / Van Spanje, Joost / De Vreese, Claes H. (2012): When News Matter: Media Effects on Public Support for European Union Enlargement in 21 Countries. In: Journal of Common Market Studies 50 (5), S. 691–708.
- Best, Henning / Wolf, Christof (2010): Logistische Regression. In: Wolf, Christof / Best, Henning (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS, S. 827–854.
- Bleich, Erik (2011): What is Islamophobia and How Much Is There? Theorizing and Measuring an Emerging Comparative Concept. In: American Behavioral Scientist 55 (12), S. 1581–1600.
- Blumer, Herbert (1958): Race Prejudice as a Sense of Group Position. In: The Pacific Sociological Review 1 (1), S. 3–7.
- Bobo, Lawrence (1983): Whites' Opposition to Busing: Symbolic Racism or Realistic Group Conflict? In: Journal of Personality and Social Psychology 45 (6), S.1196–1210.
- Borre, Ole (1995): Scope-of-Government Beliefs and Political Support. In: Borre, Ole / Scarbrough, Elinor (Hg.): The Scope of Government. New York: Oxford University Press, S. 343–366.
- Braun, Daniela / Seher, Nicole / Tausendpfund, Markus / Wolsing, Ansgar (2010): Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integri-

on. Eine Mehrebenenanalyse. Working Paper Nr. 136, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Online verfügbar unter: <http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/3424>.

Brewer, Marilyn B. (1999): The Psychology of Prejudice: Ingroup Love or Outgroup Hate? In: *Journal of Social Issues* 55 (3), S.429–444.

Campbell, Donald T. (1965): Variation and Selective Retention in Socio-Cultural Evolution. In: Barringer, Herbert R. / Blanksten, George I. / Mack, Raymond W. (Hg.): *Social Change in Developing Areas. A Reinterpretation of Evolutionary Theory*. Cambridge: Schenkman, S. 19–49.

Canan-Sokullu, Ebru Ş. (2011): Italian Public Opinion on Turkey's EU Accession. Utilitarian Calculations, Identitarian Evaluations or Perceived Threats? In: *Perceptions* 16 (1), S. 47–70.

Canan-Sokullu, Ebru Ş. (2012): Islamophobia and Turcoscepticism in Europe? A Four-Nation Study. In: Flood, Christopher / Hutchings, Stephen / Miazhevich, Galina / Nickels, Henri (Hg.): *Political and Cultural Representations of Muslims. Islam in the Plural*. Leiden: Brill, S. 97–112.

Canan-Sokullu, Ebru Ş. / Kentmen, Çiğdem (2011): Turkey in the EU? An Empirical Analysis of European Public Opinion on Turkey's 'Protracted' Accession Process. In: Çakir, Armağan Emre (Hg.): *Fifty Years of EU-Turkey Relations. A Sisyphean Story*. London: Routledge, S. 104–135.

Cremer, Jan (2006): Die Türkei und die europäische Identität. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: http://www.bpb.de/themen/H4C1DD,0,0,Die_T%FCrkei_und_die_europ%E4ische_Identit%E4t.html (12.07.2012).

Curley, Tyler M. (2009): Social Identity Theory and EU Expansion. In: *International Studies Quarterly* 53, S. 649–668.

De Vreese, Claes H. / Boomgaarden, Hajo G. (2005): Projecting EU Referendums. Fear of Immigration and Support for European Integration. In: *European Union Politics* 6 (1), S. 59–82.

De Vreese, Claes H. / Boomgaarden, Hajo G. (2006): Media Effects on Public Opinion about the Enlargement of the European Union. In: *Journal of Common Market Studies* 44 (2), S.419–436.

- De Vreese, Claes H. / Boomgaarden, Hajo G. / Semetko, Holli A. (2008): Hard and Soft. Public Support for Turkish Membership in the EU. In: *European Union Politics* 9 (4), S. 511–530.
- De Vreese, Claes H. / Van der Brug, Wouter / Hobolt, Sara (2012): Turkey in the EU? How Cultural and Economic Frames Affect Support for Turkish Accession. In: *Comparative European Politics* 10 (2), S. 218–235.
- Dixon, Jeffrey C. (2010): Opposition to Enlargement as a Symbolic Defence of Group Position. Multilevel Analyses of Attitudes Toward Candidates' Entries in the EU-25. In: *The British Journal of Sociology* 61 (1), S. 127–154.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Doyle, Orla / Fidrmuc, Jan (2006): Who Favors Enlargement? Determinants of Support for EU Membership in the Candidate Countries' Referenda. In: *European Journal of Political Economy* 22 (2), S. 520–543.
- Eagly, Alice H. / Chaiken, Shelly (1993): *The Psychology of Attitudes*. San Diego, Fort Worth: Harcourt Brace Jovanovich College Publishers.
- Easton, David (1965): *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5 (4), S. 435–457.
- Eichenberg, Richard C. / Dalton, Russell J. (1993): Europeans and the European Community. The Dynamics of Public Support for European Integration. In: *International Organization* 47 (4), S. 507–534.
- Eichenberg, Richard C. / Dalton, Russell J. (2007): Post-Maastricht Blues. The Transformation of Citizen Support for European Integration 1973–2004. In: *Acta Politica* 42 (2-3), S. 128–152.
- Esses, Victoria M. / Haddock, Geoffrey / Zanna, Mark P. (1993): Values, Stereotypes, and Emotions as Determinants of Group Attitudes. In: Mackie, Diane M. / Hamilton, David L. (Hg.): *Affect, Cognition, and Stereotyping. Interactive Processes in Group Perception*. Hillsdale: Lawrence Erlbaum Associates, S. 137–166.

- Esses, Victoria M. / Dovidio, John F. / Jackson, Lynne M. / Armstrong, Tamara L. (2001): The Immigration Dilemma. The Role of Perceived Group Competition, Ethnic Prejudice, and National Identity. In: *Journal of Social Issues* 57 (3), S. 389–412.
- Fazio, Russell H. / Zanna, Mark P. (1981): Direct Experience and Attitude-Behavior Consistency. In: Berkowitz, Leonard (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*. 14. Auflage. New York: Academic Press, S. 161–202.
- Festinger, Leon (1957): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Fromm, Sabine (2010): *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2. Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten*. Wiesbaden: VS.
- Fuchs, Dieter / Magni-Berton, Raul / Roger, Antoine (2009): European Cleavage, Euroscepticism and Support of the EU: A Conceptual Discussion. In: Dies. (Hg.): *Euroscepticism. Images of Europe Among Mass Publics and Political Elites*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, S. 9–32.
- Funk, Carolyn L. (2000): The Dual Influence of Self-Interest and Societal Interest in Public Opinion. In: *Political Research Quarterly* 53 (1), S. 37–62.
- Gabel, Matthew J. (1998): Economic Integration and Mass Politics. Market Liberalization and Public Attitudes in the European Union. In: *American Journal of Political Science* 42 (3), S. 936–953.
- Gabel, Matthew J. / Palmer, Harvey D. (1995): Understanding Variation in Public Support for European Integration. In: *European Journal of Political Research* 27 (1), S. 3–19.
- Gabel, Matthew J. / Whitten, Guy D. (1997): Economic Conditions, Economic Perceptions, and Public Support for European Integration. In: *Political Behavior* 19 (1), S. 81–96.
- Gerhards, Jürgen (2004): Europäische Werte. Passt die Türkei kulturell zur EU? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38/2004, S. 1420.
- Gerhards, Jürgen (2006): *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden: VS.

- Gerhards, Jürgen / Hans, Silke (2011): Why not Turkey? Attitudes towards Turkish Membership in the EU among Citizens in 27 European Countries. In: *Journal of Common Market Studies* 49 (1), S. 1–26.
- Gesang, Bernward (2000): Der Nutzenbegriff des Utilitarismus. In: *Erkenntnis* 52 (3), S. 373–401.
- Huskinson, Thomas L. H. / Haddock, Geoffrey (2004): Individual Differences in Attitude Structure: Variance in the Chronic Reliance on Affective and Cognitive Information. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 40 (1), S. 82–90.
- Hans, Silke (2006): Die Analyse gepoolter Daten mit Mehrebenenmodellen. Einstellungen zu Zuwanderern im europäischen Vergleich. *Berliner Studien zur Soziologie Europas* Nr. 6. Online verfügbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/makrosoziologie/arbeitspapiere/pdf/BSSE_06_Die_Analyse_gepoolter_Daten_mit_Mehrebenenmodellen.pdf (20.03.2013).
- Heider, Fritz (1958): *The Psychology of Interpersonal Relations*. New York: Wiley.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. *Berliner Forum Gewaltprävention* Nr. 20. Online verfügbar unter: https://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-lkbgg/bfg/nummer20/03_heimtaylor.pdf?start&ts=1182332925&file=03_heimtaylor.pdf (20.03.2013).
- Hobolt, Sara B. / Van der Brug, Wouter / De Vreese, Claes H. / Boomgaarden, Hajo G. / Hinrichsen, Malte C. (2011): Religious intolerance and Euroscepticism. In: *European Union Politics* 12 (3), S. 359–379.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary (2005): Calculation, Community and Cues. Public Opinion on European Integration. In: *European Union Politics* 6 (4), S. 419–443.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary (2007): Sources of Euroscepticism. In: *Acta Politica* 42 (2–3), S. 119–127.
- Jetten, Jolanda / Spears, Russel / Manstead, Antony S.R. (1999): Group Distinctiveness and Intergroup Discrimination. In: Ellemers, Naomi / Spears, Russel / Doosje, Bertjan (Hg.): *Social identity: Context, Commitment, Content*. Oxford: Blackwell, S. 107–126.

- Jones, Erik / Van der Bijl, Niels (2003): Public Opinion and Enlargement. A Gravity Approach. CEPS Working Document No. 192. Online verfügbar unter: <http://aei.pitt.edu/1819/1/WD192.pdf> (20.03.2013).
- Karp, Jeffrey A. / Bowler, Shaun (2006): Broadening and Deepening or Broadening versus Deepening. The Question of Enlargement and Europe's 'Hesitant Europeans'. In: *European Journal of Political Research* 45 (3), S. 369–390.
- Kohler, Ulrich / Kreuter, Frauke (2012): *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. 4., aktualisierte und überarbeitete Auflage. München: Oldenbourg Verlag.
- König, Helmut / Sicking, Manfred (2005): Statt einer Einleitung. Gehört die Türkei zu Europa? Konturen einer Diskussion. In: Dies. (Hg.): *Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg*. Bielefeld: Transcript, S. 9–28.
- Kramer, Heinz (2003): EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. SWP-Studie S36. Berlin: SWP. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S34_03_gesch_tzt.pdf (20.03.2013).
- Langer, Wolfgang (2009): *Mehrebenenanalyse. Eine Einführung für Forschung und Praxis*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Langer, Wolfgang (2010): Mehrebenenanalyse mit Querschnittsdaten. In: Wolf, Christof / Best, Henning (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS, S. 741–774.
- Lau, Richard R. / Heldman, Caroline (2009): Self-Interest, Symbolic Attitudes, and Support for Public Policy: A Multilevel Analysis. In: *Political Psychology* 30 (4), S. 513–537.
- Leibold, Jürgen (2009): Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. In: Schneiders, Thorsten G. (Hg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS, S. 145–154.
- Lippert, Barbara (2005): Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-Erweiterungspolitik. In: *Integration* 2/2005, S. 119–135.
- Long, J. Scott / Freese, Jeremy (2006): *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. 2. Auflage. College Station: Stata Press.

- Madeker, Ellen (2008): Türkei und europäische Identität. Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt. Wiesbaden, Passau: VS.
- Maier, Jürgen / Rittberger, Berthold (2008): Shifting Europe's Boundaries. Mass Media, Public Opinion and the Enlargement of the EU. In: *European Union Politics* 9 (2), S.243–267.
- Mayerl, Jochen / Urban, Dieter (2010): Binär-logistische Regressionsanalyse. Grundlagen und Anwendung für Sozialwissenschaftler. Schriftenreihe des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart Nr.3/2010. Online verfügbar unter <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/6018> (20.03.2013).
- McLaren, Lauren M. (2002): Public Support for the European Union. Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? In: *The Journal of Politics* 64 (2), S. 551–566.
- McLaren, Lauren M. (2003): Anti-Immigrant Prejudice in Europe. Contact, Threat Perception, and Preferences for the Exclusion of Migrants. In: *Social Forces* 81 (3), S. 909–936.
- McLaren, Lauren M. (2007): Explaining Opposition to Turkish Membership of the EU. In: *European Union Politics* 8 (2), S. 251–278.
- Müftüler-Bac, Meltem (2000): Through the Looking Glass. Turkey in Europe. In: *Turkish Studies* 1 (1), S. 21–35.
- Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (1995): A Typology of Orientations. In: Niedermayer, Oskar / Sinnott, Richard (Hg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*. Oxford: Oxford University Press, S. 33–50.
- Nisbett, Richard E. / Ross, Lee D. (1980): *Human Inference. Strategies and Shortcomings of Social Judgment*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Oskamp, Stuart / Schultz, P. Wesley (2005): *Attitudes and Opinions*. 3. Auflage. Mahwah: L. Erlbaum.
- Pettigrew, Thomas F. (1998): Intergroup Contact Theory. In: *Annual Review Psychology* 49 (1), S. 65–85.
- Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.

- Quillian, Lincoln (1995): Prejudice as a Response to Perceived Group Threat. Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. In: *American Sociological Review* 60 (4), S. 586–611.
- Rabe-Hesketh, Sophia/ Skrondal, Anders (2008): *Multilevel and Longitudinal Modeling Using Stata*. 2. Auflage. College Station: Stata Press.
- Reiter, Erich (2006) (Hg.): *Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union*. Wien: LIT Verlag.
- Rippl, Susanne / Baier, Dirk / Kindervater, Angela / Boehnke, Klaus (2005): Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Die Rolle von Bedrohungsgefühlen im Kontext situativer und dispositioneller Faktoren. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34 (4), S. 288–310.
- Roose, Jochen (2012): Die quantitative Bestimmung kultureller Unterschiedlichkeit in Europa. Vorschlag für einen Index kultureller Ähnlichkeit. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64 (2), S. 361–376.
- Rothbart, M., / John, O. P. (1985): Social Categorization and Behavioral Episodes: A Cognitive Analysis of the Effects of Intergroup Contact. In: *Journal of Social Issues* 41, S. 81–104.
- Savelkoul, Michael / Scheepers, Peer / Tolsma, Jochem / Hagendoorn, Louk (2011): Anti-Muslim Attitudes in The Netherlands. Tests of Contradictory Hypotheses Derived from Ethnic Competition Theory and Intergroup Contact Theory. In: *European Sociological Review*, 27 (6), S. 741–758.
- Schäfer, Mike S. / Zschache, Ulrike (2008): Vorstellungen über die EU in der öffentlichen Debatte. Eine Analyse deutscher Pressekommentare zum EU-Beitritt der Türkei. *Berliner Studien zur Soziologie Europas* Nr. 12. Online verfügbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/makrosoziologie/arbeitspapiere/pdf/BSSE_12_Vorstellungen__ber_die_EU_in_der__ffentlichen_Debatte.pdf (10.07.2012).
- Schendera, Christian F.G. (2008): *Regressionsanalyse mit SPSS*. München: Oldenbourg Verlag.

- Schneeberger, Agnes I. (2009): Constructing European Identity through Mediated Difference. A Content Analysis of Turkey'S EU Accession Process in the British Press. In: *Journal of Media and Communication* 1, S. 83–102.
- Schoen, Harald (2008): Die Deutschen und die Türkeifrage. Eine Analyse der Einstellungen zum Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. In: *Politische Vierteljahresschrift* 49 (1), S. 68–91.
- Schumann, Siegfried (2012): *Individuelles Verhalten. Möglichkeiten der Erforschung durch Einstellungen, Werte und Persönlichkeit*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Sears, David O. (1993): Symbolic Politics. A Socio-Psychological Theory. In: Iyengar, Shanto / McGuire, William J. (Hg.): *Explorations in Political Psychology*. Durham: Duke University Press, S. 113–149.
- Sears, David O. / Hensler, Carl P. / Speer, Leslie K. (1979): Whites' Opposition to "Busing". Self-Interest or Symbolic Politics? In: *The American Political Science Review* 73 (2), S. 369–384.
- Sears, David O. / Lau, Richard R. / Tyler, Tom R. / Allen Jr., Harris M. (1980): Self-Interest vs. Symbolic Politics in Policy Attitudes and Presidential Voting. In: *The American Political Science Review* 74 (3), S. 670–684.
- Sears, David O. / Funk, Carolyn L. (1991): The Role of Self-Interest in Social and Political Attitudes. In: *Advances in Experimental Social Psychology* 24 (1), S. 1–91.
- Sherif, Muzafer (1966): *In Common Predicament: Social Psychology of Intergroup Conflict and Cooperation*. Boston: Houghton Mifflin.
- Sherif, Muzafer / Harvey, O.J. / White, B. Jack / Hood, William R. / Sherif, Carolyn W. (1961): *Intergroup Conflict and Cooperation. The Robbers Cave Experiment*. Norman: University Book Exchange.
- Simon, Herbert A. (1959): Theories of Decision-Making in Economics and Behavioral Science. In: *The American Economic Review* 49 (3), S. 253–283.
- Sniderman, Paul M. / Hagendoorn, Louk / Prior, Markus (2004): Predisposing Factors and Situational Triggers. Exclusionary Reactions to Immigrant Minorities. In: *The American Political Science Review* 98 (1), S. 35–49.

- Snijders, Tom A. B. (2003): Multilevel Analysis. In: Lewis-Beck, Michael S. / Bryman, Alan E. / Liao, Tim F. (Hg.): *The Sage Encyclopedia of Social Science Research Methods*. Thousand Oaks: Sage, S. 673–677.
- Snijders, Tom A. B. / Bosker, Roel J. (1994): Modeled Variance in Two-Level Models. In: *Sociological Methods & Research* 22 (3), S. 342–363.
- Steenbergen, Marco R. / Jones, Bradford S. (2002): Modeling Multilevel Data Structures. In: *American Journal of Political Science* 46 (1), S. 218–237.
- Steinbach, Udo / Cremer, Jan (2006): Die Türkei in der EU. Heftiger Ausschlag des Stimmungsbarometers. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: http://www.bpb.de/themen/X6T9KK,0,0,Die_T%FCrkei_in_der_EU%3A_Heftiger_Ausschlag_des_Stimmungsbarometers.html (12.07.2012).
- Stephan, Walter G. / Stephan, Cookie White (1996): Predicting prejudice. In: *International Journal of Intercultural Relations* 20 (3/4), S. 409–426.
- Strabac, Zan / Listhaug, Ola (2008): Anti-Muslim Prejudice in Europe. A Multilevel Analysis of Survey Data from 30 Countries. In: *Social Science Research* 37 (1), S. 268–286.
- Tajfel, Henri / Turner, John C. (1979): An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: Austin, William G. / Worchel, Stephen (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey: Brooks/Cole, S. 33–47.
- Tajfel, Henri / Turner, John C. (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Worchel, Stephen / Austin, William G. (Hg.): *Psychology of Intergroup Relations*. 2. Auflage. Chicago: Nelson-Hall, S. 7–24.
- Taylor, Shelley E. / Peplau, Letitia Anne / Sears, David O. (2006): *Social Psychology*. 12. Auflage. Upper Saddle River, Eaglewood Hills: Pearson/Prentice Hall.
- Trüdinger, Eva-Maria (2008): Die Europäische Integration aus Sicht der Bevölkerung. Akzeptanz trotz Vielfalt? In: Gabriel, Oscar W. / Kropp, Sabine (Hg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS, S. 215–135.
- Turner, John C. (1999): Some Current Issues in Research on Social Identity and Self-Categorization Theories. In: Ellemers, Naomi / Spears, Russel / Doosje, Bertjan (Hg.): *Social identity: Context, Commitment, Content*. Oxford: Blackwell, S. 6–34.

- Udehn, Lars (1996): *The Limits of Public Choice. A Sociological Critique of the Economic Theory of Politics*. London: Routledge.
- Van der Veen, A. Maurits (2009): *Who Can Join? Public Opinion and EU Enlargement*. Online verfügbar unter: http://maurits.myweb.uga.edu/Research/EB_enlargement_full.pdf (20.03.2013).
- Walter, Jochen (2008): *Die Türkei – ‘Das Ding auf der Schwelle’. (De-)Konstruktionen der Grenzen Europas*. Wiesbaden: VS.
- Weßels, Bernhard (2009): *Spielarten des Euroskeptizismus*. In: Decker, Frank / Höreth, Marcus (Hg.): *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts*. Wiesbaden: VS, S. 50–68.
- Zanna, Mark P. / Rempel, John K. (1988): *Attitudes. A New Look at an Old Concept*. In: Bartal, Daniel / Kruglanski, Arie (Hg.): *The Social Psychology of Knowledge*. New York: Cambridge University Press, S. 315–334.
- Zick, Andreas (1997): *Vorurteile und Rassismus*. Münster: Waxmann.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate (2009): *Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und Europa. Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europe“*. Online verfügbar unter: http://www.unibielefeld.de/ikg/zick/Islam_GFE_zick.pdf (20.03.2013).

Anhang

Tabelle 13: Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen für die binäre logistische Regression mit der abhängigen Variablen „Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei“

	age	female	neg_ex p_pers _fin	neg_ex p_cou n_eco	int_sec _rel	clo- se_uni on	cult_fe ar	nat_id	ag_im m	ag_eu
Age	1,000									
Female	-,044	1,000								
neg_exp_pers_fin	-,070	-,031	1,000							
neg_exp_coun_eco	-,020	,010	-,337	1,000						
int_sec_rel	-,078	-,006	,027	-,020	1,000					
close_union	,024	,028	,006	-,012	,012	1,000				
cult_fear	,011	,006	-,003	-,056	-,052	,043	1,000			
nat_id	-,080	-,060	,005	-,021	-,032	,084	-,066	1,000		
ag_imm	-,009	-,021	-,045	-,002	-,016	-,007	-,005	-,063	1,000	
ag_eu	-,018	,013	-,036	-,096	-,032	,081	-,138	-,128	-,086	1,000

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des EB 69-Datensatzes

Tabelle 14: Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen für die binäre logistische Regression mit der abhängigen Variablen „Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei“

	age	Female	pos_ex p_per s_fin	pos_ex p_cou n_eco	ext_sec _int	glo- bal_pl ayer	cult_tol	int_id	for_im m	for_eu
Age	1,000									
Female	-,036	1,000								
pos_exp_pers_fin	,260	,011	1,000							
pos_exp_coun_eco	-,028	-,005	-,356	1,000						
ext_sec_int	-,086	,018	,008	-,018	1,000					
global_player	,003	,013	,010	,001	-,056	1,000				
cult_tol	,055	-,028	-,007	,017	-,093	-,060	1,000			
int_id	-,008	,023	-,019	-,056	-,019	-,011	-,061	1,000		
for_imm	,009	,002	-,048	,011	-,019	-,016	-,030	-,056	1,000	
for_eu	,024	,056	-,010	-,095	-,139	-,106	-,090	-,194	-,007	1,000

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des EB 69-Datensatzes

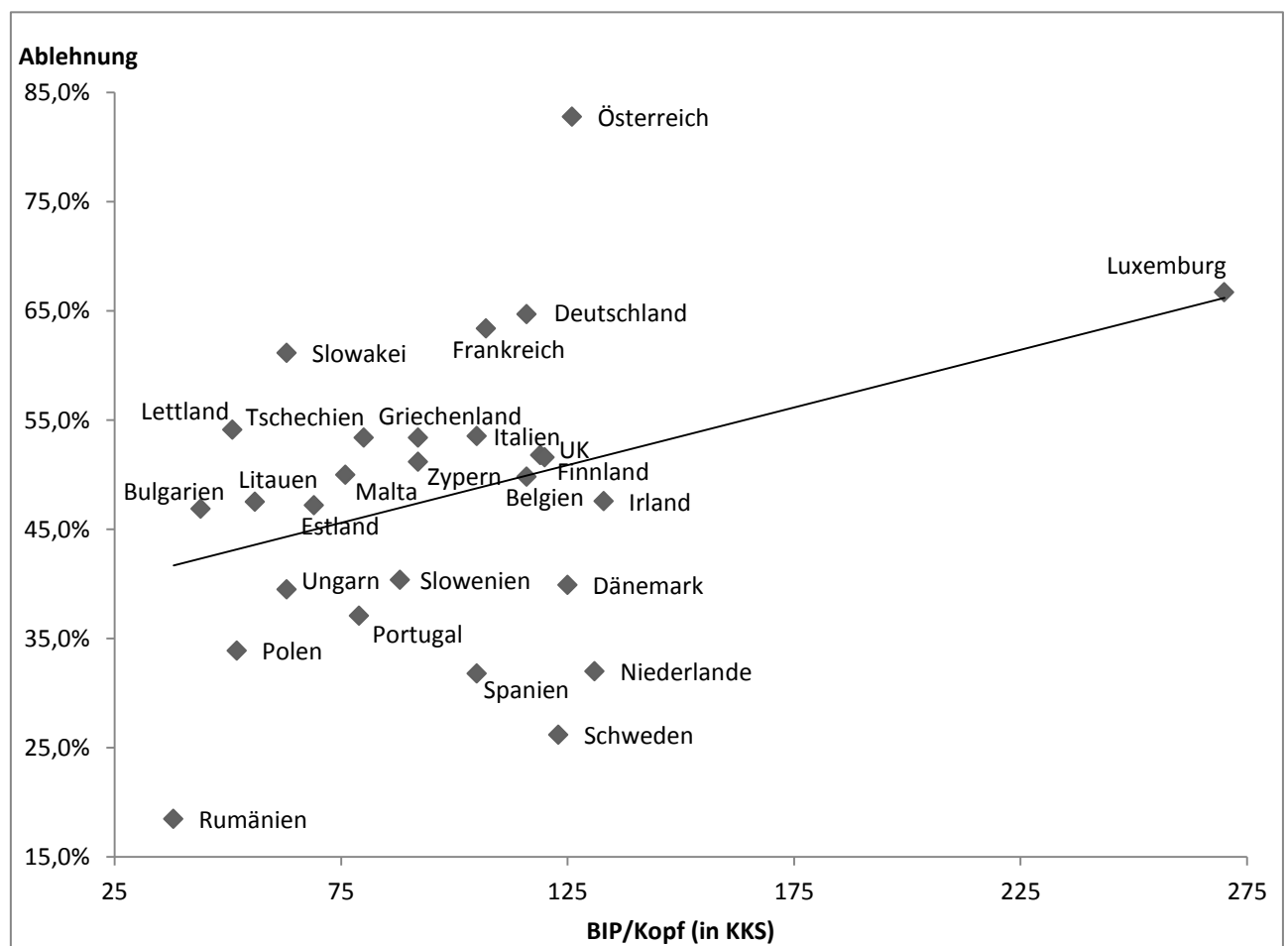
Tabelle 15: Wahrscheinlichkeiten der Ablehnung und der Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei für verschiedene Idealtypen (mit Konfidenzintervallen)

Idealtyp	Wahrscheinlichkeit der Ablehnung des Beitritts	Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zum Beitritt
Kein Erklärungsfaktor vorhanden (Alle Dummies=0)	0,335 (0,243; 0,427)	0,321 (0,267; 0,375)
„Utilitaristen“ (Utilitarismus-Dummies=1, Andere=0)	0,436 (0,326; 0,547)	0,462 (0,350; 0,574)
Durchschnittsfall (Alle Dummies auf Durchschnittswert)	0,442 (0,348; 0,537)	0,459 (0,397; 0,521)
„Prädisponierte“ (Symbolic Politics-Dummies=1, Andere=0)	0,854 (0,800; 0,908)	0,804 (0,767; 0,841)
Alle Erklärungsfaktoren vorhanden (Alle Dummies=1)	0,900 (0,865; 0,935)	0,881 (0,832; 0,931)

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des EB 69-Datensatzes

Anmerkungen: Kontrollvariablen sowie Koeffizienten, die ein durch die Theorie unvorhergesehenes Vorzeichen aufwiesen, wurden durch die Verwendung ihres Mittelwerts konstant gehalten; die Zahlen in Klammern sind 95%-Konfidenzintervalle.

Abbildung 16: Verteilung der durchschnittlichen Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei und BIP/Kopf in den EU-Ländern



Quelle: Eigene Darstellungen auf Basis von EB 69-Datensatz und Eurostat-Daten (BIP).

Anmerkungen: Dargestellt ist die „prinzipielle Ablehnung“ des EU-Beitritts der Türkei. Die Werte sind ungewichtete Länderdurchschnitt

Tabelle 16: Detaillierte Übersicht über alle verwendeten Variablen und deren Operationalisierung

Variable / Erklärungs-faktor	Kurz-name	Variablenart und Konstruktion, Kodierung/Wertebereich	Häufigkeits-verteilung	Wortlaut	Quelle
ABHÄNGIGE VARIABLEN					
Prinzipielle Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei	Neg_Einst	4-stufige, intervallskalierte Variable (0=voll und ganz dafür, 1=eher dafür, 2=eher dagegen, 3=voll und ganz dagegen), Ausschluss der „weiß nicht“-Antworten	MW=1,57	<i>Angenommen, die Türkei erfüllt alle Bedingungen, die von der Europäischen Union gestellt werden. Wären Sie dann voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Türkei der Europäischen Union beitrifft?</i>	EB 69: QA45
	Pos_Einst	4-stufige, intervallskalierte Variable (0=voll und ganz dagegen, 1=eher dagegen, 2=eher dafür, 3=voll und ganz dafür), Ausschluss der „weiß nicht“-Antworten	MW=1,43		
	Prinz_Abl	Dummy: 1=Ablehnung, 0=keine Ablehnung („eher dagegen“ und „voll und ganz dagegen“ werden zusammengefasst).	0=56,3% 1=43,7%		
	Prinz_Zust	Dummy: 1=Zustimmung, 0=keine Zustimmung („eher dafür“ und „voll und ganz dafür“ werden zusammengefasst).	0=53,7% 1=46,3%		
UNABHÄNGIGE VARIABLEN					
Self-Interest					
Materielle Eigeninteressen (Material Self-Interest)	Neg_exp_pers_fin	Dummy: 1=Negative Erwartung bzgl. der finanziellen Situation des eigenen Haushalts (0=keine negative Erwartung bzgl. der finanziellen Situation des eigenen Haushalts)	0=74,2% 1=25,8%	<i>Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht: Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes.</i>	EB 69: QA4a_3
	Pos_exp_pers_fin	Dummy: 1=Positive Erwartung bzgl. der finanziellen Situation des eigenen Haushalts (0=keine positive Erwartung bzgl. der finanziellen Situation des eigenen Haushalts)	0=78,3% 1=21,7%		

Materielle gesellschaftliche Interessen (Sociotropic Utility)	Neg_exp_coun_eco	Dummy: 1=Negative Zukunftseinschätzung über ökonomische Situationen des eigenen Landes. Dies ist der Fall, wenn sowohl die wirtschaftliche Lage als auch Arbeitsplatzsituation des eigenen Landes für die nächsten 12 Monate als „schlechter“ eingeschätzt werden.	0=69,5% 1=30,5%	Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht: Die wirtschaftliche Lage in [LAND]. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in [EIGENEM LAND].	EB 69: QA4a_2, QA4a_4
	Pos_exp_coun_eco	Dummy: 1=Positive Zukunftseinschätzung über ökonomische Situationen des eigenen Landes. Dies ist der Fall, wenn sowohl die wirtschaftliche Lage als auch die Arbeitsplatzsituation des eigenen Landes für die nächsten 12 Monate als „besser“ eingeschätzt werden.	0=89,9% 1=10,1%		
Sicherheitspolitik	Int_sec_rel	Dummy: 1=Interne Sicherheitsprobleme sehr relevant. Dies ist der Fall, wenn mindestens zwei der folgenden drei Kriterien gegeben ist: Zumindest eines der beiden Themen „Kriminalität“ oder „Terrorismus“ wird als wichtigstes Problem im eigenen Land genannt und/oder die EU wird mit „nicht genug Kontrollen an den Grenzen der EU“ assoziiert.	0=93,2% 1=6,8%	Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen [EIGENES LAND] derzeit gegenübersteht? Kriminalität. Terrorismus.	EB 69: QA6a_1, QA6a_6, QA14_14
	Ext_sec_rel	Dummy: 1=Externe Sicherheitsinteressen bestehen. Dies ist der Fall, wenn „Verteidigungs- und Außenpolitik“ als wichtigstes Problem des eigenen Landes genannt wird oder wenn die EU mit „Frieden“ assoziiert wird.	0=72,7% 1=27,3%	Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen [EIGENES LAND] derzeit gegenübersteht? Verteidigung / Außenpolitik. Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? Frieden.	EB 69: QA6a_7, QA14_1

EU-Zielvorstellung	Close_unio n	<p>Dummy: 1=EU-Zielvorstellung als „ever closer union“. Erster Schritt: Konstruktion eines Indizes „Politische Vertiefung“, für den die Integrationsbereitschaft für 20 verschiedene Politikfelder abgefragt wird. Dazu werden die Antworten wie folgt kodiert: 0=Von der nationalen Regierung, 0,5=Weiß nicht, 1=Gemeinsam innerhalb der EU. Zweiter Schritt: Wer über 15 von 20 Punkten (über 75%) auf dem Index erzielt, bekommt den Wert 1 für diesen Dummy (Interpretation: die überwiegende Mehrheit der Politikfelder sollte vergemeinschaftet werden statt von der nationalen Regierung allein geregelt zu werden)</p>	<p>0=77,7% 1=22,3%</p>	<p>Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der [NATIONALEN REGIERUNG] oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.</p> <p>Umweltschutz Renten Das Bildungssystem Einwanderung Verteidigung und Außenpolitik Kampf gegen Terrorismus Kampf gegen Arbeitslosigkeit Steuern Kampf gegen Kriminalität Gesundheit Bekämpfung der Inflation Wirtschaft Verkehr Wettbewerb Energie Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen Wissenschaftliche und technologische Forschung Verbraucherschutz Landwirtschaft und Fischerei Soziales</p>	<p>EB 69: QA35a, QA36a</p>
	global_play er	<p>Dummy: 1=EU-Zielvorstellung als global agierender Sicherheitsakteur Dies ist der Fall, wenn die EU mit „mehr Mitsprache in der Welt“ assoziiert wird und gleichzeitig „die Rolle der EU auf dem internationalen Parkett“ als wichtigstes Wahlkampfthema für die nächsten Europawahlen genannt wird.</p>	<p>0=94,4% 1=5,6%</p>	<p>Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? Mehr Mitsprache in der Welt.</p> <p>Auf welche der folgenden Themen sollte sich der Wahlkampf für die nächsten Europawahlen konzentrieren? Welches ist am wichtigsten? Die Rolle der EU auf dem internationalen Parkett.</p>	<p>EB 69: QA14_7, QC6a_12</p>

Symbolic Politics

Einstellungen zu kultureller Vielfalt	cult_fea r	<p>Dummy: 1=Vorhandensein kultureller Bedrohungsgefühle und Verlustängste</p> <p>Liegt vor, wenn die Europäische Union mit dem „Verlust unserer kulturellen Identität“ assoziiert wird und gleichzeitig der Aussage „Globalisierung stellt eine Bedrohung der [NATIONALEN] Kultur dar.“ zugestimmt wird.</p>	0=92,7% 1=7,3%	<p>Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? Der Verlust unserer kulturellen Identität</p> <p>Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung stellt eine Bedrohung der [NATIONALEN] Kultur dar.</p>	EB 69: Q14_6, QA47a_6
	cult_tol	<p>Dummy: 1=Vorhandensein kultureller Toleranz</p> <p>Liegt vor, wenn die Europäische Union mit „Kultureller Vielfalt“ assoziiert wird und gleichzeitig der Aussage „Globalisierung ermöglicht den Menschen, offener für andere Kulturen zu sein.“ zugestimmt wird.</p>	0=83,8% 1=16,2%	<p>Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? Kulturelle Vielfalt</p> <p>Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung ermöglicht den Menschen, offener für andere Kulturen zu sein</p>	EB 69: Q14_12, QA47a_11
Soziale Identität	nat_id	<p>Dummy: 1=Starke, exklusive nationale Identität</p> <p>Liegt vor, wenn der/die Befragte „voll und ganz“ mit seinem Nationalstaat identifiziert, während er sich „nicht wirklich“ oder „überhaupt nicht“ als Europäer fühlt.</p>	0=81,4% 1=18,6%	<p>Denken Sie nun bitte über die Idee der geografischen Identität nach. Dazu gibt es ja verschiedene Ansichten. Leute können sich in unterschiedlichem Ausmaß als Europäer, [NATIONALITÄT] oder Einwohner einer bestimmten Region betrachten. Manche sagen auch, dass die Menschen sich durch die Globalisierung als „Weltbürger“ immer näher kommen. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Ausmaß fühlen Sie sich als... Europäer [NATIONALITÄT] (Antwortmöglichkeiten: voll und ganz, in gewissem Maße, nicht wirklich, überhaupt nicht, weiß nicht)</p>	EB 69:

	int_id	Dummy: Starke, inklusive europäische Identität Nimmt den Wert 1 an, wenn jemand sich „voll und ganz“ als Europäer sowie „voll und ganz“ oder „in gewissem Maße“ als Weltbürger fühlt.	0=76,9% 1=23,1%	Denken Sie nun bitte über die Idee der geografischen Identität nach. Dazu gibt es ja verschiedene Ansichten. Leute können sich in unterschiedlichem Ausmaß als Europäer, Deutsche oder Einwohner einer bestimmten Region betrachten. Manche sagen auch, dass die Menschen sich durch die Globalisierung als „Weltbürger“ immer näher kommen. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Ausmaß fühlen Sie sich als... Europäer Weltbürger (Antwortmöglichkeiten: voll und ganz, in gewissem Maße, nicht wirklich, überhaupt nicht, weiß nicht)	EB 69:
Einstellung zu Fremdgruppen	ag_imm	Dummy: 1=Negative Einstellung gegenüber Immigranten Ist dann der Fall, wenn der Aussage, „Einwanderer leisten einen großen Beitrag für [EIGENES LAND]“ überhaupt nicht zugestimmt wird.	0=82,8% 1=17,2%	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Einwanderer leisten einen großen Beitrag für [EIGENES LAND].	EB 69: QD1a
	for_imm	Dummy: 1=Positive Einstellung gegenüber Immigranten Ist dann der Fall, wenn der Aussage, „Einwanderer leisten einen großen Beitrag für [EIGENES LAND]“ voll und ganz zugestimmt wird.	0=88,7% 1=11,3%		
Einstellung zur Europäischen Union	ag_eu	Dummy: 1=Negative Einstellung gegenüber der EU. Liegt vor, wenn die EU ein negatives Bild beim Befragten hervorruft und gleichzeitig der EU eher nicht vertraut wird.	0=86,4% 1=13,6%	Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit: der Europäischen Union	EB 69: QA12_11, QA13
	for_eu	Dummy: 1=positive Einstellung gegenüber der EU. Liegt vor, wenn die EU beim Befragten ein positives Bild hervorruft und gleichzeitig Vertrauen in die EU besteht.	0=63,4% 1=36,6%		
Kontrollvariablen					
Geschlecht	female	Dummy: 1=Weiblich, 0=Männlich	0=48,1% 1=51,9%	Geschlecht eintragen: Männlich	EB 69: D10

Weiblich

Alter	age	Metrische Variable	<i>MW=47,28</i>	<i>Darf ich fragen, wie alt Sie sind?</i>	EB 69: D11
-------	-----	--------------------	-----------------	---	---------------

Kontextvariablen

BIP/Kopf in KKS	bip		<i>MW=97,74</i>		Eurostat: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes
Anteil türkischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung	ant_türken	Für die Analyse werden die Werte multipliziert mit 100, um mit ganzen Zahlen rechnen zu können.	<i>MW=0,22%</i>		

Quelle: Eigene Darstellung.

Schriftliche Versicherung

(gemäß § 15 (5) Ordnung für die Magisterprüfung der Fachbereiche 02, 05, 07, 09 und 10 vom 11. Oktober 1999, in der jeweils gültigen Fassung)

Hiermit versichere ich, Constantin Schäfer, dass ich die Magisterhausarbeit selbständig, ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in gleicher oder anderer Form an irgendeiner Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Ort, Datum

Unterschrift

Einsichtnahme in die Magisterarbeit

Erklärung des Verfassers: Constantin Schäfer

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Interessenten Einsicht in meine Magisterarbeit nehmen können bzw. dass meine Arbeit in der Bibliothek meines Hauptfaches aufgestellt und damit öffentlich zugänglich gemacht wird.

Ort, Datum

Unterschrift